

Karl Heinrich Heydenreichs

Prof. der Philosophie zu Leipzig

G r u n d f ä t z e

des

natürlichen Staatsrechts

und

seiner Anwendung

nebst

einem Anhang

staatsrechtlicher Abhandlungen.

Erster Theil.



I. LOCKE.

L e i p z i g,

in der Weygandschen Buchhandlung

H 7 9 5.

Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN

Ich habe bey der Verfassung dieser Schrift einen gedoppelten Zweck vor Augen gehabt, die Grundsätze des allgemeinen Staatsrecht darzustellen, und die richtige Anwendung dieser Wissenschaft zu zeigen. In der ersten Hinsicht habe ich mich vorzüglich fester Prinzipien befliehet; in der zweyten wünschte ich etwas dazu beyzutragen, daß man doch endlich einmal den richtigen Gesichtspunkt der Wissenschaft, und ihr Verhältniß zu den Verfassungen der wirklichen Welt, mit Bestimmtheit fassen möchte.

Dieser erste Theil enthält beynahe nichts weiter als die Entwicklung der Grundverträge aller bürgerlichen Gesellschaft. Der zweyte wird ihr zu Folge die nothwendigen Leistungen des Staats für den Bürger, und des Bürgers für den Staat darstellen. Trefen denkende

Männer auf Ideen, die ihnen gewagt und paradox scheinen, so verbinden sie mich ungemein, wenn sie die selben mit der möglichsten Schärfe prüfen. Vorzüglich würde es mich interessiren, mit ausgeführten Beurtheilungen meiner Entwicklung des Verfassungsvertrags und der darinn enthaltenen Theorie der Strafgesetzgebung beehrt zu werden. Ich gestehe es, daß ich eine vielleicht zu feste Vorliebe für Behauptungen habe, welche ich durch eignes freyes Nachdenken gewann; allein man thut mir sehr Unrecht, wenn man an meiner Bereitwilligkeit zweifelt, sie gegen vollwichtige Gründe ohne Empfindlichkeit aufzugeben.

K. H. Heydenreich.

Einleitung.

Unbegrenzter Forschungsgeist ist eine unveräußerliche Mitgabe der Natur an die Menschheit. Er ist in den wesentlichsten Gesetzen unsers geistigen Wesens gegründet, und wird auf dem Schauplatze der Welt allenthalben durch Thatfachen und Erscheinungen geweckt, oder in seiner schon aufgeregten Wirksamkeit noch mehr angefeuert. Stillstand ist für ihn, weder in Beziehung auf die physische, noch in Beziehung auf die moralische Welt natürlicher Weise möglich; misslungene so wie gelungene Versuche spornen ihn nur noch mehr an.

Auf wie wenigen und einfachen Gesetzen auch die ganze Ordnung der physischen Natur beruht, so sind dennoch ihre Kräfte einer so unendlichen Mannigfaltigkeit von Modifikationen und zweckmäßigen Behandlungen fähig, dass wir das Ende neuer Entdeckungen nur mit der Vernichtung jener Natur zugleich für möglich halten können, und nur an der Lösung

solcher Probleme für menschliche Erfindung zu verzweifeln wagen, welche den allgemeinen Naturgesetzen geradezu widerstreiten.

Der Forschungsgeist des Menschen im Gebiete der Natur geht auf unendliche Erweiterung im Erkenntnisse des Wirklichen, welches, von der Freyheit des Menschen unabhängig, unter Gesetzen mechanischer Nothwendigkeit für sich besteht. Der Forschungsgeist des Menschen im Gebiete der moralischen Welt kann nach der Natur seines Gegenstandes diese Richtung nicht haben. Er hat zum Richtmaas die sittlichen Gesetze der Vernunft, diesen gemäß bildet er Ideale für alle Einrichtungen, welche durch menschliche Freyheit möglich sind, und alle seine Bestrebungen gehen auf Kritik und Vervollkommnung von diesen hin. Der Forschungsgeist im Gebiete der Natur wird von der beseelenden Ueberzeugung geleitet, daß ihm, möge er sich der Entwicklung von Gründen oder der Auffassung von Erscheinungen widmen, Aussicht in eine Unendlichkeit eröffnet sey, wo es ihm nie an Stoffen und Reizen zur Erweiterung seines Erkenntniskreises fehlen könne. Dem sittlichen Forschungsgeiste schwebt

nur das einfache und erhabene Ideal einer moralischen Ordnung vor, welche mit ihrer Schöpferin der Vernunft, den Charakter unwandelbarer Heiligkeit gemein hat; mit beständiger Hinsicht auf diese, wendet er sich an den ungeheuern Schauplatz alles Wirklichen, welches durch Freyheit da ist, und auf Freyheit Beziehung hat, faßt die Harmonieen und Kontraste zwischen dem *Seyenden* und *Seynsollenden*, denkt, wie diese Kontraste vernichtet, jene Harmonieen erhöht und ausgebeutet werden könnten und sollten, und bildet selbst in seinem unsichtbaren Ideenkreise Alles nach der Form der möglichsten Vollkommenheit um, was er ihr widersprechend fand. Nie ermüdet er in seinen idealischen Schöpfungen, und alle Versuche ihn niederzudrücken, geben ihm nur eine verdoppelte Schwungkraft. Der Staat ist vorzüglich ein Gegenstand, welcher ihn auf das angelegentlichste beschäftigt; er muß dieß um so mehr, da er auf die ganze Menschheit, nach allen ihren Bedürfnissen und Zwecken betrachtet, einen so ungemein großen, und so unterschiedenen Einfluß hat.

Feyerlicher und zum Theil schrecklicher konnte der Forichungsgeist in Beziehung auf

das Verhältniß des Staates zur Menschheit, in denen, wo er noch schlief, nicht geweckt, und mächtiger nicht in denen, wo er schon reg war, unterhalten werden, als durch die Staatsumwälzung einer der größten Monarchieen Europens, und den unermesslichen Aufwand von Kräften, welche einerseits für die Begründung und Befestigung, andererseits für die Vernichtung der neuen Staatsform aufgeopfert worden sind. Bey diesem wahrhaft erhabenen Schauspiel mußte der Geist des Zeitalters eine neue Richtung und einen neuen Schwung bekommen. War er ohnehin schon durch das reine, wohlthätige Licht, welches die größten Köpfe des Jahrhunderts über das Gebieth aller Philosophie verbreitet hatten, zu freyer unbestechbarer Kritik gestimmt, so mußte sich nun unausbleiblich seine ganze Kraft gegen Verfassungen, Regierungsformen und Regierungen kehren. Und so wie die Schnelle und der Umfang seiner Ausbreitung jederzeit im Ebenmaasse gegen das Interesse der Gegenstände steht, auf die er vorzüglich gerichtet ist, so mußte der Einfluß seines neuen Schwunges mit einer nur dem Gedankenlosen unbegreiflichen Geschwindigkeit auf alle selbst die niedrigsten Stände übergehen;

die Revolution jenes Reiches mußte eine allgemeine Revolution in den Geistern bewirken, welche ihren Fortgang und ihre so gemischten Scenen betrachteten.

Der erwachende Frühling lockt heilsame und giftige Pflanzen hervor; seine auflösenden Hauche erfüllen zahllose Wesen mit neuer Lebenskraft, während sie zugleich Krankheiten herbeyführen, welche Tausenden den Tod bereiten. So bringt der Geist eines Zeitalters Seegen über eine Generation, indem er zugleich einem großen Theile derselben verderblich seyn kann. Ich würde der Wahrheit widersprechen, wenn ich leugnen wollte, daß der jetzt allgemein gewordene Drang, Angelegenheiten des Staats mit einer Freymüthigkeit zu prüfen, welche den verjährtesten Vorurtheilen die Spitze bietet, nicht von allen Seiten wohlthätig für die Gesellschaft gefunden werden könne, daß es sogar möglich sey, daß er, wenn er der Willkühr eines Jeden ganz überlassen wird, die größten Gefahren für die Ruhe der stehenden Verfassungen herbeyführe. Allein auch bey der lebhaftesten Vorstellung aller dieser möglichen Folgen finde ich nichts kindischer und verächt-

licher, als die Maxime: den Geist des Selbstdenkens über Staatsanglegenheiten zu unterdrücken, und seine freye Aeulerung unmöglich zu machen; eine Maxime, welche so vielen vorgeblichen Hütern des Staatswohls in unsrer Zeit gemeinschaftlich ist und von ihnen mit einer lächerlichen Feyerlichkeit als das einzige Vorbauungsmittel gegen Revolution und Anarchie angepriesen wird. Diese Maxime findet um so mehr Beyfall unter gewissen Klassen der Staatsbürger, als jeder Schwachkopf sie, ohne eines Funken philosophischen Geistes zu bedürfen, auffassen, und mit ihr sich das Ansehen der Superiorität über jeden Mann von philosophischem Geist geben zu können glaubt.

Zergliedern wir die für viele so blendende Weisheit dieser Maxime, so löst sie sich in Wider sinn auf, und empört das Gefühl des Menschen, welcher seine angestammte Würde kennt. *Toute notre dignité*, sagt ein origineller Denker der Vorzeit, *consiste dans la pensée*. *Travaillons donc à bien penser!* in aller Hinsicht eine große Wahrheit, heilig einem jeden Einzelnen in Beziehung auf ihn selbst, und eben so heilig für die Pfleger der Staaten, wiefern die

Denkkraft der Bürger ihren Verfügungen untergeordnet seyn kann. Dem Geiste des Denkens von irgend einer Seite entgegen arbeiten, heisst die Menschheit herabwürdigen, und alle Versuche es in Beziehung auf Beurtheilung von Form und Verwaltung eines Staates zu thun sind um so gefährlicher, da sie grösstentheils nichts weiter bewirken, als dass die Bürger, mit Mistrauen und Verachtung erfüllt, sich in geheim eine um so übelwollendere und zügellosere Kritik erlauben. Angegriffen im Innern ihres unverletzlichen Eigenthums, ich meyne der Sphäre des freyen Denkens müssen sie an der Redlichkeit der Gesinnung ihrer Beherrscher, und der Stellvertreter von diesen verzweifeln und sich zu allen Mitteln berechtigt halten, sich einem Despotism zu entziehen, von welchem man alles zu fürchten hat, da er sich an den edelsten Gütern der Menschheit vergreift.

Durch diejenige Richtung, welche der Geist unsers Zeitalters unter dem Einflusse der politischen Angelegenheiten Europas genommen hat, musste keine Wissenschaft mehr Interesse gewinnen, als das natürliche Staatsrecht. An und für sich schon ein Lieblingsgegenstand für

die forschende Vernunft, zieht sie jetzt um so ficherer den Enthusiasm aller denkenderen Köpfe auf sich, da die Kraft ihrer Ideen für die Menschheit, und der Einfluss derselben auf die Schicksale der bürgerlichen Gesellschaft sich auf dem Schauplatze der Welt in Scenen von einer schaudervollen Grösse ausdrücken, und es gegenwärtig mehr als je einleuchtet, welchen furchtbaren Bund Ueberzeugung und Stärke knüpfen können, und dass Empörung und Ruhe nur von der Richtung der Geister abhängt.

Die über Sittlichkeit, Güte und Recht philosophirende Vernunft geht im natürlichen Staatsrechte ganz den gleichen Gang, wie in den übrigen Wissenschaften, worin sie die ewigen Gesetze der moralischen Ordnung darstellt. Weit entfernt, sich an die Art und Weise der Entstehung und die so verschiedentlich gebildeten Formen von Staaten in der wirklichen Welt zu halten, und aus den Quellen der Geschichte und Staatenkunde zu schöpfen, bestimmt sie nach ihren eignen unveränderlichen Prinzipien die nothwendigen Bedingungen einer rechtgemäßen Staatsverbindung, und das daraus

entspringende rechtliche Verhältnis des Oberherrn und der Unterthanen. Das Ideal eines Staates, bey dessen Begründung und Verwaltung die Freyheit keines der theilnehmenden Personen widerrechtlich eingeschränkt wird, ist das Resultat aller Erforschungen dieser Wissenschaft. Kein Wunder, daß *sie*, die auf den erhabenen Pfaden der gesetzgebenden Vernunft einhergeht, Wahrheiten aufstellt, die sich in der wirklichen Welt nicht überall realisirt finden, wo sie realisirt seyn sollten, daß auch in dieser Sphäre, das, was geschehen soll, in Widerspruche steht mit dem, was geschehen ist, und geschieht.

Köpfe, welche zu wenig gebildet sind, um den Charakter einer praktischen Vernunftwissenschaft zu fassen, werden durch diesen Widerspruch in eine für sie unauflöslliche Verlegenheit gesetzt; eine Verlegenheit, durch welche sie sich zu den herabwürdigendsten Urtheilen über das natürliche Staatsrecht befugt glauben. Unser Zeitalter bietet Beyspiele ohne Zahl dar. Nicht blos gemeine Zeitungschreiber, auch berühmtere Journalisten, Männer, welche sich nur zu gern das Ansehn gaben, gründliche und

weise Staatskundige zu seyn, brechen bey jeder Gelegenheit bald in Spöttereyen, bald in ernsthafte Klagen über das Gefährliche der Resultate der Philosophie in Beziehung auf Staaten, und Regierung derselben aus. Ja, wir haben Manifeste grosser Mächte lesen müssen, in denen man nicht etwa vor *dem Misbrauche* dieser Wissenschaft, nein, vor aller Philosophie, das heisst, vor der Vernunft selbst warnt; das Gegenstück zu den Deklamationen so vieler französischer Demagogen, welche die zügellosesten und verschrobensten Gemeinplätze, und die schiefsten Anwendungen von Vernunftgrundsätzen als ewige Wahrheiten der Philosophie aufführen, während sie sich in einer tiefen Unwissenheit des wahren Wesens und der durch die Vernunft allein bewährten Resultate dieser Wissenschaft befinden.

Wenn man indessen jenen Feinden des natürlichen Staatsrechts, welche seine Dogmen für gefährlich der Ruhe der Staaten halten, nicht offenbar Unrecht thun will; so muss man in dem Chaos ihrer verworrenen und schiefen Behauptungen wenigstens die Befürchtung als gegründet anerkennen: *dass der ganz unleug-*

bare Widerspruch, in welchem die meisten bestehenden Verfassungen der wirklichen Welt gegen die Wahrheiten des natürlichen Staatsrechts stehen, die in jenen Verfassungen begriffenen Bürger leicht verführen kann, sich für dispensirt von der Treue und Unterwerfung, die sie der obersten Gewalt schuldig sind, und für berechtigt zu Revolutionen zu halten. Das Ge- gründete dieser Befürchtung führt das Problem herbey: die Wahrheit der Resultate des natürlichen Staatsrechts zu vereinbaren mit der Un- aufheblichkeit der Pflicht der Treue und Unter- werfung für Bürger von Staaten der wirklichen Welt, deren Verfassung und Regierung mit je- nen Resultaten nicht harmonirt, und zwar beyde so zu vereinbaren, dass von keiner Seite den Aussprüchen der sittlichen Vernunft etwas ver- geben werde. So lange es nicht gelöst ist, bleibt entweder die Vernunft mit einer ärger- lichen Unentschiedenheit zwischen entgegen- gesetzten Meynungen getheilt, oder ist ge- drungen, entweder die Wahrheit des natürli- chen Staatsrechts zur Behauptung der letztern Pflicht, oder die letztere Pflicht zur Behaup- tung der Wahrheit des natürlichen Staatsrechts aufzugeben.

Es war die Wichtigkeit dieses Problems, was mich bestimmte, meinen im verwichenen Jahre erschienenen *Versuch über die Heiligkeit des Staats und der Moralität der Revolutionen* herauszugeben. Und je weniger ich die Lösung desselben, wenn sie mir gelungen seyn sollte, für ganz unverdientlich halten kann, um so mehr mußte es mein Befremden erregen, da ich jenes Buch unter dem Verzeichnisse der von der Wiener Büchercensur verbotenen Schriften fand. Wenn anders nicht die Mitglieder dieser Censur sich für verpflichtet halten, alle Schriften über das natürliche Staatsrecht aus den kaiserlich-königlichen Landen zu verbannen; so kann ich mir jene Confiscation nur durch die Muthmaßung erklären, daß sie mein Buch höchstens nur zur Hälfte gelesen haben, in welchem Falle es ihnen mit gutem Grunde bedenklich scheinen mußte. Da die gegenwärtige Schrift eine weitere Ausführung der staatsrechtlichen Grundsätze ist, welche ich in jenem Versuche befolgte, so glaube ich nichts überflüssiges zu thun, wenn ich am Eingange des gegenwärtigen einige Worte zur Rechtfertigung von jenem sage.

Die erste Hälfte des Buches ist bestimmt, das Wesen des natürlichen Staatsrechts in sei-

ner ganzen Erhabenheit und Heiligkeit darzustellen. Ich beweise die Pflicht, Staat zu errichten, und in den Staat zu treten, als eine für die Menschheit unaufgebliche Pflicht, als eine Pflicht, die mit der Pflicht, seine äufre Freyheit und Unabhängigkeit durch alle mögliche Mittel zu sichern, unabtrennlich verknüpft ist, behaupte, daß die Unleugbarkeit dieser Verpflichtung auf die Bestimmung der Ideen von Grundverträgen für bürgerliche Gesellschaft und Staat in vielen Stücken entscheidenden Einfluß habe, daß ihr zu Folge diese Verträge für *notwendig, stillschweigend und forterbend* angesehen werden müssen, stelle den Sinn dieser Verträge selbst in einigen neuen Formeln dar, und gebe dann Natur, Grenzen, und Zweck des Staatsrechts an. Da ich in den Hauptresultaten mit Rousseau übereinstimme, und mir dieser von Herrn Rehberg nicht nur schief und höchst mangelhaft geschildert, sondern auch ganz unwürdig behandelt schien, so unternahm ich bey dieser Gelegenheit eine gedrängte Darstellung des Geistes des Contrat Social, und vertheidigte den grossen Verfasser desselben gegen die Angriffe des deutschen Politikers.

Nach diesen Erforschungen stelle ich als Thatfache auf, dafs wir in Staaten gebohren werden, welche grösstentheils nicht auf idiejenige Weise entstanden sind, wie die Vernunft bestimmt, dafs sie entstehen sollten; in Staaten, welche vom Ideale einer vollkommenen Organisation sehr weit entfernt sind, und damit schütze ich gleichsam den Knoten meines spekulativen Drama's. Nämlich, wer jene Thatfache nur oberflächlich betrachtet, und nicht den ganzen Umfang der moralischen Verhältnisse des Menschen übersieht, dürfte leicht verführt werden, sich von jeder Verbindlichkeit gegen solche Staaten befreyt, ja wohl gar für verpflichtet zu halten, aus denselben zu treten, oder gewaltsame Umänderungen derselben zu unternehmen.

Um diesen Knoten zu lösen, muß ich aus der Sphäre der Rechte in die Sphäre der Gewissenspflichten übergehen. Die Frage: *ob und wiefern Unterthanen streng verpflichtet seyen zur Treue und Unterwerfung auch in Staaten, welche rechtswidrig begründet, verfaßt, und regiert sind*, ist eine ethische Frage, welche nach Grundsätzen der Pflichtenlehre allein be-

antwortet werden kann. Ich habe es versucht, und alle sittliche Möglichkeit von Revolutionen und Widerstand gegen Beschlüsse der höchsten Gewalt, wenn sie nur den Grundgesetzen des Staats nicht zuwider laufen, abgeschnitten. Die Basis meines ganzen Beweises ist die Nothwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft für den Endzweck der Menschheit und die daraus entspringende Pflicht, Mitglied desjenigen Staates zu bleiben, in welchem man gebohren ward, eine Pflicht, welcher von Seiten der übrigen Mitglieder desselben Staates ein unleugbares Zwangsrecht entspricht *), und welche

*) Diese meine (an sich gar nicht neue, nur vielleicht mit nicht ganz gemeinen Gründen unterstützte) Behauptung hat mehreren Lesern meiner Schrift grundlos geschienen. Indessen liegt es am Tage, daß derjenige, welcher sie widerlegen will, die Prämissen zuvörderst aufheben muß, von welchen ich sie herleite, und welche auf die, meinem Bedünken nach, unumstößlichen Wahrheiten zurückkommen: 1) bürgerliche Gesellschaft in Staatsform, *als bloße Anstalt zur Sicherung der äußern Freyheit betrachtet*, zu errichten, und, wenn sie da ist, zu erhalten, ist unaufhebliche Pflicht; 2) es ist unmöglich, daß eine bürgerliche Gesellschaft in Staatsform sicher bestehe, wenn die in ihr Gebornen nach ihrem Belieben heraustreten dürfen; 3) von jedem vernünftigen Wesen, welches in einem Staate gebohren worden, kann und

nur mit der gänzlichen Vernichtung dieses Staates selbst erlischt.

Ich

mufs vorausgesetzt werden, dafs es die Pflicht anerkenne, kein für die Fortdauer der bürgerlichen Gesellschaft nothwendiges Mittel durch seine Handlungen unmöglich zu machen, zugleich aber auch die Pflicht aller übrigen Bürger desselben Staates, die Ausübung dieser Pflicht, im Falle der Weigerung, zu erzwingen. — Die meisten Einwürfe, welche mir gegen diese Behauptungen gemacht worden sind, sagen nicht viel mehr, als dafs die Pflicht das Menschen gegen die bürgerliche Gesellschaft, in welcher er gebohren ward, Aufopferung nothwendig machen könne; dafs die Leistung derselben bey vielen eine nicht geringe Einschränkung ihrer Glückseligkeit zur Folge habe. Diefs gebe ich aber selbst zu; der sittliche Mensch mufs für die Sache der Menschheit auch hier aufopfern, wie in jedem Falle, wo er für selbige handelt. Folgt aber daraus etwas gegen die Strenge jener Pflicht? *Von eigener Glückseligkeit war ja gar nicht die Rede.* — Mein Freund, Herr Assess. Erhard sagt in einer Note zu der unter seinem Vorsitz vertheidigten Abhandlung des Herrn Eisenstuck: *Quae jura in alendis et educandis liberis secundum statum naturalem et civilem obtineant. S. 19. „ex ipsa sanctissimi officii ratione docere „possumus, liberum esse debere in quocunque statu „egressum ex ciuitate. Nam eadem ratio, quae suadet „homini, vt omnino aliquam ciuitatem ingrediatur, ipsi „quoque suadet, vt eam ingrediatur, in qua optime ad „finem summum a ratione praescriptum possit peruenire. „Quod si viderit homo, ciuitatem in qua ipse natus „fuit,*

Ich finde gegenwärtig bey ganz unpartheyischer Prüfung meines Ideenganges in demselben

„fuit, ita esse constitutam, vt in ea libere fines a natura
 „et ratione praescriptos persequi non possit, aut si prae-
 „viderit, ita male administrari ciuitatem, vt ea ab ex-
 „teriorum iniuriis tuta non sit, et vt interitus discri-
 „men facillime possit subire, nonne ipsa ratio ab H.
 „allata ipsi suadere debet, vt egrediatur e ciuitate male
 „constituta atque meliorem et tutiorem sibi eligat. Qua
 „facultate, si homines priuati essent, mehercle tunc
 „tanquam glebae adscripti atque finibus territorii natiui
 „quasi carceri inclusi, infeliciores jure sese possent ex-
 „istimare iis, qui in silvis et desertis nati libertate ta-
 „men vtuntur, eam ciuitatem ingrediendi, quae ad
 „tuenda jura hominis optime constituta ipsis videtur.“

Allerdings darf und soll *ein aufer dem* Staate Gebohrner in denjenigen Staat treten, den er als den am vollkommensten verfassten und regierten anerkennt; *er* hat die Wahl, und seine Wahl muß vernünftig seyn. Ganz anders mit dem in einem bestimmten Staate gebohrnen Menschen; er hat die Wahl nicht, das Loos der Geburt hat über ihn entschieden, er gehört dem Staate, in welchem er gebohren ward, und muß, wenn seine Vernunft reift, das Recht des Staates auf ihn anerkennen. Seine erste Hinsicht ist nicht, Mitglied der vollkommensten bürgerlichen Gesellschaft zu seyn, sondern überhaupt, Mitglied einer bürgerlichen Gesellschaft zu seyn; ich will sagen, er muß vor allem diejenige Handlungsweise in Beziehung auf bürgerliche Gesellschaft einschlagen, ohne welche bürgerliche Gesellschaft gar nicht bestehen kann. Es würde eine sittliche Verkehrtheit seyn, wenn er *die* Handlungsweise,

nichts zu ändern, nur dafs ich bey einer neuen Entwicklung nicht bloß sagen würde, die Mit-

ohne welche bürgerliche Gesellschaft gar nicht bestehen kann, jenen aufopferte, welche sich auf die Wahl der vollkommnern unter mehreren beziehen. Er hat also, ich sage es nochmals, keine Wahl, wenn die Verbindung, in welcher er gebohren ward, nur wirklich *Staat* ist, d. h. den nächsten Zweck des Staates, die Sicherung der äußern Freyheit zu bewirken fähig ist. Dafs er vielleicht in einem andern viele Zwecke seiner Natur vollkommener und leichter erreichen kann, hebt seine Verbindlichkeit für den vaterländischen Staat nicht auf. Ist der sogenannte *Staat*, in dem er gebohren ward, nicht fähig, seine Bürger zu sichern, so ist er gar kein Staat. Wenn endlich Herr E. sagt: „*Qua facultate — videtur*,“ so gebe ich ihm vollkommen Recht, ohne irgend eine meiner vorigen Behauptungen zurückzunehmen. Der außer dem Staate gebohrne, (sey er nun in einem Walde, oder einer Wüste gebohren) welcher unter den Staaten frey wählen kann, in welchen er trete, kann von *der* Seite glücklicher seyn, als der in einem bestimmten Staate gebohrne, dafs er in der vollkommensten unter den wirklichen Staaten eintreten kann, da hingegen jener gerade zur Treue gegen den unvollkommensten verpflichtet seyn kan. Allein erstlich folgt daraus gar nichts gegen die Wahrheit der Verpflichtung, von welcher die Rede ist. Dann dürfte sich auch wohl fragen, ob nicht vielleicht der außer dem Staate gebohrne, bey seiner unfehlbaren Verwilderung und Unkultur, aller Fähigkeit ermangeln wird, über Werth und Vollkommenheit mehrerer Staaten zu urtheilen. — Wenn ich übrigens

glieder einer bestehenden bürgerlichen Verfassung haben *Recht*, sondern sie haben *Pflicht*, die in ihr Geborenen, zur Theilnahme an derselben zu zwingen.

So sehr allem bisher gefagten zufolge die erste Hälfte meines Buchs die nur durch den eignen Willen, wiefern er zugleich der allgemeine ist, beschränkte Freyheit des Menschen begünstigt, welcher, geboren außer dem Staate, sich zur Theilnahme an einer sich bildenden Verfassung entschlösse, so sehr in ihr die ewigen Wahrheiten von der Souverainetät des allgemeinen Willens, und der Untergeordnetheit des Oberherrn unter denselben, und alle Folgesätze davon für das natürliche Staatsrecht festgehalten werden; so streng wird in der zweyten Hälfte desselben nach ethischen Gründen die den Bürgern in einem bestehenden Staate obliegende Pflicht unverbrüchlicher Treue gegen die Grundverfassung desselben behauptet, und ein Resultat gegen alle sittliche Zulässig-

bey dieser Gelegenheit mich auf die Pflicht der Dankbarkeit der im Staate Gebornen gegen den Staat berief; (S. 123.) so sollte dieß kein wesentlicher Beweisgrund, sondern nur eine Hinsicht seyn, durch welche die Kraft eines schon geführten Beweises noch verstärkt würde.

keit gänzlicher Umwälzung bestehender Verfassungen gezogen, nach welchem eine solche Umwälzung selbst nicht durch die Ueberzeugung Aller von der Untauglichkeit ihrer Verfassung erfolgen darf. Dieses Resultat scheint freylich das Härteste zu seyn, welches gezogen werden kann, niederschlagend für den emporstrebenden Geist feuriger Menschen, welche die Vernichtung des Unvollkommenen für keinen Preis zu theuer erkaufte glauben. Niederschlagend ist es auch allerdings, wenn man es bloß einseitig betrachtet, denn bildet es unleugbar einen empörenden Kontrast gegen die idealischen Vor Spiegelungen der Hoffnung, denen sich jeder um so williger hingiebt, je mehr er von Interesse für die Fortschritte der Menschheit beseelt ist. Allein nicht zu gedenken, daß daraus schlechterdings nichts gegen die Wahrheit desselben folgen kann, wenn sie sich aus den Prämissen mit Bündigkeit ergibt, nicht zu gedenken, daß man auf eine gleiche Weise die ganze bürgerliche Gesellschaft unter einen trostlosen Gesichtspunkt bringen könnte, deren Daseyn doch wahrhaftig, welche Form sie auch habe, immer an die sittliche Ohnmacht des Menschengeschlechts

erinnert, so erscheint auch zuverlässig jenes Resultat in einem ganz andern Lichte, sobald der Denker nur seinen Blick über das Ganze der Verhältnisse des Menschen ausbreitet. Wird unser Gefühl bey oberflächlicher und flüchtiger Ansicht desselben empört, so wird es gewiss in dem Maasse wieder beruhigt, als wir ungetäuscht durch Phantasie und Hofnung die Lage der Menschheit, wie sie ist, betrachten.

Auf jeden Fall habe ich in Hinsicht jenes ganzen Versuchs mehr auf Tadel derjenigen rechnen zu müssen geglaubt, welche, verführt durch ihre falschen Begriffe von Freyheit, den Bürgern eines Staates das Recht zur Umwandlung ihrer Verfassung unbedingt zugestehn, als daß ich gefürchtet hätte, denenjenigen verdächtig zu werden, welchen die Amtspflicht obliegt, die Verbreitung von Schriften zu hindern, welche die zügellose Behauptung, die ich bestreite, enthalten. Freylich aber habe ich, zu voreilig, vorausgesetzt, daß meine Richter mich lesen würden.

Da Erfahrung mich nun ziemlich auffallend belehrt hat, daß das Gegentheil auch zu ge-

schehen pflege *), so wünsche ich wenigstens, der gegenwärtigen Schrift ein besseres Schick-
fal.

*) In einem sonst sehr sorgfältig gearbeiteten kritischen Journale, der *jurist. und Staatswissenschaftl. Litteratur* hat jenen Versuch ebenfalls nicht das beste Loos getroffen. Man hat den darin enthaltenen Auszug aus *Rousseau's Contrat Social* für *mein* Raisonnement genommen, und *Ideen Rousseau's*, als die *meinigen*, bestritten, die ich selbst in demselben Buche zu widerlegen beflissen gewesen. Dieß ist mir am wenigsten in Rücksicht der Theorie des Eigenthums gleichgültig, wo ich von diesem Weltweisen ganz abgehe.

Metapolitische

P r o l e g o m e n e n

für das

natürliche Staatsrecht.

Unter denenjenigen Ursachen, welche die Ausbildung des natürlichen Staatsrechts so lange aufgehalten haben, ist der unvollkommene Zustand und die dadurch veranlasste falsche oder doch schwankende Ansicht des eigentlichen Naturrechts nicht die unbedeutendste gewesen. Der Gesichtspunkt jener Wissenschaft läßt sich, ohne eine wahre Idee von dieser zum Grunde zu legen, nicht fixiren.

Der Mensch ist, als sittliches Wesen bestimmt zur *äußern* Freyheit, und trägt das Bewußtseyn dieser Bestimmung, ich möchte sagen, in seinem innersten Selbst. Dasselbe Vermögen, durch dessen Gesetzgebung sich ihm seine *sittliche* Freyheit offenbart, seine praktische Vernunft, dringt ihm auch die Ueberzeugung auf, daß er *äußerlich* frey seyn soll. Zunächst richtet sich freylich diese Vernunft an seinen Willen, als ein Vermögen unbegreiflicher Allgewalt und Selbstbestimmung; allein diese Richtung selbst würde keinen Sinn haben, wenn sich die Vernunft nicht mit ihr zugleich an den Menschen, als an ein Wesen wendete, dessen *innerer* Freyheit auch ein freyer Kreis *äußerer* Unabhängigkeit entsprechen muß *). Ich stehe demnach als wollender

*) Ich versuche, wie man sieht, mit diesen Ideen die Bestimmung des Menschen zur äußern Freyheit stringirend zu beweisen, wie es, so viel mir bekannt, in Bezie-

Mensch, vor meiner Vernunft, ihrer Gesetzgebung und ihrem Gericht, als ein Wesen, welches in der Mitte einer Natur, mit der sein physischer Theil innigst zusammenhängt, und umringt von Wesen seiner und andrer Art, deren Kräfte auf dasselbe einwirken können, nur seinem eignen Willen folgen, allen fremden Zwang, aus welchem Grunde, und zu welchem Zwecke er auch Statt finde, ausschlagen soll. Jeder Schritt, den ich in meiner sittlichen Laufbahn thue, soll *mein* Schritt, jede That, durch die ich die Harmonie der Wesen befördere oder stöhre, soll *meine* That seyn, und die volle Verantwortlichkeit für das Spiel meines Willens soll auf *meinem* Haupte allein ruhen. Steht ein Gott an der Spitze dieser ganzen moralischen Ordnung, wie es mir dieselbe Vernunft ankündigt, so kann ich sagen, daß ich nur unter Gott stehe, und daß dieser Gott es selbst will, daß ich nur unter ihm stehe, übrigens frey sey, und Niemandes Fesseln trage.

Es hat etwas schauderhaftes, zugleich aber auch unendlich viel Erhabenes, diesen Standpunkt des Menschen zu fassen. Gottesfurcht und Frevel begegnen sich hier, und einer und derselbe Gedanke fesselt den Aedlen an Pflicht und Güte, und reißt den Bösewicht über alle Schranken der Moralität hinaus.

hung auf das Naturrecht noch nicht geschehen. Dieser Beweis ist aber nothwendig, er ist die Basis der ganzen Wissenschaft, von ihm aus allein gewinnt man den freyen Blick in die Sphäre des Naturrechts.

Der Mensch ist durch sein eignes Bewußtseyn seiner Bestimmung zur äußern Freyheit auch zugleich fähig und gedrungen, sich in das gleiche Bewußtseyn jedes seiner Mitmenschen hinüberzudenken. Sich selbst in seiner durch die sittliche Vernunft festgesetzten Bestimmung zur äußern Freyheit anerkennen, heist zugleich auch allen übrigen vernünftigen endlichen Wesen dieselbe zueignen. Hieng beydes nicht so innig und unabtrennbar zusammen, so wären allgemein gültige, nothwendige Rechte unter solchen Wesen nicht möglich.

So wie dieses Bewußtseyn seiner Bestimmung zur äußern Freyheit und die davon abhängige Setzung desselben Bewußtseyns in jedem andern vernünftigsinnlichen Wesen unmittelbar aus dem Verhältnisse der sittlichen Vernunft zu dem Willen entspringt, so folgt aus beyden mit gleicher Nothwendigkeit das Bewußtseyn der Pflicht, keines unsrer Mitwesen unserm Willen gegen den seinigen unterzuordnen, und die Setzung desselben Bewußtseyns in jedem andern vernünftig sinnlichen Wesen. Ein wollendes Wesen, welches sich nach der Forderung der Vernunft durch das sich lediglich selbst überlassene Spiel seiner Freyheit an seinen Endzweck annähern soll, kann einem fremden Willen keines ihm gleichen, und überhaupt keines Wesens untergeordnet werden, ohne dafs ein Widerspruch in der sittlichen Ordnung erfolge. Alles was es werden soll und werden kann, läst sich allein von seinen Entschlüssen, ohne Nöthigung und Zwang er-

warten. Kein Wesen darf ihm also seinen Willen statt seines eignen aufdringen (und wie könnte es auch das?) keines darf es nöthigen oder zwingen, die Entschlüsse eines fremden Willens seinem eignen zuwider zu realisiren. Dieß und nichts anders ist der Sinn jenes von Kant aus der Natur der sittlichen Vernunft herausgehobenen Gesetzes: *kein vernünftiges Wesen dürfe als Mittel für den beliebigen Zweck eines andern angesehen werden*; ein Gesetz, welches man minder richtig und bestimmt mit Herrn Reinhold ausdrücken würde: *kein vernünftiges Wesen dürfe als Mittel für die Befriedigung des eigennützigen Triebes eines andern angesehen werden*; denn, nicht gerechnet, daß es in vielen Fällen Recht ist, sich seines Mitwesens zur Befriedigung seines eigennützigen Triebes zu bedienen, so handle ich offenbar nicht bloß dann unrecht, wenn ich mich meines Mitwesens gegen seinen Willen zur Befriedigung meines *eigennützigen* Triebes bediene, sondern auch, wenn ich es zur Befriedigung meines *uneigennützigen* Triebes thue. Das letztere würde z. B. der Fall seyn, wenn ich es *aus reinem Interesse* für das Gute zum Guten oder zur Besserung zwingen wollte. Dieß würde eben so gewiß der Bestimmung des Menschen zur Freyheit widersprechen, als wenn ich es aus Bedürfniß meiner Sinnlichkeit zwingen wollte, mir körperlich zu dienen.

Das Bewußtseyn der Pflicht in Beziehung auf die äufre Freyheit unsrer Mitwesen hat also einen sehr großen Umfang; wir sollen keines unsrer Mitwesen

gegen seinen Willen dem unsern unterordnen, weder aus sinnlichen noch auch aus reinvernünftigen Gründen, überhaupt gar nicht.

Jeder Mensch muß also jedem seiner Mitwesen mit der Anerkennung vollkommen gleicher Vernunft und Willensfreyheit zugleich auch einen freyen Wirkungskreis zugestehen. Er kann nur insofern selbst Anspruch auf einen solchen machen, als er einen gleichen allen übrigen zugesteht.

Das Bewusstseyn der Pflicht in Beziehung auf die äußere Freyheit seiner Mitwesen, hat das charakteristische, daß es jeder, so wie er nur Sittengesetz und Willen denkt, sogleich nach seinem ganzen Umfange für sich anerkennen, und es zugleich aus denselben Gründen, in derselben Form, und demselben Umfange in allen Mitwesen voraussetzen muß, daß er es nicht nur in sich ununterbrochen wirksam denken muß, sondern auch gedrungen ist, es als beständig reg und thätig in allen Mitwesen anzunehmen, daß er endlich weiß, diesem Bewusstseyn zufolge könne er selbst über jede Behandlung, die er von seinen Mitwesen erfährt, nach unzweydeutigen Kriterien entscheiden, sey aber auch selbst bey jeder Behandlung, die ein Mitwesen von ihm erfährt, der gleichen Beurtheilung nach ganz denselben Kriterien ausgesetzt. Jeder Mensch, können wir sagen, *weiß*, daß er verpflichtet ist, jedes ihm gleiche Wesen seinem eignen Willen zu überlassen, *weiß*, daß jedes andre dieselbe Verpflich-

tung trägt, *weiss*, dass jedes andre dieß auch *weiss*, dass jedes sie *weiss*.

Aus dieser Identität des Bewusstseyns, dieser Reciprocität des Wissens der Pflicht für äufre Freyheit seiner Mitwesen, entspringt das, was wir *Recht* nennen.

Sind sich alle Menschen der gleichen Pflicht für ihre gegenseitige äufre Freyheit bewußt, so folgt, dass jeder, welcher sie verletzt, in diesem Augenblicke seinen Anspruch auf seine Freyheit in Beziehung auf den verliert, welchen er beleidigt. Verletzte er durch seine Willkühr das Gleichgewicht zwischen ihm und einem Wesen, so folgt nothwendig von der Seite dieses ein Bestreben es wiederherzustellen, ein Bestreben, welches zuzulassen er so gewiß verpflichtet ist, als er die Verbindlichkeit für Nichtverletzung fremder Freyheit trägt. Die übrigen Menschen außer ihnen beyden dürfen sich eigenmächtig nicht in die Angelegenheit mengen, dürfen sich gegen den Willen des Angegriffenen und Angreifenden weder zur Beleidigung noch zur Vertheidigung aufdringen *).

*) Ich folge hier ganz derselben Deduktion des *Rechtes*, auf welche ich mein Naturrecht gegründet, und die ich in einer besondern Abhandlung auf die so schwierige Frage wegen der Grenzen des Naturrechts und der Pflichtenlehre ausführlich angewendet habe. Die zahlreichen Einwürfe, die mir dagegen gemacht worden sind, haben mich ohne irgend einen Einfluß der Vorliebe für eigne Meynungen, nicht zur entgegengesetzten Ueberzeugung bringen können. Die wichtigern davon glaubte ich theils im 2ten B. meiner Orig. Id.

Der Mensch des Naturrechts ist der sittliche Mensch, aber, ich möchte sagen, nicht der ganze sittliche Mensch, es ist der Mensch mit dem Bewußtseyn seiner Bestimmung zur äußern Freyheit, dem Bewußtseyn der Identität dieses Bewußtseyns in allen gleichen Wesen, und der daraus entspringenden Reciprocität des Wissens der Pflicht für äußere Freyheit jedes Mitwesens in allen Mitwesen, es ist der Mensch mit seiner aus dem Bewußtseyn der moralischen Verpflichtung entspringenden Forderung eines freyen Spielraums für die Aeufferung seines Willens und seiner Thatkraft, verbunden mit der Anerkennung der Nothwendigkeit und dem Zugeständnisse *derselben* Forderung an alle ihm gleiche Wesen.

Der Mensch des Naturrechts wird als in einer Sphäre stehend betrachtet, für welche die sittliche Vernunft gesetzgebend und richtend ist, aber nicht betrachtet nach den Verbindlichkeiten, die aus der Gesetzgebung der Vernunft für ihn folgen, sondern blos nach dem Anspruche auf äußere Freyheit, welchen er in dieser Sphäre hat, eben weil er in ihr unter einer gesetzgebenden und richtenden Vernunft steht. Wie *derselbe* Mensch im Kreise seiner äußern Freyheit seine innere Freyheit anwenden solle, ungenöthigt und ungezwungen von aussen, wie er in seiner Sphäre zur sittlichen Vollkommenheit fortschreiten und sich sei-

über die k. Ph. theils in der Vorrede zu dem zweyten Bande meines Naturrechts gehoben zu haben.

nem Ziele ins Unendliche fort immer mehr und mehr nähern solle, dieß bestimmt die Pflichtenlehre.

Das *Naturrecht* ist der Commentar über das jedem Menschen eigene Bewußtseyn seiner Bestimmung für äufre Freyheit, und der Identität dieses Bewußtseyns in allen Mitwesen. Die *Pflichtenlehre* ist der Commentar über das Bewußtseyn der Resultate der sittlichen Geseze in ihrer Anwendung auf die Verhältnisse des Menschen, der Commentar, könnte man sagen: über das *Gewissen*.

Seit jenen Zeiten, wo man, mehr zufolge einer dunkeln Ahndung, als von festen Prinzipien geleitet, die äußern Zwangspflichten als den eigenthümlichen Gegenstand des Naturrechts anerkannt hat, hat man es beynahe allgemein als die Wissenschaft der Kriterien *des äußern Gerichts* aufgestellt, die Pflichtenlehre hingegen als Exponentin *des innern Gerichts* geschildert. Allein, weit entfernt, daß man sich von dem sogenannten *äußern Gericht* einen Begriff gemacht hätte, welcher sich mit den reinen sittlichen Prinzipien in Harmonie bringen liefse, und etwas Bestimmtes, Allgemeingültiges zu denken gäbe, hat man vielmehr bis auf unsre Zeiten nur immer kahle Definitionen nachgebetet, deren Inhalt um so weniger deutlich entwickelt seyn konnte, da er gar nicht von festen Grundsätzen abgeleitet war. Dessen ungeachtet stimmen die Behaupter *eines äußern Gerichts* darinnen überein, daß es nicht über die Güte oder Bösheit der in-

nern Gefinnung, sondern über die wirkliche *That* entscheidet; der einzige Punkt, über den sie einstimmig sind; denn wenn z. B. gefragt wird, nach welcher Beziehung das *äufre Gericht die wirkliche That* beurtheile, so sagen Einige: nach ihrer Beziehung auf physisches Wohlfeyn, Andre: nach ihrer Beziehung auf Sicherheit, Andre: nach ihrer Beziehung auf Glückseligkeit u. f. w.

Das *äufre Gericht* ist allerdings die sittliche Vernunft, aber nicht nach dem ganzen Systeme ihrer Gesetzgebung für den Willen des Menschen betrachtet, nur, wiefern aus ihrer Richtung an die Freyheit dieses Willens die Pflicht eines jeden vernünftigen endlichen Wesens folgt, die *äufre Freyheit* keines Mitwesens gegen dessen Willen einzuschränken, eine Pflicht, aus welcher eine andre folgt, der Gewalt nachzugeben, womit ein von uns in seiner Freyheit angegriffenes Wesen dieselbe vertheidigt. Aus diesem Gesichtspunkte, isolirt betrachtet, ist die sittliche Vernunft das *äufre Gericht*. Sie *verbiethet* in diesem Charakter, sie *erlaubt* in diesem Charakter; ihr *Erlauben* aber drückt nichts weiter aus, als daß sie Jedem, welcher die Freyheit eines Mitwesens angreift, zur Pflicht macht, der vertheidigenden Gewalt des Angegriffenen nicht zu widerstehen.

Die moralische Vernunft beurtheilt also in der Funktion des *äußern Gerichts*, das Verhältniß der *That* zur *äußern Freyheit*. Sie giebt hiermit von ihrer Reinheit nichts auf, schiebt nicht etwa ihrer Beurtheilungs-

art, eigennütziges Prinzipien unter, spielt nicht etwa die Rolle der Klugheit. – Sie handelt auch hier ganz in ihrer vollen Würde, und Selbstgenügsamkeit.

Die sittliche Vernunft, im Charakter *des äußern Gerichts*, begründet *Rechte*, aber nur, in wiefern sie auch *Pflichten* begründet. Die Gewalt, zu der sie *berechtigt*, setzt Pflicht voraus, zu der sie *verbindet*. Obwohl also das Naturrecht zunächst bloß Rechte darstellt, und also einen Rechtsatz zu seinem nächsten Prinzipium fordert; so weist dennoch unstreitig dieser Rechtsatz unmittelbar auf einen Pflichtsatz hin, von welchem jener abhängt. Fasse ich diesen Pflichtsatz so:

Kein Mensch darf die äußere Freyheit seines Mitwesens wider dessen eignen Willen einschränken;
so ist der Rechtsatz:

Jeder Mensch, dessen äußere Freyheit von seinem Mitwesen wider seinen Willen eingeschränkt wird, darf dieser Einschränkung Gewalt entgegensetzen.

Dieser Rechtsatz ist das erste Glied einer großen Kette; denn von ihm aus ergeben sich nun die dem Menschen gegen den Menschen zustehenden Zwangsrechte in einer bündigen, nothwendigen Abfolge. Und das ganze Naturrecht stellt nichts andres und nichts weiter dar, als *das Recht des Menschen auf seine äußere Freyheit in seiner durch die Vernunft bestimmten Unverletzlichkeit*, ein Recht, in welchem an sich *die unverlierbare Befugnis seine äußere Freyheit zu vertheidigen* enthalten ist.

Das Naturrecht entwickelt zuvörderst diejenigen Rechte, welche dem Menschen nach der ursprünglichen unveränderlichen Einrichtung seines Wesens, und denen ihn überall begleitenden Verhältnissen zu der Welt und seinen Mitmenschen zukommen, Rechte, welche sich blos aus dem Charakter der Persönlichkeit desselben ergeben, ohne eine besondre Handlung zu ihrer Begründung vorauszusetzen. (Theorie der Urrechte.) Indem sie diese entwickelt, erschöpft sie den Grund aller möglichen Rechte für die Menschheit.

Der Mensch kann und darf durch freye Handlungen, den Urrechten seiner Natur gemäß, ein solches Verhältniß von Sachen und Personen zu ihm bestimmen, nach welchem sie Mittel für seine Zwecke seyn müssen, Sachen, wiefern er sie zu seinem ausschließlichen Gebrauch wählt, Personen, wiefern er Versprechen von ihnen annimmt, und seine Zuversicht auf die Leistung erklärt. *Figürlich* kann man sagen, daß der Mensch durch solche Handlungen etwas *an seine Urrechte knüpfe*; denn ganz eigentlich kann es weder vom *Eigenthume* noch von den *Verträgen* genommen werden. *Eigenthumserwerbung* und *Vertragsschließung* sind die ausmachenden Theile des Naturrechts, wiefern es die *abgeleiteten Rechte* der Menschheit darstellt.

Die Theorie der Verträge, fortgeführt zur Theorie der rechtlichen Gesellschaft, vollendet den Kreis dieser Wissenschaft, im engern Sinne genommen.

Die Theorie der Verträge giebt den Ansprüchen des Menschen im Verhältnisse zu seinen Mitmenschen eine äußerst wichtige Erweiterung. Sie stellt die rechtliche Nothwendigkeit, Versprechen zu halten, deren Annahme der Mitmensch dem Mitmenschen, und zugleich die Zuversicht auf den Erfolg der Leistung erklärte, als eine Bedingung unsrer äußern Freyheit, die Zurückhaltung der Leistung aus bloßer Willkühr als eine verbothene Einschränkung derselben Freyheit dar, welche zur Gewaltanwendung befugt. Indem sie zeigt, daß Verträge, *vor aller Leistung* binden, thut sie die Möglichkeit aller zuverlässigen Verbindungen zwischen Menschen und Menschen dar, und legt eine feste Basis für die Gesellschaft, wozu sie sich, um gemeinschaftliche Zwecke zu erstreben, vereinigen.

Diejenigen, welche behaupten, daß Verträge unter Menschen erst durch Leistung bindend werden, leugnen im Grunde alle Gültigkeit von Verträgen. Am beharrlichsten hat dieses, wie mir scheint, sehr verderbliche Prinzip in seinem Naturrechte durchgeföhret Herr Schmalz.

„Insofern durch einen Contract, dieß ist der Hauptinhalt der Schmalzischen Theorie: der Gegenstand desselben an das Urrecht einer Person geknüpft wird, insofern entstehen aus demselben vollkommne äußere Rechte des Annehmenden, vollkommne äußere Pflichten des Versprechenden.

„Aber die wirkliche Leistung und sie allein, ist das Mittel, das Versprochene an das Urrecht des andern zu knupfen, denn vorher ist kein Akt vorhanden, der

„diese Kraft hervorbrächte. Wenn aber die Leistung
 „im einseitigen, oder beyde Leistungen in zweyseitigen
 „Vertrage geschehen sind, so sind die Verträge völlig
 „bindend.

„Denn wenn die Leistung durch eine Handlung ohne
 „Beziehung auf eine Sache geschehen ist, so ist es phy-
 „sisch unmöglich, den Vertrag zu annulliren; Ist aber
 „eine Sache gegeben worden, hat der Versprechende
 „sie wirklich abgetreten, der Annehmende aber sie
 „wirklich occupirt, und so an sein Urrecht geknüpft,
 „so ist es moralisch unmöglich, vom Vertrage abzugehn.

„Wenn auf einen Vertrag hin noch keine Leistung
 „geschehen, sondern nur zukünftige Leistungen ver-
 „sprochen sind, so bleibt beyden Theilen frey, ihren
 „Willen auch wider Willen des andern zu ändern,
 „Denn der Gegenstand der Leistung ist noch nicht an
 „das Urrecht des andern geknüpft; dieses kann also
 „nicht durch die Nichthaltung verletzt werden.“

Der Hauptpunkt für die Beurtheilung dieses Raisonnements besteht unstreitig darin, zu untersuchen, ob nicht die bloße Erklärung der Annahme eines Versprechens das Versprochene an das Urrecht des Annehmenden knüpfe. Ehe dies aber entschieden werden kann, müssen wir verhüten, daß wir uns nicht etwa im Begriffe: *etwas an das Urrecht eines Menschen knüpfen*, täuschen. Mir scheint Herr Schmalz diesen Begriff etwas zu handgreiflich zu deuten, und nicht zu bedenken, daß er nichts mehr und nichts weniger ausdrücken könne, als: *etwas in eine solche Beziehung zu dem Menschen setzen, nach welcher es ihm wider seinen Willen nicht entzissen, oder verändert werden kann, ohne seine äußere Freyheit einzuschränken*. In diesem Sinne können mit unsern Urrechten verknüpft

werden, nicht blos wirkliche Handlungen und so gleich in Besitz kommende Sachen, sondern auch Erwartungen derselben, Vorstellungen künftiger Erfolge. Begründe ich im Gemüthe meines Mitwesens eine solche Erwartung, und empfange seine Erklärung der Annahme, so kann ich ihm das von ihm Erwartete nicht entziehen, ohne seine äufre Freyheit einzuschränken, welche doch unfehlbar eingeschränkt wird, sobald ich Entwürfe desselben scheitern mache, zu denen er durch mein Versprechen bestimmt werden mußte.

Herr Schmalz fragt nach dem Akt, der ein angenommenes Versprechen vor aller Leistung bindend mache. „Giebt mir, fragt er, die Annehmung eines „Versprechens ein äußeres vollkommenes Recht? Wo „durch? Wie geht dadurch etwas in mein Recht über? „Etwa dadurch, daß ich meinen Willen erkläre? die- „ses kann ja niemand anders ein Gesetz auflegen. Oder „erhält die Annehmung durch das vorhergehende Verspre- „chen des andern mehr Kraft, weil etwa der Verspre- „chende die Sache derelinquirt? Thut er das wirklich durch die Erklärung seines Willens, oder erst durch „seinen Willen selbst? wie, wenn er diesen ändert? „wo ist das äußere vollkommene Gesetz, welches mich „verbindet, meinen einmahl erklärten Willen nicht „mehr ändern zu können? Es laßt sich kein Grund „entdecken, anzunehmen, daß durch das bloße Nicht- „halten von Seiten des Versprechenden der Annehmen- „de als bloßes Mittel gebraucht werde.“

Durch jeden Vertrag entsteht zunächst ein Recht auf eine Person, ihre Leistung zu erzwingen, und da dies das Wesentliche für einen Vertrag ist, so können Verträge nach der Schmalzischen Theorie eigentlich gar keine Verträge genannt werden. Welches der Akt

sey, durch welchen der Promissar jenes Recht be-
 kommt? Er kann nichts anders seyn, als der Wille der
 Paciscenten, in seiner äußern Erkennbarkeit, oder be-
 stimmter: die Einheit ihrer Willen in ihrer äußern Er-
 kennbarkeit. Ein Recht auf eine Person kann nur
 durch den Willen von dieser und die Uebernahme ih-
 res Entschlusses durch den andern entstehen, und es
 ist kein anderer Akt gedenkbar, durch welchen ein
 Recht auf eine Person entspringen könnte. Woher
 aber, daß durch das bloße erklärte Wollen Recht auf
 Person entsteht? Dieß kann ohne Hinsicht auf die äu-
 ßere vollkommene Pflicht des Promittenten nicht beant-
 wortet werden, so wie überhaupt jedes Recht auf
 Freyheit auf der Basis der allgemeinen vollkommenen
 äußern Pflicht für Freyheit ruht. Der Promissar wird
 in sofern durch den erklärten, und von ihm angenom-
 menen Entschluß des Promittenten berechtigt, als die-
 ser dadurch äußerlich vollkommen verpflichtet wird,
 dieß wird er aber, weil er durch sein Versprechen
 Veränderung in der Lage des Andern bewirkt, und nicht
 zurückgehen kann, ohne die Freyheit desselben eigen-
 mächtig einzuschränken, also mit andern Worten, ihn
 als ein bloßes Mittel zu behandeln. Die Erklärung des
 Willens des Promissars ist freylich kein Gesetz für den
 Promittenten, die Verpflichtung von diesem rührt nicht
 etwa von einem Gebothe des Promissars her, sondern
 sie ist eine nothwendige Folge der allgemeinen Ver-
 pflichtung zur Nichtverletzung fremder Freyheit in Be-
 ziehung auf einen bestimmten Fall, aus dieser ent-
 springt das von dem Herrn Verf. geforderte „Gesetz,
welches mich verbindet, meinen einmahl erklärten
Willen nicht mehr ändern zu können,“ wiefern ich
 nämlich durch einseitige Aenderung desselben in solchem

Falle ein Mitwesen misbrauchte, und seine äußere Freyheit einschränkte.

Herr Schmalz nähert sich diesem Gesichtspunkte auch selbst, wenn er das Recht auf Ersatz beweist, im Fall durch das Rückgehen des einen der Andre Schaden erleidet. „Der Leidende, sagt er: „hatte ein Recht, „dem Worte des andern zu glauben, und im Zutrauen „auf ihn alle Anstalten zu treffen. Jede Handlung aber, „wodurch einem andern Schaden entsteht, berechtigt „diesen, Ersatz zu fordern.“ Ich begreife nicht, wie dem Herr Verf. die Ueberzeugung fehlen kann, daß aus demselben Grunde Verträge vor aller Leistung bindend sind. Die Aenderung seines Willens ist doch unstreitig eine Handlung, und in jedem Falle eine solche, durch die der andre leidet, der Entschluß, Ersatz zu biethen, entbindet den Promittenten seiner Verpflichtung nicht, denn die Verbindlichkeit und das Recht durch Vertrag ist jederzeit an ein bestimmtes Objekt fixirt, für welches Ersatz zu geben sich der Promissar nicht gefallen zu lassen braucht.

Wenn jede Handlung, wodurch einem andern Schaden entsteht, diesen berechtigt, Ersatz zu fordern, so muß aus gleichem Grunde die nachtheilige Unterlassung einer Handlung, welche der Andre versprochen, zur Erzwingung der Handlung berechtigen, im Fall sie erzwungen werden kann. Wenn der Berechtigte in diesem Falle den Zwang zum Ersatze ausüben darf, warum nicht den Zwang zur versprochenen Handlung selbst? — In der That bleibt sich der sonst überall so konsequente Herr Schmalz hier nicht treu genug. Wenn durch Versprechen und Annahme der Gegenstand des Versprechens noch nicht an das Unrecht des andern geknüpft ist, dieses also durch die Nichthal-

tung nicht verletzt werden kann, was mag denn den Promittenten der Schade kümmern, welcher dem Promissar durch seinen Rücktritt erwächst? er rührt nicht von jenem her, sondern von der Unvorsichtigkeit dieses, welcher ein Versprechen für fest hielt, in Beziehung auf welches er doch kein Zwangsrecht hatte; was mag also Jenen zum Ersatze verbinden? — Nach meinen Grundsätzen über die Natur der Verträge, die ich im 1. und 2. B. meines Naturrechts aufgestellt habe, entsteht durch jeden Vertrag, vor aller Leistung, Zwangsrecht in Beziehung auf eine *bestimmte* Handlung; nur die Unmöglichkeit löst den Vertrag auf; und Ersatz findet hier nicht statt, wenn er nicht durch eine besondere Modifikation des Vertrags ausgemacht worden. Menschen wollen sich, indem sie Verträge schliessen, nicht auf eine unsichre, schwankende Weise verbinden, sondern ihren Willen so einigen, dass sie ihre Pflicht und ihr Recht gegen einander auf das pünktlichste kennen. Pflicht und Recht also haften hier einzig und allein an dem Objekte, über welches paciscirt worden. Recht auf Ersatz kann nicht eintreten: 1) weder, wenn der Promittent nicht leisten; 2) oder der Promissar das ausgemachte Objekt nicht annehmen *will*, denn wer sollte das Aequivalent bestimmen? der Promittent würde es bestimmen wollen, weil er allein wissen kann, was ihm das gelte, was er für den andern leisten wollte; der Promissar wird ihm das Recht dazu sehr natürlich verweigern, indem er allein den Werth der erwarteten Leistung für sich schätzen kann. Beyde haben Recht, und eben, weil Beyde Recht haben, und keine Einigkeit erfolgen kann, sieht man, dass es der Natur des Vertrags widerspricht, in den angegebenen Fällen, ein Recht auf Ersatz anzuneh-

men; 3) noch wenn der Promittent nicht leisten, 4) oder der Promissar nicht annehmen *kann*; dann expirirt obnehin der Vertrag, und es würden überdies dieselben Gründe gegen den Ersatz eintreten, die ich eben in Beziehung auf die erstern Fälle angegeben habe.

Wenn also Herr Schmalz aus der bloßen Vertragsschließung zwar kein Zwangsrecht auf die Leistung, aber ein Zwangsrecht auf Ersatz herleitet, beweise ich ein strenges pünktliches Zwangsrecht auf die Leistung des bestimmten Objekts, aber die Nichtigkeit eines Zwangsrechtes auf Ersatz, im Fall der verweigeren oder unmöglichen Leistung.

Ich füge nur noch hinzu, daß es Folge der nicht genug bestimmten Begriffe des *äußern* und *inneren Gerichts* ist, wenn man behaupten will, daß sich nach den Kriterien des *äußern* Gerichts keine Zwangspflicht des Promittenten erweisen lasse. Hier kommt es lediglich darauf an, ob durch Nichthaltung eines an ein Mitwesen gegebenen und von diesem angenommenen Versprechens dasselbe in seiner äußern Freyheit eingeschränkt werde, und ob Beyde, Promittent und Promissar es mit gleicher Evidenz wissen können. I. Der Promittent, welcher sich der Leistung entzieht, schränkt wirklich die äufre Freyheit des Promissars dadurch ein. Durch sein Versprechen hatte er seinem Erkenntnisvermögen, seinem Willen und seiner Thatkraft eine neue Richtung gegeben, hatte bewirkt, daß das Mitwesen unter Voraussetzung seiner künftigen Leistung, seine Entwürfe, Plane, Entschlüsse, Erwartungen und Fassung veränderte. Leistet er nun nicht, so hat er dieses Wesen gemisbraucht, es einem fremden, seinem Willen untergeordnet, da es doch Zweck an sich ist, die äufre Freyheit desselben, die mit seinen Entwürfen,

Planen, Entschlüssen, auf das innigste zusammenhängt, ist durch ihn eingeschränkt worden. II. Promittent sowohl als Promissar kennen die Bedingungen aller freyen Aeufferung menschlicher Thatkraft, wissen, das sie von Vorstellungen, Entwürfen, Planen abhängt. So gewiss der Promittent weiss, das der Promissar *ein Mensch* ist, weiss er, das er ihn durch den Rücktritt vom Vertrage in seiner Freyheit einschränkt; und andererseits, so gewiss der Promissar weiss, das der Promittent ein Mensch ist, weiss er, das dieser weiss, das er ihn in seiner Freyheit einschränkt. Das Unrecht erhellt also nach den Kriterien des *Forum externum* eben so unzweydeutig, wie bey offenbarem Betrüge, oder Diebstahle.

Hat der Mensch als sittlich freyes Wesen so geheiligte Ansprüche auf seine äusse Freyheit; so muss er sich in diejenige Situation setzen, wo er den möglichst unabhängigen Wirkungskreis habe. Weit entfernt, das diess blos physisches Bedürfnis sey, ist es, wie aus dem Vorigen erhellt, unwandelbare moralische Nothwendigkeit.

Denken wir ihn ausser aller auf die Sicherung seiner Freyheit abzielenden Verbindung, so finden wir ihn von mannigfaltigen Hindernissen seiner freyen Wirksamkeit umringt, die theils von der leblosen und blos thierischen Natur, theils von seinen Mitbrüdern, den Menschen herrühren.

Um den Staat unter seinen einzig richtigen Gesichtspunkt zu bringen, muss der Mensch im Natur-

stande betrachtet werden, und es ist gar nicht der Willkühr eines Bearbeiters des natürlichen Staatsrechts überlassen, ob er von jener Schilderung ausgehen wolle oder nicht. Sie allein kann die Bestimmung des wahren Zweckes des Staates vorbereiten.

Man nennt einen Inbegriff von Erfahrungssätzen über das Verhältniß des Menschen zum Menschen in Rücksicht ihrer äußern Freyheit vor Eingehung irgend eines Sicherheitbundes, fortgeführt bis zur Bestimmung des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates und dem Erweise der Pflicht, sie zu errichten, oder, wenn dieß schon geschehen, an ihnen Theil zu nehmen, *Metapolitik* *).

- 1) Sie vertritt die Stelle der Prolegomenen des natürlichen Staatsrechts, und kann bey keinem Systeme desselben fehlen, wenn es hinlänglich gegründet seyn soll. Die Festsetzung eines besondern Namens für diese Prolegomenen ist etwas sehr willkührliches, und zufälliges. *Metapolitik* ist für das natürliche Staatsrecht, was für das natürliche Ehe Recht eine Einleitung ist, welche den wahren Zweck der Ehe aus der moralischen und physischen

*) Ich weiß eben so wenig, mit welchem Rechte Herr Schlözer diese *Metapolitik* „ein Abstrakt aus dem Naturrechte nennt;“ als ich einsehe, wie er sagen könne: „die französischen, auch einige amerikanischen Schriftsteller nannten diese *Metapolitik* Philosophie, wohl gar *Metaphysik*, die erstere seit drey Jahren *droits de l'homme*.“

Natur des Menschen herleitet, und zugleich die Verpflichtung des Menschen für eine solche Verbindung beweist.

2) Sie besteht grösstentheils aus Erfahrungssätzen, die jedoch mehr die allgemeinen Einschränkungen der menschlichen Moralität durch die Triebe der sinnlichen Natur, als Eigenthümlichkeiten einzelner Individuen betreffen. — Wenn ein neuerer Philosoph eingewendet hat, Erfahrungssätze könnten eine Rechts-Wissenschaft gar nicht einleiten, so hat er nicht bedacht, daß die Erfahrungssätze der Metapolitik nicht Erkenntnisgründe der Rechte und Pflichten seyn sollen, welche das natürliche Staatsrecht beweist, daß sie nur dazu dienen, um die Ursachen zu entwickeln, aus welchen die physische und moralische Nothwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates entspringt. Nur diesen Gebrauch haben *Hufeland*, *Schlözer*, und A. von der Metapolitik gemacht. Möchten doch Männer, welche Einwürfe jener Art machen, versuchen, ob sie die Nothwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates aus bloßen Vernunftbegriffen entwickeln können.

3) Die *Metapolitik* muß die Lage des Menschen vor aller Verbindung zu seiner Sicherheit schildern; die Betrachtung des Naturstandes ist also ein wesentliches Bestandtheil ihres Inhalts. Allein sie schildert den Naturmenschen in ganz andrer Hinsicht, als es

das Naturrecht gewöhnlich thut. Wenn das Naturrecht einer Darstellung des Naturstandes bedarf, so ist dieß bloß deshalb der Fall, um zu zeigen, daß dem Menschen vor aller Anordnung positiver Gesetzgebung in Staaten die Prinzipien der Gerechtigkeit eigenthümlich sind. Es stellt also den Menschen im Naturstande dar, wie er, ohne Zwang äußerlich sanktionirter Gesetze, Unverletztheit seiner Freyheit fordert, und zugleich sich selbst seiner Verpflichtung für Nichtverletzung fremder Freyheit bewußt ist. Die Metapolitik faßt den Naturmenschen, so wie er, nach dem Verhältnisse seiner Sinnlichkeit zu seiner Vernunft, ohne durch äußern Zwang eingeschränkt zu seyn, im Naturstande gewöhnlich gegen seinen Mitmenschen handeln wird; sie führt zu dem Hobbes'schen Resultate, welches Herr *Schlözer* kurz und energisch ausdrückt: „*Quid facient? Sie werden sich balgen.*“

4) Die Metapolitik muß sich durchgängig hüten, nicht etwa den Menschen, wie er seyn *soll*, zu verwechseln mit seiner *gewöhnlichen* Art zu seyn. Die ganze Untersuchung bekommt durch diese Verwechselung eine schiefe Richtung.

5) Zwecklos sind in der Metapolitik die Hinsichten auf die Anlage des Menschen zu einer edlen Geselligkeit, von welcher die Entstehung des Staats ganz unabhängig ist, zwecklos ferner die Hinsichten auf Vervollkommnung, Kultur und Aufklärung, auf

welche bey'm wesentlichen Zwecke des Staates eben so wenig gesehen wird.

6) Die *Metapolitik* muß nicht darauf berechnet seyn, irgend eine besondere Form der Organisation der bürgerlichen Gesellschaft als die einzige rechtsgültige aufzustellen, am allerwenigsten eine solche, deren Zulässigkeit nach rechtlichen Prinzipien noch bezweifelt werden dürfte.

Aus einer Menge von Beyspielen solcher Einseitigkeit, die sich mir in diesem Augenblicke aufdringen, will ich bey den neuesten nur ein wenig verweilen, welches auch um so mehr ausgezeichnet zu werden verdient, da es von einem der gründlichsten und konsequentesten Bearbeiter der Wissenschaft herrührt.

Die metapolitischen Prolegomenen des Hrn. Schmalz sind ganz darauf berechnet, den ihm eigenthümlichen Begriff vom *Staat* festzusetzen, daß er *ein auf keine Zeit eingeschränkter Vertrag zwischen Ackerbauern* sey, alle äußere vollkommene Rechte innerhalb eines gewissen Bezirks Landes gegen jede Gefahr zu vertheidigen, einen Begriff, aus welchem sich, wenn er behauptet wird, alle die Folgesätze bündig ergeben, welche den Geist dieses Staatsrechts ausmachen. Herr S. konnte mit gutem Grunde annehmen, daß der Staat auf jeden Fall ein *Sicherheitsbund* sey, und zwar ein *Sicherheitsbund ohne*

Einschränkung auf Zeit und gegen alle Gefahren aller Rechte, eine politische Gesellschaft. Um nun den eigenthümlichen Charakter derjenigen politischen Gesellschaft zu bestimmen, welche *Staat* heisst, betrachtet er die Menschen erstlich in der Periode des rohen Jäger- oder Fischerlebens, stellt sie dann in der Periode des Hirtenlebens dar, wie sie sich da, ohne an ein Stück des Erdbodens gefesselt zu seyn, zur Sicherheit ihrer Rechte, in Horden vereinigen, behauptet, dass solche Gesellschaften zwar alle Rechte schützen, welche Hirten haben, aber nicht alle, welche Menschen haben können, und dass diese allgemeine Schützung sich nur von einem Sicherheitsbunde erwarten lasse, welchen ackerbauende Menschen, die eben als solche Eigenthum an Grund und Boden besitzen, in Beziehung auf Sicherung aller ihrer äussern vollkommenen Rechte eingehen: so wie diese ackerbauende Menschen, als Grundeigenthümer Herrn des Gebietes sind, welches nichts anders, als der Inbegrif ihrer Grundstücke ist; so beruht der Vereinigungsvertrag sowohl als der Unterwerfungsvertrag auf ihnen allein, mit gänzlicher Ausschliessung aller vom Eigenthum an Grund und Boden entblösten Beywohner. — Ich will hier nicht ausführlich bemerkbar machen, dass in der ganzen Schilderung, welche Herr S. von dem stufenweisen Fortgange der Menschheit von der Periode des ganz rohen Jäger- und Fischerlebens bis zur bürgerlichen Gesellschaft macht, sehr
viel

viel beliebiges liegt, und dafs mir diese ganze Schilderung nur ein willkührliches Vehikel zu seyn scheint, seine Lieblingsmeynungen auf eine scheinbar natürliche Weise herbeyzuführen. Allein wesentlich ist für meinen Zweck *die* Bemerkung, dafs das natürliche Staatsrecht überhaupt eines solchen Gemählde gar nicht bedarf. Die Geschichte der Menschheit möge es entwerfen und ausbilden; den Mangel ächter und zureichender historischer Denkmäler möge in ihr eine wohlgeleitete Phantasie ersetzen; das natürliche Staatsrecht ist von dieser Schilderung ganz unabhängig, und die Wahrheit seiner Grundsätze steht in gar keinem Verhältnisse mit der Art, wie sich muthmafslich die Menschheit der bürgerlichen Gesellschaft allmählig genähert hat.

Der einzigmögliche Zweck des Staates, dessen Idee jene Wissenschaft in dem Gange aller ihrer Untersuchungen leitet, bedarf zu seiner Vollständigkeit und Bestimmtheit keiner Voraussetzungen dieser Art; ja die Richtigkeit der Angabe desselben kann vielmehr dadurch um so leichter gehindert werden, da so viele Willkühr, und ein so grosser Einfluss der Phantasie bey Bildung derselben Statt findet. Würde Herr Schmalz sich wohl hinlänglich rechtfertigen können, wenn man ihm den Vorwurf machte, dafs seine Darstellung des Menschen im Jäger-Leben sowohl als die desselben im Hirten-Leben nach allen Zügen beynahe willkührlich ist, dafs

er z. B. ohne allen Grund dem Jäger und Hirten, jenem überhaupt alles Eigenthum, diesem alles Eigenthum an Grund und Boden abspricht, daß er eine so scharfe Grenzlinie zwischen dem Leben des Hirten und dem des Akkerbauenden Menschen zieht, dem Hirten auch sogar die Idee der Erwerbung von Grund und Boden abspricht u. dergl. Ich wenigstens kann keine Berechtigung zu Behauptungen dieser Art nicht begreifen.

Wenn das natürliche Staatsrecht der Idee des Zweckes des Staates, als ihrer leitenden Idee folgt, und ihr gemäß die Erfordernisse jener Vereinigung bestimmt; so trifft es unausbleiblich auf ein sichres und von aller Einseitigkeit freyes Prinzip, nach welchem entschieden werden muß, wie Menschen geeigenschaftet seyn müssen, um Theilnehmer derselben mit allen daraus entspringenden Pflichten und Rechten werden zu können. Ich will zugeben, daß sich Staat ohne *bleibendes* Gebieth nicht denken lasse, (obwohl ich gerade das Widerfinnige eines Nomadischen Staats nicht finde, wenn ich nicht einen solchen willkührlich in Verhältnissen dichte, unter denen er nicht bestehen kann.) Allein dies würde denn im Staatsrechte vorausgesetzt, ohne daß man nöthig hätte zu bestimmen, wie der Staat zu diesem Gebieth komme, welches keinesweges eine Vereinigung vormals erworbener Grundstücke der sammtlichen zusammentretenden Menschen seyn

muß, sondern auch von ihnen erst bey Fassung des
 Entschlusses zu ihrer Verein gemeinschaftlich oc-
 cupirt worden seyn kann. Nehmen wir an, das
 Gebieth des Staates sey durch Vereinigung von
 Grundstücken einzelner Eigenthümer entstanden,
 so gründet dieser ihr Besitz ihren Anspruch auf die
 Mitgliedschaft. Allein gleichen Anspruch können
 und müssen andre Menschen haben, welche zwar
 kein Eigenthum an Grund und Boden, aber doch
 andre Güter, oder wenigstens Kräfte des Geistes
 oder Körpers besitzen, wodurch sie für den Zweck
 des Staates wirken können. Grund und Boden ist
 für den Staat nothwendig, aber andre Güter, und
 überhaupt Kräfte sind es eben so sehr. Die Besitzer
 von Grund und Boden sind von den Besitzern an-
 drer Güter, oder den Eigenthümern bloß von gei-
 stigen oder körperlichen Kräften nicht weniger ab-
 hängig, als diese von jenen, und es ist höchst ein-
 seitig, zu behaupten, daß diese in der bürgerlichen
 Gesellschaft jenen durchaus untergeordnet seyen.
 Bedürfen diese der Produkte von Grund und Boden,
 so bedürfen jene andrer Güter, und der Unterstü-
 tzung durch die Kräfte Anderer. Können jene diese
 Güter und diese Unterstützung von Menschen außer
 ihrem Bunde bekommen, so können diese auf
 gleiche Weise jene Produkte anderwärts her erhalten.
 Und wie dann, wenn ein allgemeiner Miswachs
 die Grundeigenthümer unfähig macht, von dem Er-
 trage ihrer Grundstücke den Nichtgrundeigenthü-

mern mitzutheilen, ja vielleicht sogar, ihr eignes Bedürfnis zu befriedigen? Wogegen tauschen sie dann die Naturprodukte bey Auswärtigen ein, als gegen andre Güter, Produkte menschlicher Kräfte, oder Handlungen derselben? Und wenn der Staat angegriffen wird, ist dann der Mann von Kraft des Geistes und Körpers nicht eben so wichtig als der Eigenthümer von Grund und Boden? — Nein, *Jeder, welcher Mittel in seinem Vermögen hat, durch welche für den wesentlichen Zweck des Staates unmittelbar oder mittelbar gewirkt werden kann, ist der Bürgerschaft mit allen ihren Pflichten und Rechten fähig. Nur derjenige, der auch nicht einmahl Kraft besitzt, kann nicht als wirkliches Mitglied dieser Verbindung angesehen werden, er ist blos ein Gegenstand des Erbarmens* *).

Herr Schmalz stützt seine eben bestrittene Behauptung zum Theil auch darauf, daß er das Staatsvermögen auf die Landesprodukte einschränkt. „Das Staatsvermögen, sagt er, §. 41. ist vor aller Cultur und ehe der Luxus, Handel und Künste herbeyruft, offenbar allein der Inbegrif der Landesprodukte, (oder eigentlich dessen, was nach Abzug des Unterhalts aller Menschen im Staat, davon übrig bleibt.) Denn andres Eigenthum ist noch nicht

*) „Der Staat, sagt Herr Schmalz; kann nicht viel auf eine leere Hand rechnen;“ ich setze hinzu: eben so wenig in vielen wesentlichen Rücksichten auf einen leeren Kopf, oder eine Hand ohne Kraft.

„da, §. 42. Mit der steigenden Cultur, wenn Geld, „Künste und Handel eingeführt sind, werden gleich- „wohl die Naturprodukte des Landes das einzige Ver- „mögen, der einzige Reichthum des Staates bleiben.“

Der §. 41. enthält offenbar eine ganz willkührliche Behauptung, die aber nothwendig ward, so bald der Herr Verf. das Eigenthum an Grundstücken allein, zur Bedingung der Bürgerschaft gemacht hatte. Fragen möchte ich aber: ob denn wirklich Handel und Künste nur durch Luxus herbeygeführt werden? eine Behauptung, die man so oft wiederholt hat, und die doch größtentheils nur ein Machtspruch ist, da Handel und Künste zuverlässig vor allem Luxus von dringendem Bedürfnisse erzeugt werden. — Der Beweis, welchen der Herr Verf. für den 42. §. führt, will mich eben so wenig befriedigen. „Denkt euch den Inbegrif dessen, sagt er, was in einem Staate jetzt von allen Naturprodukten vorhanden ist, und bestimmt den Werth desselben nach einer beliebigen Taxe. Laßt nun einen Künstler, ein beliebiges Stück von dieser Masse nehmen und es bearbeiten. Wenn es fertig ist, so ist allerdings der Werth dieses Stückes erhöht. Aber in der Zeit, in welcher es verfertigt wurde, ist auch der Werth jenes Inbegrifs alles Vorrathes im Staate, um so viel vermindert, als der Künstler verzehrt hat. Da nun der Künstler selbst den Werth seiner Arbeit taxirt, so kann er keinen Maasstab dafür nehmen, als das, was er indessen verzehrt. Folglich wird der Werth

jenes rohen Produktes genau um so viel erhöht seyn, als der Künstler während der Arbeit verzehrt. Es geht also bey Veredlung der Produkte so viel verloren, als gewonnen wird, folglich wird dadurch das Staatsvermögen an sich nicht vergrößert.“

Wer sieht nicht, daß auch hier alles darauf angelegt ist, den Grundeigenthümern ausschließlich die Selbstständigkeit im Staate zuzueignen, daß aber auch hier dieselbe Einseitigkeit Statt findet, welche unausbleiblich eintritt, so bald uns der Eifer für eine vorgetafelte Lieblingsmeynung in unsern Ansichten und Beurtheilungen der Gegenstände leitet. Erstlich dürfen wir fragen, ob denn der Künstler seinen Lebensunterhalt nur gerade von Staatsbürgern ziehen müsse, ob er ihn nicht auch von Menschen außer dem Staate bekommen könne? Geschieht dieß; so ist die ganze Berechnung des Hrn. Verf. unanwendbar. Dann leuchtet nicht ein, warum der Künstler keinen andern Maasstab für den Werth seiner Arbeit solle nehmen können, denn die Quantität dessen, was er während der Verfertigung verzehrt. Wer will es ihm wehren, bey dieser Schätzung Hinsicht zu nehmen, auf das Dringende der Bedürfnisse, oder den Reiz der Lieblingsneigungen seiner Mitmenschen, oder auch auf die Vielheit oder Seltenheit derer, die mit ihm das Gleiche leisten. Da dieß ganz evident ist, daß er es dürfe, und, wenn er vernünftig zu Werke geht, auch thue, so ist der Werth seines Produktes unabhängig von dem Maasse

dessen, was er während der Arbeit von den Landesprodukten und überhaupt von den Produkten der Erde verzehrt. Sein Produkt kann einen so großen Werth haben, daß er dafür unendlich mehr Produkte der Erde eintauschen kann, als er bey der Fertigung aufzehrt. Offenbar also wird das Staatsvermögen auch durch Veredlung der Produkte vergrößert, und Kraft, Talent, und Fertigkeit des Künstlers müssen bey der Schätzung desselben mit in Rechnung gebracht werden. Das Geld, ein allgemeines Zeichen des Werthes der Dinge im Staate, ist nicht bloß darauf eingeschränkt, daß man vermittelst desselben den Werth der Naturprodukte, und den Werth alles andern nur im Verhältnisse zu diesem bestimmt. Es erstreckt sich auf Schätzung des Werthes von allem, was im Staate nur immer Mittel zum Zwecke für das Ganze oder die Einzelnen seyn kann, und der Werth von Dingen, die nicht Naturprodukte sind, wird durch selbiges keinesweges allein nach dem Maasstabe ihres Verhältnisses zu diesen bestimmt.

Ich habe nicht unzweckmäfsig gefunden, diese Bemerkungen hier voraus zu senden, um mich künftig bey vorkommenden Veranlassungen, über die Folgen, die sich aus der Schmalzischen Metapolitik ergeben, zu sprechen, kürzer fassen zu können.

Ehe wir die Ursachen mit Bestimmtheit entwickeln können, welche den Menschen bestimmen müssen

aus dem Zustande des isolirten Lebens herauszutreten, um die Rolle des Bürgers zu übernehmen, müssen wir den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft nach ihrem *nächsten, wesentlichen Zwecke* festsetzen. In Hinsicht dieses weis ich sie im Allgemeinen nicht anders zu bestimmen, als: daß sie *eine Verbindung von Menschen sey, in welcher jeder Einzelne durch das Ganze, und das Ganze durch jeden einzelnen nach dem vollen Umfange seiner Rechte gesichert werden soll* *).

Dieser nächste und wesentlichste Zweck der bürgerlichen Gesellschaft macht eine bestimmte Form derselben unumgänglich nothwendig; *bürgerliche Gesellschaft* muß ihrem Wesen nach unausbleiblich in den Staat übergehn.

*) In mehrern von den gewöhnlichen Begriffen der bürgerlichen Gesellschaft erwähnt man bloß den Schutz, der den Einzelnen durch das Ganze zugesichert wird, ohne der Nothwendigkeit zu gedenken, daß auch das Ganze durch die vereinigten Kräfte der einzelnen gesichert werde. Beyde Zwecke sind so wesentlich mit einander verbunden, daß die Willen der Mitglieder der Gesellschaft sich nicht vereinigen können, über die Sicherung der Einzelnen durch das Ganze, ohne zugleich auch zur Sicherung des Ganzen durch sämmtliche einzelne übereinzustimmen. — Daß die bürgerliche Gesellschaft eine auf keine Zeit eingeschränkte Verbindung sey, halte ich für unnöthig, in der Erklärung ausdrücklich anzudeuten, weil es sich von selbst versteht, wenn die Gesellschaft ihren Zweck erreichen soll.

Staat ist aber nichts anders, als diejenige Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sie ihren Zweck nicht erreichen kann, also diejenige Form, vermittelt welcher es möglich ist, daß jeder durch das Ganze und das Ganze durch jeden vor Unrecht gesichert werde *)

Der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates ist ein solcher, dessen Realisirung soll durch *Zwangsmittel* bewirkt werden können; der Bürger muß vom Staate *mit vollkommener Gewissheit* versichert seyn, daß sein Zweck durch ihn realisirt werden könne: Dieß ist das Criterium, nach welchem wir die mannigfaltigen Meynungen über den Grund der Nothwendigkeit und den Zweck des Staates prüfen müssen.

*) Zum Begriffe der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates gehört eine Bestimmung des Maases von innerer Kraft zur Sicherung des Ganzen und der Einzelnen nicht wesentlich. Einmahl läßt sich im Allgemeinen gar nicht bestimmen, wie groß dieses Maas für jeden Staat zur Erreichung seines Zweckes in jedem Falle seyn müsse. Denn kann auch jeder Staat seine Schützung nicht bloß auf seine innre eigenthümliche Kraft, sondern auch auf Beyhülfe Andrer gründen, mit denen er Verbindung eingeht, und so der kleinste Staat an Umfang und Kraft den Zweck seiner Sicherung eben so gut erreichen, als ein noch so großer. Ausserdem müßte man auf den Gedanken gerathen, kleine Gesellschaften verdienen den Namen des Staats gar nicht.

Der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft ist diesem nach: 1) weder ein solcher, welcher nur durch das von dem Menschen gar nicht abhängige Spiel der Naturkräfte in Beziehung auf die sinnlichen Triebe des Menschen bewirkt werden kann; 2) noch auch ein solcher, welcher nur durch ganz freye Entwicklung menschlicher Kräfte herbeygeführt werden kann; a) sey es der intellektuellen, oder b) der moralischen.

Ich theile in diesen Hinsichten diejenigen, welche falsche Zwecke für die bürgerliche Gesellschaft annehmen, in: 1) *Sensualisten*, und: 2) *Rationalisten*.

1) *Die Sensualisten* nehmen das Wohl, die größte mögliche irdische Glückseligkeit *der Einzelnen*, als Zweck der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates an; ich sage *der Einzelnen*, denn *Wohl des Ganzen* kann nicht gemeint seyn; *Wohl eines Ganzen* ist diejenige Beschaffenheit aller seiner Theile, durch welche es fähig ist, seinen Zweck vollkommen zu erreichen; *der Zweck sey nun, welcher er wolle*. Jede Gesellschaft, die zu einem Zwecke da ist, erstrebt ihr Wohl; aber dieses Wohl ist nicht der Zweck selbst.

Wohl eines Einzelnen ist die den Neigungen desselben entsprechende Art, Menge und Vereinigung angenehmer Gefühle. Dieses Wohl hängt ganz von der Natur ab, wiefern sie: a) dem sinnlichen Begehungs- und Gefühls-Vermögen des Wesens seine

individuelle Einrichtung ursprünglich gab; b) wiefern sie durch ihre Kräfte die Stoffe zu angenehmen Empfindungen darbiethet, die Hindernisse wegräumt, welche sie stören könnten, und die Mittel darbiethet, die Stoffe zu angenehmen Empfindungen möglichst zu benutzen. Wenn das Individuum seinen Neigungen gemäß, von diesen Vorbereitungen der Natur zu seiner Glückseligkeit Gebrauch macht, so ist diess eigentlich doch nur die Natur in ihm, welche sich mit der Natur außer ihm in Harmonie setzt.

Auf keinen Fall ist dieses ein Zweck, welcher sich durch Gewalt erzwingen liesse, und den eine große Menschenverbindung für jedes in ihr enthaltene Glied realisiren könnte. Der Mensch müßte sein Wesen und die Bedingungen seiner Glückseligkeit gar nicht kennen, wenn er die Realisirung derselben vom Staate erwarten sollte.

II) Die *Rationalisten* nehmen Vervollkommnung des Menschengeschlechtes als Endzweck der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates an; die Einen beziehen diese Vervollkommnung mehr auf die Erkenntniskräfte des Menschen, die andern mehr auf seine Sittlichkeit. Allein weder die ächte intellektuelle Aufklärung des Menschen, noch seine moralische Veredlung kann durch eine Zwangsanstalt unmittelbar bewirkt oder auch nur befördert werden. Beide sind nur durch die freieste Entwicklung der Anlagen des Menschen möglich,

Wenn indeß auch weder intellectueller noch moralischer Vollkommenheit, als *nächster* und *wesentlicher* Zweck des Staates angenommen werden können, so ist unsre Vernunft dennoch berechtigt, den Staat auf jene Idee zu beziehen, so bald sie über Bestimmung der Menschheit nachforscht; ja sie muß dann in der bürgerlichen Gesellschaft eine Anstalt anerkennen, die sich zwar zunächst auf den Zweck der Sicherung der Menschenrechte bezieht, aber zugleich ein nothwendiges und durch kein andres zu ersetzendes Mittel ist, die Menschheit ihrem Ziele näher zu führen. Nach diesem Gesichtspunkte können wir sagen, die Menschheit sey bestimmt, durch eine lange Zucht innerhalb der Schranken und unter den Gesetzen des Staates allmählig hinge-
leitet zu werden, zu jener jetzt noch fernen Stufe ihrer Veredlung, wo ihre Freyheit, wenigstens in Beziehung auf Pflichten der Gerechtigkeit, keiner äußern Schranken, und Abschreckungsmittel mehr bedürfen wird *).

*) Auf dieselbe Weise und nur in diesem Sinne habe ich selbst in meinem *Versuche über die Heiligkeit* des Staates, den Staat auf den Zweck der moralischen Ausbildung bezogen, ungeachtet ich in denen dort zum Grunde gelegten staatsrechtlichen Prinzipien den richtigen Begriff des nächsten und wesentlichsten Zweckes des Staates festgehalten habe. S. 118 — 120.

Um die Frage zu entscheiden: ob der Mensch außer aller zu seiner Schützung mit seinen Mitwesen zu schließenden Verbindung, auf die Heilighaltung seiner Rechte mit Sicherheit rechnen könne, müssen wir den Menschen betrachten, nach der Handlungsweise gegen seinen Mitmenschen, die er ganz unstreitig befolgt, so lange er einerseits durch wahre thierische Selbstliebe beherrscht wird, und derjenigen sittlichen Kultur mangelt, welche nur durch den Einfluß der Civilisation möglich ist, andererseits durch einen fortdauernden Drang des Bedürfnisses und der Noth beständig in die Alternative versetzt wird, *entweder* zu sterben, oder doch zu leiden, *oder* Rechte zu verletzen. Der Mensch, in dieser Situation, und der daraus entspringenden Handlungsweise gegen seine Mitmenschen betrachtet, ist *der Naturmensch des natürlichen Staatsrecht*.

1) *Rousseau* hat sich wohl durch keine Geistesarbeit weniger Verdienst gemacht, als durch seine Schilderung des Naturmenschen (in f. B. sur l'origine de l'inegalité parmi les hommes.) Gleich widersprechend aller Möglichkeit und Wahrheit ist die gänzliche moralische Indifferenz, welche er seinem Naturmenschen zueignet *), und die beneidenswerthe Ruhe,

*) Il paroît d'abord, que les hommes dans cet état n'ayant entre eux aucune sorte de relation morale, ni de devoirs connus, ne pouvoient être ni bons ni mechans, & n'avoient ni vices, ni vertus; a moinsque, prenant ces mots dans un sens physique, on n'appelle vices, dans l'individu, les qualites, qui peuvent nuire a sa

die er ihn bey dieser Indifferenz, bey dem Schlummer alle Leidenschaften, und der Einfachheit seiner Bedürfnisse genießen läßt *).

Was jene Indifferenz betrifft, so ist sie mit dem Zustande des Naturmenschen eben so wenig wesentlich verknüpft, als in ihm die Entwicklung der moralischen Vernunft bis zur klaren und deutlichen Vorstellung ihrer Gesetze unmöglich ist. Und diese behagliche Ruhe, durch welche Rousseau seinen Naturmenschen charakterisirt, kann auf keinen Fall bey der Lage desselben in Hinsicht auf Leben und physische Bedürfnisse, am allerwenigsten bey der thierischen Roheit Statt finden, die er ihm zueignen

propre conservation, & vertus celles, qui peuvent y contribuer; au quel cas il faudrait appeller le plus vertueux, celui qui resisteroit le moins aux simples impulsions de la nature.

*) Seul, oisif, & toujours voisin du danger, l'homme sauvage doit aimer a dormir & avoir le sommeil léger, comme les animaux, qui, pensant peu dorment, pour ainsi dire, tout le jour, qu'ils ne pensent point. — Ses desirs ne passant pas ses besoins physiques, les seuls biens qu'il connoisse dans l'univers, sont nourriture, une femelle & le repos; les seuls maux, qu'il craigne sont la douleur & la faim. — Son imagination ne lui peint rien, son coeur ne lui demande rien. Ses modiques besoins se trouvent si aisement sous sa main, & il est si loin du degré de connoissances, necessaire pour desirer d'en acquérir de plus grandes, qu'il ne peut avoir ni prevoyance ni curiosité. Le spectacle de la

mufs, so bald er ihn moralisch indifferent annimmt *).

2) *Puffendorf* gieng bey seiner Schilderung des Naturstandes von der Einsicht aus, dafs die Prinzipien aller Gerechtigkeit und Güte auch im Naturmenschen liegen, und sich in ihm so nothwendig entwickeln, als in der Seele des Civilisirten. Ursprünglich zur Sittlichkeit bestimmt, wird er, wie er bemerkt, auch noch durch sein eignes Interesse angeleitet, die Rechte seiner Mitwesen zu achten, und Frieden mit ihnen zu unterhalten. Dieser Weltweise nahm den Naturmenschen, wie er seyn soll; seine Schilderung kann im Naturrechte sehr frucht-

nature lui devient indifferent, a force de lui devenir familier. Son ame, que rien n'agite, se livre au seul sentiment de son existence actuelle, sans aucune idee de l'avenir, quelque prochain qu'il puisse etre; & ses projets, bornés comme ses vues, s'étendent à peine jusqu'à la fin de la journée. —

*) Der Mensch ist so wenig blos bestimmt zur Einfachheit und Wildheit eines thierischen Lebens, dafs er gewifs, wenn er als Thier leben sollte, das ungeschickteste und elendeste Thier wäre. Die Natur hat ihm eben so wenig jene sichern Instinkte eingepflanzt, welche die übrigen Thiere so glücklich leiten; als sie ihm die Mittel der Befriedigung selbst seiner nothwendigsten, und einfachsten Bedürfnisse so nahe gelegt hat, als jenen. — Interessante Ideen über den Naturstand *Rousseau's* biethet Herr *Fichte* dar, in s. *Vorles. über die Bestimm. der Gelehrten*. V. Vorles.

bar benutzt werden, aber auf keinen Fall zur Einleitung in das natürliche Staatsrecht dienen.

3) Kein Weltweiser hat sich dem richtigen Gesichtspunkte, aus welchem der Naturstand betrachtet werden muß, um die Nothwendigkeit des Uebergangs der Menschheit in die bürgerliche Gesellschaft zu begreifen, so sehr genähert, als der berühmte Hobbes.

Ich will nicht leugnen, daß eingewurzelte menschenfeindliche Gesinnung Einfluss auf die Ansichten dieses Mannes gehabt haben mag, nicht leugnen, daß seine Verachtung der unedlen Seite unsers Geschlechts ihn die edle ganz übersehen ließ, am allerwenigsten endlich leugnen, daß Erfahrungen, die derselbe durch seinen ausgebreiteten Umgang mit Menschen von verschiedenen Nationen erworben, und die Scenen eines verheerenden bürgerlichen Krieges, die ihn umgaben, ihn gestimmt haben mögen, die Züge in seinem Gemälde der Menschen vielleicht bis auf das Uebertriebene zu verstärken *).

Dafs

*) Treffende Bemerkungen über Hobbes hat *Platner*, *Moralphilosophie*. §. 302. 303. S. bes. die Note. — Ueber die Einseitigkeit der Grundsätze Hobbese's in Beziehung auf den Hang zur Geselligkeit des Menschen habe ich Einiges gesagt: *Ueber die Heiligkeit des Staates*. S. 19. u. ff.

Allerdings hat Hobbes dem Menschen alle *natürliche* Anlage zu einer *edlen* Geselligkeit abgesprochen, und

Dafs die Hinsicht auf die politische Lage seines Vaterlandes nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung

Herrn *Platners* scharfsinnige Versuche, (am angef. Orte) die Denkart jenes Weltweisen von dieser Seite gemildert vorzustellen, können ihn von jenen Vorwürfen nicht retten. Keinesweges redet Hobbes, de civ. I. II. blos von bürgerlichen Gesellschaften, sondern von allen Verbindungen der Menschen untereinander, die er sämtlich vom Egoism herleitet. Wie kann ein Weltweiser, welcher uneingeschränkt leugnet, dafs der Mensch eine natürliche Neigung zum Menschen habe, dem Menschen eine Anlage zu uneigennütziger Geselligkeit zugestehn? (Si homo hominem amaret naturaliter, id est vt hominem, nulla ratio reddi posset, quare vnusquisque vnumquemque non aequè amaret, vt aequè hominem.) Der ganze Gang seines Raisonnements, nach welchem er die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft durch edle Geselligkeit leugnet, weil überhaupt *der Mensch deren in keinem Verhältnisse fähig sey*, verbunden mit dem spottenden Tone, der überall darin herrscht, lassen, scheint mir, über seine Denkart keinen Zweifel übrig. — Ueberhaupt leugnet ja Hobbes auch alle ursprüngliche Anlage des Menschen zum Guten, S. de hom. c. 13 73. Hauptgrundsätze desselben waren: Ingenia, id est hominum ad certas res propensiones oriuntur a temperie, ab experientia, a consuetudine, a bonis fortunae, ab opinione de se ipso, ab auctoribus, quibus mutatis mutantur ingenia. — Quoniam non eadem omnibus bona et mala sunt, contingit, eosdem mores ab aliis pro virtutibus haberi, ab aliis pro vitiis. Itaque nisi in vita civili virtutum et vitiorum communis mensura non inuenitur, quae mensura ob eam causam alia esse non potest, praeter vnus cuiusque civitatis leges.

und Mittheilung seiner Grundsätze über bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt gewesen sey, äußert er selbst, wenn er (in praef. ad Lectt.) sagt: Feci non eo consilio, vt laudarer, sed vestri caussa, lectores, qui, cum doctrinam, quam afferro, cognitam et perspectam haberetis, sperabam fore, vt aliqua incommoda in re familiari, quoniam res humanae siue incommodo esse non possunt, aequo animo ferre, quam reipublicae statum conturbare malletis; vt iustitiam earum rerum, quas fecere cogitatis, non sermone vel consilio priuatorum, sed legibus ciuitatis metientes, non amplius sanguine nostro ad suam potentiam ambitiosos homines abuti patere mini; vt statu praesenti, etsi non optimo, vos ipsos frui, quam bello excitato, vobis interfectis, vel aetate consumtis, alios homines alio saeculo statum habere reformationem satius duceretis. — Si aliqua inueneritis aut minus certa, aut *magis*, quam necesse erat, *acriter dicta*, cum non partium sed pacis studio, et ab eo dicta sint, cuius propter patriae praesentem calamitatem, dolori iusto aliquid condonari aequum est, ea vt aequo animo ferre dignemini, oro postuloque *). — Dasselbe deutet er in

*) Dafs Hobbes seine Schilderung des Naturstandes nur entworfen habe, um Carl II. zu gefallen; (eine Muthmaßung, welche Buddeus hist. iur. nat. p. 34. geäußert;) hat, wie mir scheint, nicht hinlängliche Gründe für sich. Ueberhaupt finde ich in der Geschichte des Lebens jenes großen Mannes schlechterdings keine Data,

seiner von ihm verfassten versificirten Lebensbeschreibung an:

Nascitur interea, scelus execrabile belli,
Et veniunt studiis tempora iniqua meis.

Iamque in procinctu bellum stetit.

Horreo spectans;

Meque ad dilectam confero Lutetiam,

Postque duos annos edo de ciue libellum

Quî placuit doctis et nouus omnis erat.

Hobbes nimmt in seinem Naturmenschen den Trieb der physischen Selbsterhaltung als das oberste Prinzip für das Begehrungsvermögen desselben an *), und diesem gemäß hält sein Naturmensch jedes Mittel seiner Selbsterhaltung für erlaubt, eignet sich das Recht auf Alles zu, wiefern nichts da ist, was ihm nicht als ein solches Mittel dienen könnte. Da alle

welche zu der Beschuldigung berechtigen könnten, er habe seine Prinzipien, gegen seine Ueberzeugung, dem Geiste und den Bedürfnissen der königlichen Parthey angepaßt.

- *) Hobbes redet zwar von einer *recta ratio*, allein sie ist nichts weniger als die sittliche Vernunft, sie ist die Beurtheilungskraft des Wesens für die Mittel zu seinem physischen Zwecke. Wie könnte er sonst *das Recht* erklären: *libertas, quam quisque habet facultatibus naturalibus vtendi secundum rectam rationem*, und daraus folgern: *Itaque iuris naturalis fundamentum primum est: vt quisque vitam et membra sua, quantum possit, tueatur.*

Naturmenschen sich dasselbe Recht zueignen, so gilt unter ihnen kein Recht, (*effectus iuris in omnia, ac si nullum*) es entsteht eine beständige Kollision gleich unbegrenzter Ansprüche der Einzelnen, welche in einen Krieg Aller gegen Alle übergeht. Unstreitig ist dies auch die Sinnesart und das Schicksal der Naturmenschen, nicht als ob ihren Seelen keine sittliche Vernunft inwohnte, sondern weil ihre Lage die Entwicklung und Cultur derselben nicht möglich macht.

Die Natur hat den Menschen offenbar nicht als ein bloßes Thier gerechnet, da sie sein Verhältniß zur übrigen Schöpfung bestimmte, ja, wenn wir es uns einmal erlauben, eine Zweckmäßigkeit in ihrer Fürsorge vorauszusetzen, so hat sie den Menschen eben so wenig als ein einsames und aufergesellschaftliches Wesen angesehen. Nähmen wir an, daß der Mensch in der Ordnung der Natur als bloßes Thier, oder doch als ein isolirtes Wesen gelte, so müßten wir zugleich eine Zwecklosigkeit in jener Ordnung zugestehen, die ihres Gleichen in dem ganzen Systeme der lebenden Wesen nicht hat.

Dem Menschen, wenn wir ihn als eine eigene Thierart betrachten, drohen weit mehr Leiden, als jeder andern, während zugleich die Mittel seiner Erhaltung und seines Vergnügens ihm durch die unveränderliche Einrichtung der Natur selbst erschwert

werden. Ich gebe gern zu, dafs er im Stande der Rohheit *die* Reizbarkeit für unangenehme Empfindungen nicht haben wird, welche eine Folge der Cultur ist. Allein gewifs wird er Gefühl genug haben für jene Schläge, welche ihm die Natur häufiger und härter, als jeder andern Thierart zutheilt, Gefühl genug für den Einflufs der Kälte, die keiner so furchtbar seyn kann als ihm, Gefühl genug für die Gefahren der Ueberschwemmung, denen er, in seiner Rohheit, hilflos Preis gegeben seyn würde, Gefühl genug für die Qualen des Hungers, die ihm gewifs öfterer, als jede andre bedrohen, die ihm vielleicht, in einem solchen Zustande, ununterbrochen nahe sind, Gefühl genug für die Krankheiten seines Körpers, die gar nicht etwa bloss Folgen der Civilisirung sind, Gefühl genug für alle die künftigen Uebel, die Phantasie und Furcht ihm vorspiegeln, Kräfte, die wahrhaftig im Naturmenschen nicht schlafen. Die Mittel seiner Erhaltung bedürfen beynahe alle der Kunst, und der gegenseitigen Unterstützung der Menschen, wenn sie ihm zu einer verhältnifs- und zweck-mässigen Befriedigung seiner Bedürfnisse bereit seyn sollen. Während der Vogel mit der grössten Leichtigkeit eben die Würmer findet, die seine Nahrung ausmachen, muß der Mensch eine lange Reihe von mühsamen und überdachten Arbeiten vollenden, um nur das nothwendigste und unentbehrlichste von den Mitteln seiner Erhaltung, das Brod, zu gewinnen.

Kein Wunder, wenn der Mensch, bey allen edlen Anlagen zur sittlichen Güte, im Stande der Natur, welcher kein andrer als der Zustand der thierischen Rohheit ist, in der Ausübung kein höheres Prinzip kennt, als den Trieb der physischen Selbsterhaltung, welcher seine Anforderungen mit einem stechenden Drange ankündigt, kein Wunder, wenn er, da er so oft nur zwischen leiden und sterben oder Unrecht thun zu wählen hat, in den meisten Fällen für das Letztere entscheidet.

Die Menschen, in ihrer thierischen Rohheit sind sich einander weit furchtbarer, als die Individuen irgend einer andern Thierart. Jedes andre Thier wird blos durch den gegenwärtigen und nahen Vortheil gereizt, sein Mitwesen zu berauben, es anzufallen, zu tödten; der Mensch, der auch in seiner thierischen Rohheit der Zukunft durch seine Gedanken vorspringt, und die Folgen der Handlungen bis auf eine gewisse Weite überfieht, wird auch durch Vorstellungen entfernterer künftiger Vortheile gereizt, es auf die Rechte seines Mitwesens zu wagen, und wenn jedes andre Thier nur des Gegenwärtigen und Nahen wegen mordet, so mordet der Mensch auf Spekulation. So wie der Blick des Menschen in die Zukunft Verbrechen gebiert, so gebiert sie auch der ihm eben so eigne Blick in die Vergangenheit. Jedes andre Thier *vertheidigt* sich nur gegen den bevorstehenden oder wirklichen, oder so eben geschehenen Anfall; wegen vormaliger Angriffe seinem Mitwesen Uebel zuzufügen, um sich an

seinem Leiden zu ergötzen, ist für keines auch nur möglich. Das Thier *Mensch* allein ist jener niedrigen, und entsetzlichen Leidenschaft fähig, die wir Rache nennen, einer Leidenschaft, welche die Quaalen Anderer zur Quelle einer Wollust macht, und welche keines der übrigen Thiere haben kann, weil ihnen allen das Vermögen fehlt, sich in die Gemüthszustände ihrer Mitwesen hinüber zu empfinden, an ihren Freuden und Leiden Theil zu nehmen.

Ist der Mensch eben wegen seines eben angedeuteten Blickes in die Zukunft und die Vergangenheit weit mehrern Reitzungen zur Verletzung seiner Mitwesen ausgesetzt, als alle andre Thiere; so hat er auch, selbst in seiner thierischen Rohheit, mehr Erfindungskraft, um jenen Reizungen Genüge zu leisten, als alle andre Thiere. Hat die Natur ihn mit Stärke und Kühnheit weniger begabt, als viele andre Thierarten, so hat sie ihm durch die Gabe der Verstellung, der Falschheit, der List, zahllose Mittel verliehen, durch die er seinem Mitwesen auf das sicherste schaden kann, und die keines der übrigen Thiere in dem Grade besitzt, wie er.

Der Mensch in seiner thierischen Rohheit ist außer der *Rache* noch einer Leidenschaft fähig, deren alle übrige Thiere ermangeln: grund- und zwecklose Quaal seiner Mitwesen kann ihn ergötzen, er kann, was kein Tyger ist: *grausam* seyn.

Eben jetzt haben wir den Menschen unter dem überwiegenden Einflusse seiner physischen Selbstliebe und der damit verknüpften thierischen Neigungen betrachtet, und es kann wohl keinem Zweifel unterworfen seyn, daß der Mensch in einer solchen Verwilderung seines Begehrungsvermögens und zwar vorzüglich im fortdauernden Zustande dringender Bedürfnisse dem Menschen furchtbarer seyn müsse, als jedes andre Wesen der Schöpfung.

Allein, wenn wir auch dem Naturmenschen alle sittliche Güte zueigneten, deren er im aufergesellschaftlichen Zustande in Beziehung auf seine Mitwesen möglicher Weise fähig seyn kann; so würden wir dennoch zugestehen müssen, daß die Moralität des Menschen selbst häufige Veranlassungen giebt, die Freyheit seines Mitwesens einzuschränken, daß die unfehlbar eintretenden Collisionen zwischen Rechten und Pflichten die Naturmenschen ohne allen Einfluß selbstsüchtiger Neigung in Uneinigkeit und Widerstreit versetzen, daß also die Unsicherheit des Menschen im Naturstande nicht bloß auf Ursachen beruht, die aus der physischen Natur des Menschen folgen, sondern auch aus solchen, die in der moralischen Natur desselben gegründet sind *).

*) So viel ich weiß, habe ich diesen Gesichtspunkt in meiner Abhandl. *über die Grenzen des Naturrechts und der Pflichtenlehre* zuerst aufgefaßt. Das Beyspiel, welches ich dort gewählt habe, scheint auch hier zur Erläuterung meiner Idee vollkommen zu passen. Caius treibt

So von allen Seiten bedroht durch die Gefahren für seine äußere Freyheit, sieht der Mensch kein sichres Mittel, um selbige zu schützen, als eine Verbindung mit seinen Mitwesen, in welcher sich alle über den Zweck einverstehen, jede Einschränkung der äußern Freyheit des Einen durch den Andern mit Gewalt zu verhindern, und mit vereinigten Kräften die Dauer ihrer Verbindung zu bewirken. Die Realisirung dieses Mittels ist nicht, als moralisch indifferent, der Willkühr des Menschen überlassen; sie ist vielmehr *Pflicht* für ihn *).

ein *Recht* auf eine Leistung des Titius, gegen alle *Billichkeit*, auf das äußerste durch, im Bewußtseyn, daß er es hat, und daß *Recht Recht* bleibt; Titius widersetzt sich ihm *unrechtmäßiger* Weise, in der Ueberzeugung, Caius sey *verpflichtet*, sein *Recht* fahren zu lassen; Sempronius, Tullius, Antonius, kommen dem Caius zu Hülfe, in der Ueberzeugung, es sey *Pflicht*, dem beyzustehen, der *Recht* hat, Marcus, Laurentius, Julius, stehen dagegen dem Titius bey, in der Ueberzeugung, es sey *Pflicht*, dem unmenschlich bedrückten Hülfe zu leisten, Atticus, Portius, und viele andre fallen über diese her, in der Ueberzeugung, man sey verpflichtet, zu verhindern, daß sich Niemand unberufen in die Rechtshändel andrer mische, Andre gehen wider auf jene los, aus ähnlichen Gründen, und so fort. Ihre Gründe entspringen sämmtlich aus der Moralität, und die Selbstsucht hat an ihrem Kampfe keinen Antheil.“

*) Ich glaube in meinem *Versuche über die Heiligkeit des Staates* die Wichtigkeit dieser Behauptung für das na-

Wenn ich im vorigen Abschnitte behauptet habe, es sey *Pflicht* des Menschen, Staat zu errichten, oder in den schon errichteten zu treten; so meyne ich keine *Zwangspflicht*, sondern *Gewissenspflicht*. Denn unstreitig dürfen Menschen nicht Menschen zwingen, aus dem isolirten Zustande in bürgerliche Gesellschaft zu treten; der Naturmensch *darf*, wenn er will, auch ein einsiedlerisches Leben führen, dieses *darf* heist aber nichts anders, als: seine Mitmenschen sind verpflichtet, ihn daran nicht zu hindern.

So wahr dieß ist, so wenig folgt daraus, daß der in einem bestimmten Staate Geborne nicht *Zwangspflicht* habe, in demselben zu bleiben. S. die Einleit.

Sobald Menschen für die Sicherung ihrer äußern Freyheit eine Verbindung stiften, wo die vereinigte Kraft des Ganzen die Einzelnen und das Ganze selbst schützen soll, so entsteht für sie eine neue sittliche Situation; jeder Einzelne bekommt Verpflichtungen in Beziehung auf das Ganze, und das Ganze Verpflichtungen in Beziehung auf jeden Einzelnen. Diese Verpflichtungen aber sind von der eignen Art, daß ihnen durchaus nicht etwa bloße *Rechte*, deren Ausübung willkürlich ist, sondern *Pflichten zu zwingen* correspondiren.

türliche Staatsrecht und seine Anwendung gezeigt zu haben. Nach *Wolf*, *Crusius*, *Hufeland* u. A. hat sie auch Kant in seiner Abh. über den Gemeinpruch: *das mag in der Theorie richtig seyn, taugt aber nicht für die Praxis*, zum Grunde gelegt.

G r u n d f ä t z e
des
natürlichen Staatsrechtes.

Ciuitas est persona vna, cuius voluntas, ex pactis plurimum hominum pro voluntate habenda est ipsorum omnium, vt singulorum viribus et facultatibus vti possit, ad pacem et defensionem communem.

Thomas Hobbes
de ciue.

Grundsätze
des
natürlichen Staatsrechts.

I.

Begrif des natürlichen Staatsrechts.

Nach dem Ideengange, welchem ich in den metapolitischen Prolegomenen gefolgt bin, darf ich hoffen, daß folgende Erklärung das Wesen des natürlichen Staatsrechts mit Bestimmtheit ausdrückt:

1.

*Das natürliche Staatsrecht ist die Wissenschaft der nothwendigen Leistungen des Staats für die Bürger und der Bürger für den Staat, wiefern sie aus der bloßen Idee des Zweckes des Staats erkannt werden *).*

*) Ich glaube, diese Erklärung bezeichnet den Inhalt und die Grenzen des natürlichen Staatsrechtes bestimmter, als jene, die ich in meinem Versuche ü. d. H. d. St. angestellt habe: das allgemeine Staatsrecht ist das System von Rechten und Pflichten, welche den Mitgliedern einer mit vollkommener innerer und äußerer Freyheit entstandenen und zweckmäßig organisirten Gesellschaft

1) Nicht ohne Grund nenne ich das natürliche Staatsrecht die Wissenschaft der *nothwendigen Leistungen* u. s. w. Denn es giebt im Staate keine ihn betreffende Pflicht zu leisten, der nicht eine Pflicht diese Leistung zu erzwingen correspondirte, und diese Erzwingung ist selbst eine Leistung. Eben deswegen vermeide ich auch den Begriff des *Rechtes* ganz, weil alle im Staate Statt findende ihn betreffenden *Rechte* mit der *Verbindlichkeit* sie durchzusetzen verknüpft sind, also nicht für *bloße Rechte* angesehen werden können. Mit dem *bloßen Rechte* ist jederzeit die freye Willkühr verknüpft, es geltend zu machen, oder nicht, diese Willkühr fällt im Staate, dem Zwecke desselben zu Folge, ganz weg.

2) Das natürliche Staatsrecht nimmt die Vereinigung der Menschen zur bürgerlichen Gesellschaft in Form des Staates als vollkommen frey an, so daß jeder nur durch seinen Zweck, der zugleich der Zweck aller übrigen ist, bestimmt wird, es stellt also jene Verbindung dar, wie sie sich immer gebildet haben sollte, ohne Hinsicht auf die Art, wie sie in der wirklichen Welt hier durch Obergewalt, dort durch List entstanden seyn mag. Ihre sittlichen Aussprüche hängen von der Erfahrung und der Handlungsweise der Menschen keinesweges ab; sie sind an

zur Sicherung der äußern Rechte, in Beziehung auf das Ganze ihrer Verbindung und einander selbst zu kommen.

und für sich gültig, und wenn sie auch nie ausgeübt würden. Wer dieses leugnen wollte, müßte ebenfalls die Wahrheit der Moral aufheben, weil ihre Lehre nach ihrem ganzen Umfange, und ihrer völligen Reinheit von den Menschen nicht ausgeübt werden.

3) Wenn man das natürliche Staatsrecht, wie es oft geschieht, eine *idealische* Wissenschaft nennt, so ist dies nur insofern zulässig, als man unter *Ideal* die Vorstellung einer der moralischen Vernunft streng angemessenen Ordnung versteht. In demselben Sinne ist jede moralische Wissenschaft idealisch.

II.

Bedingung der allein rechtmässigen Entstehung des Staates.

1.

Ein Staat kann rechtmässiger Weise nur durch äusserlich freye Einwilligung entstehen, und das natürliche Staatsrecht stellt die Bedingungen, über welche sich die Menschen vereinigen müssen, um Staat zu errichten, in bestimmten Verträgen dar.

Wer zweifeln kann, ob das natürliche Staatsrecht die Rechtmässigkeit der Entstehung des Staats auf Vertrag gründen müsse; hat sich für diese Wissenschaft noch gar nicht orientirt. Ausserdem würde er begreifen, dass Vertrag keinesweges beliebige, sondern nothwendige Grundlage derselben ist, und dass die Behauptung seiner Nothwendigkeit von den Thatfachen der wirklichen Welt, und den Relationen der Geschichte ganz unabhängig ist. Wenn sich auch nie eine einzige bürgerliche Gesellschaft der Zeit nach auf einen allgemeinen Vertrag gegründet hätte, so könnte das natürliche Staatsrecht dennoch der Idee davon nicht entbehren. Es hat nicht den Zweck, uns die Entstehung der Staaten in der wirklichen Welt zu erzählen, sondern nach Prinzipien der Vernunft zu bestimmen, wie sie für

entstehen sollen, und eben dadurch Grundsätze für die Kritik der wirklichen Staaten aufzustellen *).

2.

Da, wenn Staat errichtet werden soll, die Willen sich in dreyfacher Rücksicht vereinigen müssen, in Rücksicht des Zweckes, in Rücksicht der Mittel, und in Rücksicht der Art und Weise, die Mittel anzuwenden; so bedarf das natürliche Staatsrecht, um alle Bedingungen, über welche sich die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft vereinigen müssen, auszudrücken, dreier Verträge.

3.

Diese Verträge sind der Vereinigungsvertrag, der Verfassungsvertrag und der Unterwerfungs-

*) Einwürfe gegen die Herleitung der bürgerlichen Gesellschaft von Vertrag finden sich bey *Schaumann* im *wissenschaftl. Naturr.* S. 311. *Reinhold* in *f. Briefen über die Kant. Phil.* 2 Th. 164. *Mosers* Deklamationen gegen den Socialvertrag in *f. N. patriot. Archiv.* scheinen mir nicht verdient zu haben, daß *Schläzer* sie im Anhang seines allgemeinen Staatsrechts so ausführlich und angelegentlich widerlegte. Wer behaupten kann, daß nur die Ableitung des Ursprungs der Majestät vom Willen Gottes die rechtmäßige Gewalt der Fürsten schütze, muß entweder mit Philosophie oder Geschichte gleich unbekannt seyn, oder die Gabe haben, die Grundsätze jener und die Fakta dieser ganz zu vergessen, wenn es auf Durchsetzung einer Lieblingsmeynung ankommt.

vertrag. Der erste derselben führt mit Nothwendigkeit den zweyten, und der zweyte mit Nothwendigkeit den dritten herbey, so dass man sie zusammen als einen Vertrag ansehen kann und muss.

Nämlich:

1) Die Willen Aller müssen übereinstimmen in Hinsicht des Zweckes: eine Verbindung zu stiften, in der die Rechte jedes Einzelnen durch das Ganze, und die des Ganzen durch Jeden Einzelnen gesichert sind. Die Harmonie der Willen in dieser Rücksicht drückt der *Vereinigungsvertrag* aus.

2) Die Willen Aller müssen übereinstimmen in Hinsicht der Bedingungen, ohne welche eine Verbindung dieser Art ihren Zweck nicht erreichen kann. Diese Bedingungen machen die Form der Gesellschaft aus; die Form der Gesellschaft, als Gegenstand des Allgemeinen Willens wird in den Grundgesetzen der Gesellschaft dargestellt; diese Grundgesetze bestimmen also die Art, wie der allgemeine Wille realisirt und die höchste Gewalt ausgeübt werden solle, bestimmen den Gegenstand, die Grenzen und den Inhaber der höchsten Gewalt. Die Uebereinstimmung der Willen Aller in Hinsicht dieser Grundgesetze, und der dadurch festgesetzten Form der Gesellschaft, drückt der *Verfassungsver-*

trag aus, welcher dem Unterwerfungsvertrage noch vorhergeht.

3) Soll der Zweck des Staates seiner in den Grundgesetzen bestimmten Form gemäß erreicht werden, so müssen sich die Willen der Einzelnen dem Verfassungsvertrage gemäß dem zu wählenden Inhaber der höchsten Gewalt unterwerfen; seyen dieß nun *Alle*, oder *Einige*, oder sey es *Einer*. Die Uebereinstimmung der Willen Aller in dieser Hinsicht drückt *der Unterwerfungsvertrag* aus,

III.

Theorie der Grundverträge aller bürgerlichen Gesellschaft.

A.

Vereinigungsvertrag.

I.

In dem Vereinigungsvertrage verbinden sich Menschen gegen einander, durch vereinigte Verwendung ihrer Kräfte eine Gesellschaft wirklich zu machen, in welcher die Rechte jedes Einzelnen durch das Ganze, und die Rechte des Ganzen durch jeden Einzelnen gesichert seyen.

2.

Dieser Vertrag würde keinen Sinn haben, wenn nicht die ihn eingehenden Menschen sich zugleich, über ein bestimmtes Mittel einverstünden, einig zu werden über die Form der Gesellschaft.

Unstreitig drücken sie ihr ernstliches Wollen des Zweckes im Vereinigungsvertrage aus, und versprechen einander die gemeinschaftliche Bewirkung desselben. Diefß würde aber ein blofes Spielwerk seyn, wenn sie nicht zugleich unter einander ein Prinzip der Uebereinstimmung für irgend eine Form der Verfassung und Regierung ausmachten. Es liegt außer den Gränzen der gegenwärtigen Untersuchung, die möglichen

Prinzip dieser Art anzugeben, und zu bestimmen, ob das Gewicht der Gründe, oder die Pluralität, oder der bloße Zufall und das Loos, oder, was es *der* Art sonst gebe, zu einem solchen Prinzip am besten diene. So viel ist gewiß: *eines muß allgemein gewollt werden bey der Vereinigung, wenn sie eine ernstliche seyn soll.* Nach Festsetzung eines solchen Prinzips ist nun die Möglichkeit der Form und der Verfassung nicht mehr problematisch, sondern mit aller hier möglichen Sicherheit vorbereitet.

*) Ich finde dieses, wie mir scheint, so nothwendige Erfordernis von allen mir bekannten Staatsrechtslehrern übersehen. Herr Schmalz sagt: (*natürl. Staatsr. S. 56.*) „denn obwohl jeder sich anheischig gemacht hat, die allgemeine Sicherheit zu erhalten und zu befördern; so liegt doch in dem Vereinigungsvertrage nichts, was ihm die Mittel darüber vorschreibe, oder ihn bey der willkührlichen Macht derselben, dem Willen seiner Genossen unterwürfe. Wer also von ihnen ihm hierüber etwas vorzuschreiben wagen wollte, würde ihn wider seinen Willen bestimmen, also Unrecht thun. Und Unrecht kann nicht Recht seyn, wenn es auch gleich die entschiedenste Mehrheit, ja die Einstimmung aller übrigen Genossen begienge.“ S. 60. „im Vereinigungsvertrage liegt gar nichts, was den Staatsbürger verpflichtete, sich über irgend etwas, was die Wahl der Mittel betrifft, die Vorschriften Andrer gefallen zu lassen. Kann er also mit seinen Mitbürgern sich nicht vereinigen, so hört zwischen ihm und ihnen der Vereinigungsvertrag auf.“ Herr Schmalz hat hier ganz aus den Augen gelassen, daß doch im Vereinigungsvertrage, wenn er

Diejenigen, welche die Nothwendigkeit eines solchen Prinzips, als enthalten im Vereinungsvertrage, nicht zugestehen wollen, dürfen wenigstens nur von einer Vereinigung, aber schlechterdings nicht von einem Vereinungsvertrage reden.

3.

Durch den Vereinungsvertrag bekommen die ihn schließenden Menschen bestimmte Zwangspflichten gegen einander; diese a) sind wesentliche, die aus dem Zwecke der Vereinigung entspringen; b) können auch zufällige seyn, nach den besondern mit dem Vereinungsvertrage verknüpften Einverständnissen der Paciscenten.

4.

*Die wesentlichen aus dem Vereinungsvertrage entspringenden Zwangspflichten beziehen sich auf nichts weiter, denn auf die wirkliche Verwendung der Kräfte, zur Stiftung des Staates, angemessen dem im Vereinungsvertrage ausgemachten Prinzip. Diesen Zwangspflichten entsprechen, der Natur der Sache zu Folge, Pflichten zu zwingen *).*

anders Sinn haben soll, Einverständnis über ein Prinzip allgemeiner Einigkeit in Beziehung auf die Mittel liegen muß.

*) Ich sage: „der Natur der Sache zu Folge,“ weil außerdem die ganze Vereinigung nicht wäre, was sie seyn

5.

Alle Menschen, welche in ihren Gütern oder Kräften Mittel für den Zweck des Staates besitzen, können am Vereinungsvertrage Theil nehmen. Nur derjenige, welcher auch nicht einmal verhältnismäßige Kräfte darbiethen kann, ist dieser Theilnahme unfähig.

6.

Beyde Geschlechter können ihn schließen, und zwar die Individuen, von der Zeit an, wo sie des Gebrauchs ihrer Vernunft und Urtheilskraft fähig sind.

7.

Die Theilnehmer am Vereinungsvertrage sind als solche einander gleich, wenn sie nicht selbst unter sich eine gewisse Ungleichheit übereinkünftig festsetzen.

8.

Wenn unter diesen Theilnehmern Eigenthümer von Grund und Boden sind, so haben sie als solche, vor den übrigen Mitgliedern, die es nicht

*soll. Der Versprechende verspricht hier, sich im Fall der Nichtleistung zwingen zu lassen, und sieht die Er-
zwingung der Leistung als eine Gegenleistung an. Nur
dadurch wird er der Erreichung des Zweckes sicher,
deren Möglichkeit außerdem zweifelhaft bliebe.*

sind, keine Vorrechte, selbst dann nicht, wenn das Territorium des Staats nur aus ihren vereinigten Grundstücken bestünde.

- 1) Es ist überhaupt gar nicht nothwendig, daß *Grundeigenthümer* zusammentreten, damit Staat entstehe. Alle können ohne Grundeigenthum seyn, und zusammen, für ihren Zweck, ein Gebieth occupiren, welches dann Eigenthum nicht der Einzelnen, sondern des Ganzen sey.
- 2) Es ist nicht widersinnig, daß ein Staat sich an gar kein bestimmtes Territorium binde, sondern im nomadischen Herumziehen sich das nöthige Gebieth bald hier bald da auf ungewisse Zeit occupire.
- 3) Alles, was von mehrern' gesagt worden ist, um den Vereinigungsvertrag auf die Grundeigenthümer allein, einzuschränken, beruht auf jenen falschen Voraussetzungen, die ich bereits in den metapolitischen Prolegomenen geprüft habe. Irrig ist es, daß der Staat nur durch Vereinigung von Grundeigenthümern Territorium haben könne, irrig, daß die übrigen Menschen durchaus von den Grundeigenthümern abhängig seyen, irrig, daß sie gegen diese im Verhältnisse des Miethmanns zum Vermieher stehen, irrig, daß sie zum Staatsvermögen gar nichts beytragen, daß sie keine Stimme haben können, u. s. w.

4) Allerdings kann es eine Vereinigung bloß von Grundeigenthümern geben, und es steht in diesem Falle denselben frey, alle andre auszuschließen, oder nur unter der Bedingung einer Unterordnung zuzulassen. Nur muthe man uns nicht zu, anzunehmen, daß jeder Staat auf einer solchen Vereinigung beruhe, und daß der Begriff *Staat* eine solche Vereinigung als wesentliches Merkmal befaße.

9.

Wenn der Vereinigungsvertrag nicht etwas ganz Widersinniges seyn soll, so giebt sich durch denselben Jeder mit allen seinen Gütern, Kräften, mit Leib und Leben dem Ganzen hin. Und eben darin, daß jeder auch sein Leben für den Zweck des Staats wagt, liegt der Grund der Gleichheit aller Mitglieder der Verbindung.

Was würde der bürgerliche Vereinigungsvertrag seyn, wenn jeder Contrahent für den Staat zu wirken und aufzuopfern verspräche, nur mit Ausnahme seines Lebens! Wahrhaftig die unzuverlässigste Spielerey bey der wichtigsten irdischen Angelegenheit des Menschen. Eben hierin liegt das Charakteristische dieser Verbindung, daß Jeder sich zur Realisirung aller nothwendigen Mittel für den Zweck des Ganzen anheischig macht, und selbst sein Leben aufzuopfern verspricht, wenn dieß Bedingung des Wohls des Ganzen seyn kann.

Man kann hier dreyerley fragen:

- a) ist es nicht, aus dem Gesichtspunkte der Klugheit betrachtet, widersinnig, daß der in bürgerliche Gesellschaft eintretende Mensch auch sein Leben als Mittel für das Ganze hingiebt, da er doch eben aus dem Grunde an der Gesellschaft Theil nimmt, um sein Leben zu erhalten? Nein; er hat freye Wahl zwischen dem aufergesellschaftlichen Zustande, wo er seines Lebens keinen Augenblick sicher ist, und der bürgerlichen Gesellschaft, wo die größte mögliche Sicherheit eben dadurch entsteht, daß Alle Jedem und Jeder Allen im Fall der Nothwendigkeit, auch sein Leben widmet. Unter zwei Gefahren wählt der Kluge die geringste.
- b) Hat der Mensch ein Recht, sein Leben zum Mittel der bürgerlichen Gesellschaft zu machen? Allerdings; er schränkt dadurch keines Mitwesens Freyheit ein; *Recht* haben wir aber, zu allen Handlungen, womit wir Niemand Unrecht thun.
- c) Läuft nicht eine solche Verfügung über sein Leben der Pflicht für die Erhaltung desselben zuwider? Rousseau antwortet: tout homme a droit de risquer sa propre vie pour la conserver. A-t-on jamais dit, que celui, qui se jette par une fenêtre pour échapper à un incendie, soit coupable de suicide? Ich gehe noch weiter und behaupte, daß die Pflicht sein Leben zu erhalten jene mit dem Eintritt in den Staat verknüpfte Verfügung über dasselbe for-

dert, und dafs derjenige, welcher nicht in den Staat tritt, jene Pflicht offenbar verletzt, und Gefahr läuft, die Schuld des Selbstmörders auf sich zu laden.

Der Mensch kann aber auch bey dieser unbedingten Hingabe an den Staat eine noch höhere Gesinnung hegen, er kann überzeugt seyn, dafs er es der ganzen Menschheit schuldig ist, für den Zweck des Staates auch sein Leben daran zu setzen. Und bey einer solchen Gesinnung erscheint er nicht nur tadellos, sondern höchst edel, und bewundernswürdig.

10.

Der Vereinigungsvertrag erstreckt sich auf alle in der Gesellschaft durch ihre Mitglieder erzeugte Kinder. Sie gehören dem Staate, und dürfen, ohne dessen Einwilligung, nicht aus ihm treten.

Dieser Satz enthält eine von jenen Wahrheiten, welche bey der grossen Menge von Menschen, die ihren Gefühlen einen starken Einfluß auf ihre rechtlichen Entscheidungen erlauben, wenig Eingang finden, weil sie hart sind, und Aufopferung als nothwendig ausdrücken. Ich gestehe selbst, dafs mir das Schicksal des Menschen, durch seine Geburt an einen gewissen Staat gebunden zu seyn, wenn ich es in Hinsicht auf bloße Annehmlichkeit des Lebens betrachte, nicht gefällt; allein in gleicher Hinsicht scheint mir vieles

Andre nicht reizend, was doch Recht ist; mein Gefühl darf auf keinen Fall Schiedsrichter seyn wollen, und eine Wahrheit bleibt immer Wahrheit, wenn sie auch drückend seyn mag.

1) Nur hartnäckiger Widersprechungsgeist kann sich gegen die so evidente Behauptung erheben, daß kein Staat der Erreichung seines Zweckes sicher seyn könne, aus welchem die von seinen Mitgliedern Gebornen nach Belieben heraustreten dürfen. Kraftlos sind alle Einwendungen: daß es ohnehin nicht zu befürchten sey, daß alle in einem Staate Geborne oder auch nur der grössere Theil aus ihm treten werden, daß dieser Fall sich am wenigsten erreichen werde, wenn der Staat gut organisirt und regiert werde, daß vielmehr ein solcher von allen Seiten durch neue Ankömmlinge noch mehr verstärkt werde, daß die denen in einem Staate Gebornen zustehende Freyheit auszuwandern, eine mächtige Triebfeder sey, die Staatsverfassung zu vervollkommen, und die Regierung mit der möglichsten Weisheit und Gerechtigkeit zu verwalten u. s. w. Wenn ein Institut nothwendig durch menschliche Kräfte werden soll, was zu seyn es bestimmt ist, so müssen die Menschen jede Maasregel in Beziehung auf dasselbe vernichten, wodurch es, wenn auch nur *möglich* ist, daß es gehindert werde, seinen Zweck zu erreichen. Diess gilt von jedem Werke, wodurch eine Absicht realisirt werden soll,

und ganz vorzüglich und unnachlässlich von einer Anstalt, wie der Staat ist. — Fragen sich doch Alle, die jenen von mir aufgestellten Satz so empörend finden, ob sie eine Menschengesellschaft zur Sicherung der Rechte, in welcher Alle das Gelübd ewiger Enthaltfamkeit gethan haben, und keine Kinder erzeugen, einen *Staat* nennen können, wenn auch diese Gesellschaft übrigens noch so vollkommen organisirt wäre. Und, wenn sie, wie ich nicht zweifle, die Unmöglichkeit zugestehen, so werden sie auch liberal genug seyn, nicht zu leugnen, daß sie einer solchen Gesellschaft die Benennung *Staat* deshalb absprechen, weil sie ihren Mitgliedern keine dauernde Sicherheit gewähren kann.

2) Allein bey aller Wahrheit der vorigen Behauptung (1) liegt dennoch die Hauptschwierigkeit in der Frage: ob denn Eltern das Recht haben, in ihren Vereinigungsvertrag auch ihre Kinder einzuschließen, und zwar so einzuschließen, daß sie für ihr ganzes Leben an den Staat gebunden sind, ob dieß nicht vielmehr eine widerrechtliche Einschränkung der Freyheit vernünftiger und selbständiger Wesen sey *).

*) Den Civilvertrag, sagt Herr Jakob, philos. Rechtl. 382. unter der besondern Bedingung schließen, daß Niemand das Staatsgebieth verlassen solle, der sich einmahl durch Zufall, oder aus freyem Willen darauf befindet, würde ein völlig widerrechtlicher Vertrag seyn, und eine solche Bedingung würde den Civilvertrag selbst

Indessen läßt sich, wie mir scheint, diese Frage um so befriedigender beantworten, je mehr jene Wahrheit über allen Zweifel erhoben ist.

Wenn kein Staat seinen Zweck erreichen kann, wenn nicht immer fort die Sterbenden durch Geborne, die Kraftlosen durch Starke ersetzt werden, Staat aber überhaupt nothwendig für die Menschheit, im Besondern nothwendig für Eltern ist, um ihre Pflichten in Beziehung auf Erhaltung und Erziehung ihrer Kinder zu realisiren, so ist es nicht rechtswidrig, wenn die Eltern ihrer Kinder zu Bürgern des Staats bestimmen, und der Staat das Recht auf ihre Mitgliedschaft übernimmt. Dürfen Eltern, wie doch wohl niemand

unmöglich machen. Denn man würde diesen Vertrag ohne die Möglichkeit einer freyen Einwilligung schließen, weil bey einer solchen Bedingung nicht einmahl eine Anfrage möglich bliebe, ob die Neugebohrnen oder künftigen Geschlechter den Staat, so wie er ist, wollen, oder nicht, sondern der Staat zwänge ihre Personen unbedingt, Mitglieder zu bleiben. Dieses widerspricht aber den formalen Rechten der Persönlichkeit, Freyheit, und Gleichheit, und er ist daher unter allen Verhältnissen widerrechtlich. — Denn ein Vertrag, welcher die Vernichtung der Freyheit der künftigen Generationen, so wie überhaupt eines jeden andern zum Objekte hat, ist rechtlich unmöglich, also im sittlichen Verstande nichts. — Note. Die Auswanderung kann daher in einem Staate bloß in *dem* Falle verboten werden, wenn der Auswanderer sich dadurch seinen übernommenen Verbindlichkeiten gegen den Staat entziehen würde.

leugnet, in Beziehung auf ihre Kinder jede Verfügung treffen, ohne welche sie ihre elterliche Pflicht nicht ausüben können, warum sollten sie nicht das Recht haben, sie dem Staate zu widmen, da sie außerdem auf eine sichere Vollziehung ihrer Pflicht ganz Verzicht thun müßten? Hoffentlich wird Niemand den Einwurf machen, die Kinder würden immer im Staate erzogen werden können, ohne daß sie demselben als künftige Bürger zugeeignet würden. Müssen nicht Alle für den Schutz und die Sicherheit derselben ihre Kräfte verwenden, und können sie zu diesen Leistungen gezwungen seyn, wenn sie dieselben nicht für künftige Mitbürger zu thun haben? Es liegt im Vereinigungsvertrage selbst, daß die im Staate gebornen Kinder in ihm begriffen sind, daß nur insofern der Staat ihnen seinen Schutz angedeihen läßt, und dadurch ihre Fortdauer und Erziehung vermittelt, als er ihre Theilnahme an seiner Verfassung als nothwendig voraussetzt.

Und sollte denn dadurch wirklich denen im Staate Gebornen Menschen Unrecht geschehen? Sollten sie, herangewachsen, und gediehen zum Bewußtseyn der Vernunft und Freyheit vernünftiger Weise klagen können, man schränke ihre Freyheit widerrechtlich ein, man handle sie als Mittel, nicht als Zweck an sich?

Durch keine Verfügung geschieht einem Menschen Unrecht, welche für die Geltung alles Rechtes unter den Menschen nothwendig ist, und welcher also auch

der Mensch sein Daseyn, seine Erhaltung, seine Erziehung verdankt. Jeder Mensch, der zum Gebrauch seiner Vernunft gelangt ist, muß wollen, daß eine solche Verfügung allgemeines Gesetz in einem Systeme vernünftiger endlicher Wesen sey. Der Staat ist *conditio sine qua non* der sichern Durchsetzung unsrer Rechte, also auch der elterlichen in Beziehung auf Erhaltung und Erziehung der Kinder, er kann als feste zuverlässige Anstalt nicht statt finden, ohne auf die Theilnahme seiner Ingebohrnen zu rechnen, er vermittelt durch eine Reihe von Leistungen unter Bedingung dieser Theilnahme, ihre Erhaltung und Erziehung, er fordert also mit gutem Grunde diese Theilnahme, und erzwingt sie im Falle der Weigerung mit Recht.

Frevelhafter Leichtfinn, wenn der Ingebohrne sagen wollte: „wer hat es meinen Eltern geheissen, mich im Staate zu erhalten und zu erziehen, wer euch Allen, die ihr diese Gemeinheit ausmacht, Leistungen für mich zu thun, die ich euch gar nicht danke, da sie um den Preis einer so grossen Einschränkung meiner Freyheit geschehen sind?“ Ein solcher kann auch mit seinem Vater rechten, daß er ihn erzeugt hat; denn auch dies ist ohne seinen Consens geschehen.

II.

Nur wenn die Ingebohrnen mit in dem Vereinungsvertrage begriffen sind, ist der Staat eine ewige Gesellschaft.

1) ein

1) Ein Staat, in welchem keine verhältnismäßige Menge von Menschen erzeugt werden kann, ist gar kein Staat, sondern bloß ein Sicherheitsbund auf einige Zeit.

2) Diejenigen, welche die Verbindlichkeit des Ingebohrnen zur Theilnahme an dem Staate nur auf Besitz von Grundeigenthum, andern Gütern und Gebrauch des Territoriums gründen, sichern die Ewigkeit des Staates sehr unzulänglich, und scheinen mehr die Staaten der wirklichen Welt vor Augen zu haben, als den Gesichtspunkt dieser Wissenschaft festzuhalten. Nicht zu gedenken des Hrn. Schmalz, der hier nicht anders als in Gemäßheit der Grundprinzipien seines Staatsrechts entscheiden konnte, (S. §. 64. S. 48.) hat Herr Jakob vielen Scharfsinn angewendet, um zu zeigen, wie der Staat als ewige Gesellschaft anzusehen sey, ohne den unverlierbaren Rechten der Menschheit Eintrag zu thun. „Eine ewige Gesellschaft, sagt er §. 672. f. philos. Rechtsl. folglich auch der Staat kann nicht anders bestehen, als durch eine *beharrliche Identität des Willens aller seiner Glieder*, und obgleich einige Glieder in und während der Gesellschaft, welche sie eingegangen sind, einen von dem Willen der Gesellschaft abweichenden Privatwillen haben möchten; so kann und darf doch derselbe keinen praktischen Einfluß auf die Gesellschaft haben, es müßte denn der Gesellschaft gefallen, ihn freywillig zu dem ihrigen

Heydentr. Staatsr.

G



zu macheñ. — Zu dieser Identität des Willens mögen sich auch die successiven Glieder ungern verstehen; wenn sie sich einmahl dazu verstanden haben, so sind sie daran gebunden, denn ihre Einwilligung ist und bleibt doch immer frey. Nun ist ein beharrlicher Wille nicht anders möglich, als, wenn die gegenwärtigen Glieder des Staats die folgenden und hinzukommenden, und diese wiederum ihre Nachkömmlinge, und so ins unendliche bestimmen, ihren Willen zu dem ihrigen zu machen, und eben die Verbindlichkeiten zu übernehmen, welche sie haben, oder gehabt haben. Denn auf diese Art wird der Wille der Gesellschaft beharrlich seyn, oder alle Zeiten hindurch, so lange Nachkommen existiren, fortdauern. Es würde sich aber diese Einheit des Willens, da sie doch allemal auf freyer Einwilligung beruhen soll, schwerlich lange bey der Nachkommenschaft erhalten, wenn nicht das vorhergehende Geschlecht ein beharrliches Mittel in seiner Gewalt hätte, das folgende, oder auch die gleichzeitig hinzukommenden neuen Glieder auf eine rechtmäßige Weise zu bestimmen, daß sie sich zu dieser Einwilligung entweder entschliessen, oder das Land zugleich verlassen müssen. Dieses Mittel ist ihr Recht auf ihr äusseres Eigenthum, besonders auf das unbewegliche oder auf das Staatsgebiet, auf den Boden, welchen sie bewohnen. Denn es kann nicht bezweifelt werden, daß die Generation, welche den Boden bewohnt, und auf eine rechtmäßige

Weise zum Besitze desselben gelangt ist, ein Eigenthumsrecht an demselben habe, und daß sie folglich einen Theil dieses Eigenthumsrechtes veräußern, und der Nachkommenschaft, oder den Hinzukommenden dieses Recht unter beliebigen Bedingungen überlassen dürfe, und ihnen überhaupt nur so viel Rechte übertragen könne, als sie selbst noch besitzt. Da nun ein Staat nicht anders bestehen kann, als, wenn alle folgende Eigenthümer und Besitzer des Bodens ebenfalls in den Staat einwilligen; so schließt der ursprüngliche Vereinigungsvertrag zugleich den gemeinschaftlichen Willen in sich, Niemanden weder ein Eigenthum an dem Boden, noch einen Aufenthalt auf demselben zu verstaten, als unter der Bedingung, daß er selbst den Staat wolle und sich dessen Gesetzen unterwerfe.“ Herr J. scheint mir in diesem Raisonnement mehr die Art und Weise zu *erzählen*, wie in der wirklichen Welt die Generationen durch Bedürfnis gedrungen in denselben Staaten beharren, und wahrscheinlich sofort immer beharren und die Verbindung fortsetzen werden, als einen allgemeingültigen und von zufälligen empirischen Bedingungen unabhängigen *Rechtsgrund* zu bestimmen, durch welchen man begreife, wie der Vereinigungsvertrag sich auch auf die Nachkommen erstrecken könne, ohne die Menschenrechte einzuschränken. Er kündigt zwar §. 626. den Beweis der *rechtlichen Möglichkeit* einer ewigen Gesellschaft, wie der Staat ist, an, allein diese

rechtliche Möglichkeit, welche er erweist, ist bedingt, und beruht allein darauf, ob das folgende Geschlecht am Staatsgebiete Theil nehmen *wolle*; thut es darauf Verzicht, wie doch gedenkbar, obwohl nicht wahrscheinlich, so ist es um die Ewigkeit des Staates gethan. Der Staat kann aber nur als ewige Gesellschaft Staat seyn; es giebt also entweder gar keinen Staat, oder das Recht desselben auf die in ihm Gebornen muß *unbedingt* bewiesen werden, so daß die Dauer oder Vernichtung des Staates von der bloßen Willkühr, und dem Bedürfnisse derselben nicht abhängt. Eben darinn, daß auch Herr J. den Charakter der Ewigkeit in seiner wesentlichen Verknüpfung mit der Staatsverbindung nicht scharf genug gefaßt hat, liegt der Grund des Schwankenden seines Beweises. „Der Zweck einer solchen Vereinigung, sagt er §. 608. entstehet und vergehet nur mit dem menschlichen Geschlechte, und wenn es daher Menschen sonst möglich ist, so *können* sie sich auf immer zu diesem Zwecke vereinigen, d. i. eine ewige Gesellschaft zu diesem Zwecke errichten.“ Nein, erlaube ich mir einzuwerfen, sie *können* nicht bloß, sondern wenn sie den Zweck wirklich wollen, so *müssen* sie sich *auf immer* vereinigen, außerdem wüßten sie gar nicht, was sie wollen. Nur wiefern sie diess thun, können wir, wie Herr J. §. 631. N. sagen, „*daß der Staat nie sterbe.*“

Allem diesem zu Folge kann ich unmöglich mit Hrn. J. zusammen stimmen, wenn er §. 641. sagt:

„Aber einen Civilvertrag unter der besondern Bedingung zu schliessen, dass niemand das Staatsgebieth verlassen solle, der sich einmahl durch Zufall oder aus freyem Willen darauf befindet, würde ein völlig widerrechtlicher Vertrag seyn, und *eine solche Bedingung würde den Civilvertrag selbst unmöglich machen* *). Denn man würde diesen Vertrag ohne die Möglichkeit einer freyen Einwilligung schliessen, weil bey einer solchen Bedingung nicht einmahl eine Anfrage möglich bliebe, ob die Neugebohrnen oder künftigen Geschlechter den Staat, so wie er ist, wollen oder nicht **), sondern der Staat zwänge ihre Personen unbedingt Mitglieder zu bleiben. Dieses widerspricht aber den formalen Rechten der Persönlichkeit, Freyheit und Gleichheit, und er ist daher unter allen Verhältnissen widerrechtlich, denn ein Vertrag, welcher die Vernichtung der Freyheit der künftigen Generationen, so wie überhaupt eines jeden Andern zum Objekt.

*) Nach dem, was ich im Vorigen gesagt, dürfte nun evident seyn, dass das Entgegengesetzte der Fall ist, und dass ohne jene Bedingung der Vereinigungsvertrag sich selbst aufhebt.

**) Die von der Willkühr der Eltern abhängige Art der Erhaltung und Erziehung der Kinder geschieht auch ohne die Möglichkeit ihrer freyen Einwilligung. Ihre Einwilligung wird nur präsumirt. Wer wollte deshalb sagen, die Rechte der Kinder werden durch die Erhaltung und Erziehung verletzt.

hat, ist rechtlich unmöglich, also im sittlichen Verstande nichts *).

Ich kann übrigens für die Redlichkeit der Mittheilung meiner jetzigen Ueberzeugungen in Beziehung auf diesen Gegenstand keinen unzweydeutigen Beweis geben, als wenn ich versichere, daß sie mir, wenn ich mich meinem Gefühle überlasse, im höchsten Grade misfallen, und daß ich angelegentlichst wünsche, von ihnen befreyt zu werden; dieß kann aber in der That nur durch strenge Gründe, nicht durch Mittheilung von Gefühlen und Klagen über die Härte meiner Sätze geschehn **).

•) Wie kann man sagen, daß die ganze Freyheit der künftigen Generationen durch die Einschließung der Nachkommen in den Vereinigungsvertrag vernichtet werde? Sie werden nur in einem Stücke gebunden, und diese Verbindlichkeit ist so beschaffen, daß sie dieselbe als vernünftige Wesen gutheissen müssen,

•*) Gefährlich ist meine Behauptung auf keinen Fall. Denn wie konsequent sie auch für die Welt der Spekulation aus ihren Prämissen folgt, so würde dennoch ihre Anwendung in der wirklichen Welt zwecklos seyn, in welcher einerseits die Bande der Nothdurft und des Vortheils die im Staate Gebornen an ihn binden, andererseits mancherley Bedürfnisse die Ankunft und den Beytritt neuer Mitglieder der Gesellschaft verursachen, so daß gänzliche Entkräftung oder Untergang eines Staates gar nicht als möglich vorausgesetzt werden kann.

Weit noch über diese Behauptung hinaus gieng Plato. Seine ganze Theorie der Verheirathung und der Erzie-

In wiefern die Identität der Willen Grund des Vereinigungsvertrags ist, von diesem Vertrage aber alle andre für die Bildung einer rechtmäßigen bürgerlichen Gesellschaft nothwendige Verträge und Einrichtungen abhängen, erscheint der allgemeine Wille in der Theorie des natürlichen Staatsrechtes als Souverain.

Der *allgemeine Wille* drückt also in dieser Wissenschaft die allgemeine und gleiche Richtung aller auf den Zweck und die nothwendigen Mittel zum Zwecke aus. Und nichts anders als dies ist auch in Rousseaus staatsrechtlichem Systeme die *volonté generale*, welche er als den obersten bestimmenden Grund aller rechtmäßigen Verfassung und Regierung angiebt *).

hung der Kinder der *φυλακων* seines Staates, ruht auf der Voraussetzung, daß die Kinder dem Staate angehören. (de rep. 2. V.) Er trieb diese Voraussetzung so weit, daß nach ihm zum Besten des Staates das ganze natürliche Verhältnis der Eltern und Kinder, und alle Bande elterlicher u. kindlicher Liebe vernichtet werden müßten.

*) Einwürfe dagegen haben mehrere, neuestens Herr *Rebberg* gemacht, in f. Unterf. über die franzos. Revol. I. Th. Daß sie durchaus auf Misverständnissen beruhen, habe ich zu zeigen versucht in m. B. über die Heiligkeit des Staates, S. 65 — 115.

B.

Der Staatsvertrag.

Mit der Vereinigung ihrer Willen zu einem und demselben Zwecke, welche der im vorigen Abschnitte erläuterte Vertrag ausdrückt, widmen die zusammentretenden Menschen zugleich ihre Kräfte der Realisirung dieses Zweckes, und widmen sie ganz unstreitig in dem Umfange, und so unbedingt, als es für diese Absicht schlechterdings nöthig ist. In dieser Widmung ist unfehlbar auch enthalten, daß sie sich über die Art und Weise einverstehen wollen, wie, dem allgemeinen Willen des Zweckes gemäß, die Kräfte des Ganzen angewendet werden sollen. Und wir können sagen, daß sie sich durch den Vereinigungsvertrag zur Schließung eines Verfassungsvertrags verbindlich machen. Diesen Vertrag drückt folgende Formel aus:

1.

Wir verbinden uns gegenseitig, die und die Form zu wählen, in welcher der allgemeine Wille realisirt und die höchste Gewalt zu Sicherung der Einzelnen und des Ganzen ausgeübt werde.

2.

Durch diesen Vertrag bekommt die Gesellschaft Grundgesetze, und es entsteht nun Staat.

3.

Die Grundgesetze des Staats drücken aus: a) die Beschlüsse des allgemeinen Willens in Beziehung: α) auf Unterhaltung des Ganzen, β) auf Sicherung und Vertheidigung des Ganzen α) gegen mögliche oder wirkliche Angriffe von innen, β) gegen mögliche oder wirkliche Angriffe von außen; b) den Beschluß des allgemeinen Willens über die Art und Weise, wie jene Beschlüsse des allgemeinen Willens, (3. a.) in vorkommenden Fällen realisirt werden sollen: c) den Beschluß des allgemeinen Willens, über die Art und Weise, wie die Einzelnen ihr Recht, durchgängige Angemessenheit aller Verfügungen gegen den allgemeinen Willen zu fordern, geltend machen sollen; d) den Beschluß des allgemeinen Willens, über die Art und Weise, wie bey dringender Nothwendigkeit die Form der Verfassung rechtmäßiger Weise solle verändert werden.

4.

Die Grundgesetze des Staats bestimmen also: a) die rechtmäßige Form der Verfassung; b) die rechtmäßige Form der Regierung; c) die rechtmäßige Form des Widerstandes gegen rechtswidrige Regierung; d) die rechtmäßige Form der Reformen des Staats.

Die Grundgesetze des Staats dürfen keine durch die moralische Vernunft verbotene Anordnung enthalten; Verletzung einer unaufheblichen Menschenpflicht darf nie Mittel der Unterhaltung oder Vertheidigung des Staats seyn.

Ein Staat, in dessen Grundgesetzen Anordnungen dieser Art Statt finden, könnte zwar in Beziehung auf die Menschen außer ihm vollkommen rechtmäßig seyn, wenn ihre äußere Freyheit dadurch nicht eingeschränkt würde, aber er wäre innerlich nicht rechtsgültig, da die moralische Möglichkeit des zu realisirenden Objekts und der Mittel Grundbedingung der Rechtsgültigkeit eines gesellschaftlichen Vertrags für die Paciscenten ist *).

*) Das allgemeine Gesellschaftsrecht führt den Beweis für diesen Satz in Beziehung auf alle Gesellschaften; es zeigt, daß Menschen sich zu unmoralischen, doch aber die Freyheit der Menschen außer ihnen nicht einschränkenden Zwecken verbinden können, ohne daß die Menschen außer ihnen berechtigt wären, sie zu hindern, daß aber keine solche Verbindung innerlichen rechtlichen Bestand hat, wiefern jedes Mitglied, sobald es die Immoralität des Zwecks anerkennt, den Vertrag, worauf die Verbindung sich gründet, für nichtig halten muß. Es ist eine Folge schwankender Prinzipien, wenn in den gewöhnlichen Systemen diese Wahrheit nicht genug aus einander gesetzt, und nicht weit genug verfolgt wird.

6.

Eine Gesellschaft zur Sicherung der Menschenrechte, welche auf unmoralischen Grundgesetzen ruht, ist eben so wenig ein Staat, als es eine solche seyn würde, die gar keine Grundgesetze hätte.

7.

Die Grundgesetze des Staats müssen so beschaffen seyn, daß man nach denselben auf die Realisirung des Zweckes des Staats mit Sicherheit rechnen könne.

8.

Sie müssen die Perfektibilität des Staats in keinem Stücke einschränken, vielmehr selbst die Prinzipien und die rechtmäßige Form ihrer Entwicklung bestimmen.

9.

Nur wenn die Grundgesetze des Staats so beschaffen sind, (§. 8.) erstreckt sich der Staatsvertrag auch auf alle folgende Generationen.

10.

Die Form eines Staates von solchen Grundgesetzen ist ewig.

Die Bestimmung des nothwendigen Inhalts der Grundgesetze eines Staats ist eine der wichtigsten Obliegenheiten des natürlichen Staatsrechts, ist aber bisher in den meisten Systemen dieser Wissenschaft vernachlässigt worden. Ich glaube im 3. 4. §§. alles zusammengefaßt zu haben, was Grundgesetze eines Staates enthalten müssen, um Basis seiner ewigen Dauer zu seyn. Die Hinwegnahme irgend eines Inhaltstücks würde den Verfassungsvertrag unvollständig machen, und seine verbindende Kraft, wenn auch nicht aufheben, doch gewiß einschränken.

1. Das allgemeine Prinzip für alle Grundgesetze eines Staats ist: *Sie müssen der ewige Gegenstand des Wollens vernünftiger endlicher Wesen seyn können.* Nach diesem Prinzip muß 1) durch die Grundgesetze für die Form der Verfassung und Vertheidigung des Staats, die Widmung, Vertheilung und Anwendung der Kräfte des Staats, 2) durch die Grundgesetze für die Form der Regierung, die Art und Weise der Realisirung jener Gesetze in vorkommenden Fällen, 3) durch die Grundgesetze für den rechtmäßigen Widerstand des Bürgers gegen unrechtmäßige Behandlung, die Art und Weise, wie der Bürger sich vor den Verletzungen des Regierenden schützt, 4) endlich durch die Grundgesetze für die Form der Reformen, die Art und Weise, die Verfassung zu vervollkommen, so bestimmt seyn, daß diese Bestimmungen Gegenstände eines

ewig identischen Willens der vernünftig - endlichen Wesen seyn können. Wie sie aber wirklich diesem Prinzip gemäß gegeben werden, ist Problem für die Staatskunst und Gesetzgebung, nicht für das natürliche Staatsrecht.

2. Die Grundgesetze bestimmen die unveränderliche Form der Mittel, den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Alle andre abgeleitete Gesetze müssen mit jenen Grundgesetzen harmoniren. Ein abgeleitetes Gesetz ist rechtmäßig, wenn es den Grundgesetzen des Staats nach, Gegenstand des allgemeinen Willens seiner Mitglieder seyn kann.
3. Die Grundgesetze für die Form der Verfassung sind:
 - a) Gesetze, welche die Unterhaltung und Anordnung des Staatsvermögens bestimmen: *Finanzgrundgesetze*.
 - b) Gesetze, welche über die Verschiedenheit der Stände im Staate entscheiden: *Grundgesetze für die Klassifikation der Bürger*. Das natürliche Staatsrecht darf, ohne Widerspruch zu fürchten, Verschiedenheit der Stände als nothwendig im Staate annehmen, während zugleich aus seinen Prinzipien folgt, daß sich diese Verschiedenheit und vollkommene bürgerliche Gleichheit, den Rechten nach, sehr wohl zusammen vertragen. — Vt in fidibus ac tibiis, atque cantu ipso, ac vocibus concentus est quidam tenendus ex distinctis sonis, quem immutatum ac discrepantem aures

eruditaē ferre non possunt, isque concentus ex dissimillarum vocum moderatione concors tamen efficitur et congruens; sic ex summis et infimis, et mediis interiectis ordinibus, et sonis, moderata ratione ciuitas consensu dissimillimorum conuenit, et quae harmonia a iusticiis dicitur in cantu, ea est in ciuitate concordia, artissimum atque optimum omni in republica vinculum incolumitatis, qua sine iniustitia nullo pacto esse potest. Cic. de rep. I. II. fragm.

- c) Gesetze, welche die Anordnung der im Staate nothwendigen Aemter bestimmen.
- d) Gesetze, welche die Art und Weise der Schützung und Vertheidigung des Staats gegen mögliche und wirkliche Angriffe bestimmen.
- α) Jeder seinem Mitbürger ein, wenn auch geringfügiges Unrecht thuender Bürger ist dem Staate *furchtbar*; jeder Bürger, welcher eine rechtswidrige Handlung begeht, durch deren Vervielfältigung der Staat in Gefahr gesetzt würde, ist sein *indirekter* innerer Feind; jeder Bürger, welcher den Staat unmittelbar durch eine Handlung verletzt, ist sein *direkter* innerer Feind. Diejenigen Gesetze, welche die rechtmäßige Behandlung, solcher furchtbaren, indirekt oder direkt den Staat befeindender Bürger bestimmen, sind die *Criminalgrundgesetze*.
- κ) Sie erklären, welche Handlungen im Staate für Verbrechen angesehen werden.

2) Sie bestimmen den Grad ihrer Gefährlichkeit und dem zufolge die verhältnismäßigen Strafen.

3) Sie bestimmen das rechtmäßige richterliche Verfahren in der Untersuchung derselben.

β) Kriegerischer Angriff erfordert kriegerische Vertheidigung. Diejenigen Gesetze, welche die Mittel und Art und Weise der kriegerischen Schützung des Staats betreffen, sind die *Militärgrundgesetze* *).

Alle im Staate mögliche *abgeleitete* Gesetze, ja alle Befehle und Ordres lassen sich unter diese Rubriken bringen.

Uebrigens erhellt ohne meine Bemerkung, daß der Ausdruck *Gesetz* in dem zusammengesetzten Worte *Grundgesetz* hier im weitesten Sinne genommen wird, für den erklärten allgemeinen Willen in Beziehung auf die Mittel, wodurch der Staat in jeder Hinsicht seinen Zweck erreichen soll. *Die bürger-*

*) Man könnte, wenn man sich die Vergleichung des Staats mit dem menschlichen Körper erlaubte, sagen: alle Grundgesetze desselben seyen 1) entweder *physiologische*, welche die Art seines gesunden zweckmäßig wirksamen Seyns überhaupt bestimmen; 2) oder *pathologische*, welche sich darauf beziehen, unnatürliche und gefährliche Zustände, ja den Untergang selbst zu verhindern; n. a. b. c. wären die *physiologischen*, n. d. α. β. die *pathologischen*. Man könnte die ganze Allegorie ungezwungen durchführen, und den Staat in seinem ungefährdeten und gefährdeten Zustande mit dem gesunden und kranken Körper vergleichen.

liche Gesetzgebung im engern Sinne behandelt nur einen Theil davon.

- 4) Die Grundgesetze für die Form der Regierung bestimmen die Art, wie die höchste Gewalt ausgeübt werden solle. Durch sie wird *der Oberherr* bestimmt.

Der in den Grundgesetzen für die Form der Verfassung ausgedrückte allgemeine Wille muß angewendet und realisirt werden in allen Verhältnissen des Staates, und zwar mit einer solchen Promptheit, daß er durch Verschiedenheit der Meynungen, und Zwistigkeiten nie in seiner Wirksamkeit aufgehalten werde. Es gehört aber dazu, daß eine Urtheilskraft über die Angelegenheiten des Staats zufolge der Grundgesetze urtheile, und ein Wille Beschlüsse fasse, und daß Alle dieser Urtheilskraft und diesem Willen ihren Willen unbedingt unterordnen. Diejenige einzelne oder kollektive Person, deren Urtheilskraft und Wille den Grundgesetzen des Staats gemäß über die Angelegenheiten entscheidet, und die Kräfte desselben bestimmt, ist der *Oberherr*. Der Oberherr erlangt seine Würde und seine Rechte durch Einwilligung, steht durchaus unter den Grundgesetzen des Staates, und hat demnach weiter keine Obliegenheit, als die, den allgemeinen Willen in allen vorkommenden Fällen, seiner Einsicht und

und seinem Belieben nach durchzusetzen, die vollziehende Gewalt *).

Die ausführliche Betrachtung der Regierungsformen ist kein Gegenstand des natürlichen Staatsrechts. Gewöhnlich wirft man sie in das sogenannte angewandte Staatsrecht; allein um die Regierungsformen nach ihrem (relativen) Werthe zu prüfen, ihre verschiedenen möglichen Modificationen, ihre mögliche Vervollkommnung, Ausartung und Vernichtung darzustellen, Grundsätze für die Wahl unter ihnen und Regeln für die Erhaltung ihrer Reinheit und ihre Ausbildung zu geben; dazu wird mehr erfordert, als das höchst einfache System der Prinzipien dieser Wissenschaft. Nach diesen Prinzipien ist sich der rechtmäßige Oberherr in allen rechtmäßigen Formen der Regierung gleich.

Man stellt gewöhnlich drey reine Formen der Regierung auf:

- a) die *Demokratische*,
- b) die *Aristokratische*,
- c) die *Monarchische*.

1) In dem *Demokratischen* Staate ist die Versammlung der durch den allgemeinen Willen bestimmten Re-

*) Sinnreich sagt Herr Schmalz, in f. natürl. Staatsr. S. 87. „Jede Operation der vollziehenden Gewalt ist ein Syllogismus, zu dem das Gesetz die Maiorem giebt, die Untersuchung die Minorem, die Entscheidung die Conclusion.“

präsentanten aller Bürger, *der Oberherr*. Blos der repräsentative Charakter, der Wechsel der Repräsentanten, welche hier schlechterdings nicht permanent seyn dürfen, und die Responsabilität derselben, welche aus der Natur der Form selbst fließet *), machen das Eigenthümliche dieser Regierungsform und ihren Unterschied von der Aristokratischen aus.

2) In dem *Aristokratischen* Staate ist ein Rath von mehrern durch den allgemeinen Willen bestimmten Bürgern, *der Oberherr*; allein diese Bürger haben keinen repräsentativen Charakter, ihre Regierung ist permanent, und sie sind in Hinsicht ihrer Verfügungen nicht responsabel. Ihre Urtheilskraft wirkt ganz frey.

3) In dem *Monarchischen* Staate ist ein durch den allgemeinen Willen bestimmter Mensch **), *der Oberherr*; die vollziehende Gewalt ist seinen Händen unbedingt übergeben, und seine Regierung permanent ***).

*) Die Urtheilskraft des Volksrepräsentanten ist nicht frey, sie hängt ab von dem Geiste seiner Committenten; diesem gemäß zu entscheiden ist er durch seine Bevollmächtigung verpflichtet. Die Committenten gehorchen einem Dekrete; zu welchem ihr Deputirter ihrem Sinne nicht gemäß gestimmt hat; sie rufen ihn aber dennoch zurück, und senden an seine Stelle einen andern.

**) Es braucht kein Bürger zu seyn, sondern vielleicht ein ganz Fremder.

***) Man giebt gewöhnlich die eigenthümlichen Charaktere der Regierungsformen nicht bestimmt genug an. So

Die Repräsentanten des Volks in der Demokratie können nur durch freye Wahl bestimmt werden, allein der oberherrliche Rath in der Aristokratie, und der Monarch können erblich seyn. Diese Erblichkeit verträgt sich sehr wohl mit der Vernunft, ja wenn man unpartheyisch urtheilt, wird man wohl gar geneigter sich für Erbreiche als für Wahlreiche zu erklären. Der Zufall hat gleichen Einfluss auf freye Wahl, und auf Geburt. Durch denselben Zufall, welcher in einem Monarchischen Erbreiche einen Bösewicht oder Schwachkopf auf den Thron setzt,

sagt Hobbes de ciue c. V. Differt Monarchia, tum ab Aristocratia, tum a Democratia in hoc, quod hic vt deliberari et decerni, hoc est, vt imperium actu exerceri possit, temporibus quibusdam et locis conditis opus est; illic omni tempore et loco deliberatur et decernitur. Populo enim vt et optimatibus, quia non sunt vnum naturale, congressu opus est; Monarcha, qui vnus natura est, semper in potentia proxima est ad actus imperii exercendos. Dieser ganze Unterschied fällt weg, sobald eine Nationalversammlung fortwährend unterhalten wird.

Ich nehme, wie man sieht, die drey Formen der Regierung in ihrer reinen Gestalt, ohne mich auf die Mischungen und Modificationen einzulassen, mit denen sie sich in der wirklichen Welt finden, wo Demokratieen, Aristokratieen und Monarchieen unbeschränkt und beschränkt seyn können, wo es aristokratisch-demokratische, monarchisch-aristokratische, monarchisch-demokratische, monarchisch-aristokratisch-demokratische Staaten giebt.

kann sich in einem Nationalkonvente eine Pluralität von gleichen Menschen finden. Spanien hatte seinen Philipp II. durch Erbfolge, aber Frankreich auch seinen Robespierre durch freye Wahl. Es fragt sich also nur, ob die Fehler der Geburt sich leichter und sicherer unschädlich für den Staat machen lassen, als die Misgriffe der Wahl. Und hier scheint der Vortheil auf der Seite der Erblichkeit zu liegen. Der Misgrif der Wahl kann nicht zurückgenommen, und auf keine Weise unschädlich gemacht werden, die Naturfehler des Erboptimaten oder Erbmonarchen lassen sich durch weise Erziehung, und Beyordnung einsichtsvoller wohlgefinnter Rätthe zum Wohle des Staates verbessern und außer aller schädlichen Wirksamkeit setzen.

Es kann also mit gleicher Vernunftmäßigkeit und Unverletztheit der Menschenrechte geben:

*) So urtheilt auch Herr Schmalz natürl. Staatsr. §. 211.— Wenn Rousseau im C. S. sagt: *On a rendu les couronnes héréditaires dans certaines familles, et l'on a établi un ordre de succession, qui prévient toute dispute a la mort des Rois, c'est a dire, que substituant l'inconvénient des régences à celui des elections on a préféré une administration sage, & qu'on a mieux aimé risquer d'avoir pour chefs des enfans, des monstres, des imbecils, que d'avoir à disputer sur le choix des bons Rois;* so läßt sich diese blendende Deklamation leicht widerlegen, wenn man die Wahlen, nach allen Triebfedern und Verhältnissen, welche Einfluss darauf haben, analysirt.

- 1) Wahlaristokratie
- 2) Erbaristokratie

- 1) Wahlmonarchie
- 2) Erbmonarchie.

Allein weder in der Erbaristokratie, noch in der Erbmonarchie sind die Bürger Erbschaft der Oberherrn. Die Oberherrn erhalten in selbigen durch Erbfolge die vom allgemeinen Willen abhängige Bevollmächtigung zu regieren, aber keinesweges die Bürger, von deren fortwährend identischem Willen vielmehr die Rechtmäßigkeit aller Erbfolge abhängt.

Ein *Erbreich* ist ein Staat, wo der allgemeine Wille die Erbfolge zum Mittel gewählt hat, wodurch der Exekutor der höchsten Gewalt, der Oberherr, bestimmt wird.

Erniedrigend und unwürdig für die Menschheit ist eine Stelle Hobbefens de cive c. X. §. XVIII. Postremo, quoniam ad conseruationem nostram, subditos nos esse alicui *homini* vel *concilio* necessarium erat, optima conditione illi subiicimur, cuius interest vt salui et sani simus. Atque hoc fit, quando imperantis haereditas sumus; vnusquisque enim sponte sua haereditatem suam conseruare studet. Sunt autem ciuium non fundi et pecunia, sed corpora et animi vegeti, principum diuitiae.

- 4) Die Grundgesetze über die Form des rechtmäßigen Widerstandes der Bürger gegen jede der Verfassung zuwiderlaufende Behandlung müssen so be-

schaffen seyn, daß der Staat durch diesen Widerstand nicht gefährdet werde. Das Geringste, was sie dem Bürger vergönnen können, ist Freyheit über das erlittene Unrecht zu sprechen und zu schreiben; wiefern, und welche thätlichere Mittel sein Recht geltend zu machen dem leidenden Bürger vergönnt seyn können, ist kein Problem des natürlichen Staatsrechtes, welches nur *das Prinzip* aller Rechtmäßigkeit solcher Mittel aufstellt *).

- 5) Grundgesetze für die Form der Reformen gehören zu dem Staate wesentlich, wie fern er ewig seyn, und auf die folgenden Generationen übergehen soll. Wie die Reformen am zweckmäßigsten einzurichten seyen, ist wieder kein Problem des natürlichen Staatsrechtes, welches nur das Prinzip feststellt, daß jede Reform so beschaffen seyn müsse, daß nie durch eine solche die Auflösung des Staats möglich seyn könne.

Durch diese Behauptung bestimmter Grundgesetze für die Perfektibilität eines Staates sollten, dünkte ich,

- *) So unumschränkt auch Hobbes die Unterwerfung der Vnterthanen unter den Oberherrn annimmt, so giebt er doch selbst Fälle zu, wo er mit Recht ihm seinen Gehorsam *versagen* kann. S. de cive c. VI. XIII. Diese Fälle kommen darauf hinaus, daß der Oberherr gebietet, wozu sich der Vnterthan nicht verbindlich gemacht hat, es zu thun.

diejenigen vollkommen mit meiner Theorie ausgeföhnt seyn, welche die Behauptung, dafs die Ingebohrnen dem Staate gehören, für unverträglich mit den Rechten der Menschheit halten.

Die Grundgesetze für die Form der Verfassung verdienen eine besondere und ausführlichere Behandlung.

Genauere Entwicklung der Prinzipien der Grundgesetze für die Form der Verfassung.

I.

Verschiedenheit der Stände.

I.

Die politische Verschiedenheit der Stände in einem Staat beruht auf der Verschiedenheit der Vermögen der Bürger, für den Staat zu leisten. Jedes andre Prinzip der Theilung ist entweder rechtswidrig oder zwecklos.

Ein *Stand* ist eine Klasse von Staatsbürgern, welche durch ihre Güter, oder geistige oder körperliche Kräfte fähig sind zu bestimmten besondern Leistungen für den Staat.

2.

Kein Staat ist ohne verschiedene Stände denkbar. Die Anwendung derselben ist also ein nothwendiger Gegenstand des allgemeinen Willens.

3.

Unter den verschiedenen Ständen eines Staats herrscht vollkommene Gleichheit in Hinsicht der bürgerlichen Rechte. Allein gleicher Anspruch auf Theilnahme an den Geschäften des Staats würde dem allgemeinen Willen widersprechen.

4.

Gewisse Stände, welche auf bleibendem Eigenthum beruhen, können dem allgemeinen Willen gemäß erblich fortgesetzt werden.

II.

Anordnung der Aemter.

I.

Ein Amt ist die einem Bürger dem allgemeinen Willen gemäß zukommende Pflicht, eine bestimmte Art von Arbeit für den Staat zu unternehmen.

2.

Nur eine zweckmäßige, und möglichst einfache Anordnung der Aemter kann Gegenstand des allgemeinen Willens seyn. Jedes Amt, welches in einem Staate auch fehlen kann, ist eine Bedrückung der Bürger.

3.

Das Prinzip der Wahl zu Aemtern ist unleugbar Fähigkeit und Würdigkeit. Jedes andre Prinzip ist mit dem allgemeinen Willen unverträglich.

4.

Gewisse Aemter, zu deren Führung keine besondern Geistesgaben, oder auch körperliche Ei-

genschaften erforderlich sind, können erblich seyn, wenn durch die Erblichkeit derselben dem Staate ein ausserdem nicht zu erlangender Vortheil zuwächst.

III.

Unterhaltung und Anwendung des Staatsvermögens.

I.

Staatsvermögen im weitem Sinne ist der Inbegrif aller Mittel für den Zweck des Staats, welche in der Gewalt der Bürger sind. Diese sind entweder a) Güter oder b) Kräfte und zwar: a) geistige, β) körperliche.

Dafs ich die Kräfte mit zu dem Staatsvermögen rechne, wird einer gewissen Klasse von Staatsrechtslehrern sehr heterodox vorkommen, vorzüglich jenen, welche das wahre Vermögen des Staats auf Grundstücke und Naturprodukte zurück führen. Meiner Einsicht zu Folge, ist alles Vermögen des Staats, Mittel zu seinem Zwecke, und da gelten mir sehr natürlich *Güter* und *Kräfte* für den Staat als gleich wesentliche Requisita.

2.

Staatsvermögen im engern Sinne ist der Inbegrif dessen, was die Bürger für die Unterhaltung

des Staates in zweck- und verhältnismäßigen Beyträgen bestimmen. Diefs kann so geschehen, daß gewisse Güter für immer den Bedürfnissen des Staates gewidmet sind, oder blos so, daß die Bürger kontinuierlich das für die Bedürfnisse des Staats Erforderliche aus ihrem Eigenthum geben.

3.

Die unbegüterten Bürger entrichten ihre Kontingente für den Staat, in Dienstleistungen durch die Kräfte ihres Körpers oder Geistes.

4.

*Das Ganze der für den Staat bestimmten Beyträge muß zur Unterhaltung desselben zureichend seyn; die einzelnen Beyträge müssen im Verhältnisse zu dem Vermögen und Kräften der Bürger angesetzt werden. Die Verschiedenheit der Beyträge hat keinen Einfluß auf die bürgerliche Gleichheit *).*

**) Herr Schmalz behauptet: alle Auflagen fallen am Ende auf die Produkte des Landes zurück. Allein der Beweis, den er führt, ist höchst unzulänglich (Nat. Staatsr. §. 110.) „Der Käufer macht immer da den Preis, wo „mehrere Verkäufer sind, und der Verkäufer macht ihn, „wo mehrere Käufer seiner Waare concurriren. Nun ist „selbst in den kultivirtesten Ländern, die Zahl derer, „welche mit Naturprodukten handeln, bey weitem „größer, als die Anzahl derer, welche Kunst- und aus*

IV.

Grundgesetze für die Sicherung des Staats
gegen mögliche und wirkliche Angriffe.

A.

Criminalgrundgesetze.

I.

Der Bürger kann denjenigen Vertrag, welcher ihn mit seinen Mitbürgern zu gemeinschaftlichem Zwecke vereinigt, zum Theil, und ganz brechen. Er bricht ihn zum Theil durch jedes Unrecht, welches er seinem Mitbürger anthut,

„ländische Produkte verkaufen. Folglich machen die „letztern allemal den Preis, sie mögen ihre Kunst und „ausländischen Produkte verkaufen, oder die Naturpro- „dukte von jenen kaufen. Sie werden also alle auf ihre „Consumtion oder ihren Fleiß u. s. w. gemachte Aufla- „gen von denen wieder fordern, denen sie ihre Arbeit „oder fremde Waare verkaufen. Also reduciren sich „alle Auflagen auf den Grundelgenthümern allein.“
Der Verkäufer von Naturprodukten schlägt wohl un- streitig seine Abgaben auch mit an, wenn er den Preis der Naturprodukte bestimmt. Denn dafs er ihn nicht bestimme, ist blos eine willkührliche Voraussetzung. Wenn also auch die Abgaben, z. B. des Künstlers mit auf den Grundeigenthümer zurückfallen, wenn er ihm Produkte der Kunst abnimmt, so fallen doch auch ge- genseitig die Abgaben des Grundeigenthümers mit auf den Künstler zurück, wenn er Korn, Weizen u. dergl. von ihm kauft.

ganz durch jede Verletzung, die das Ganze unmittelbar betrifft. Das Unrecht der ersten Art nenne ich bürgerliches Verbrechen, das der letztern Staatsverbrechen.

2.

Es folgt aus der Natur des Vereinungsvertrages, daß im Staate für jedes Unrecht, wo möglich, Ersatz erfolge, und mit jedem Verbrechen Uebel verknüpft sey, zur Abschreckung der Bürger von ähnlichen.

3.

Der Ersatz kann unter gewissen Umständen nachgelassen werden, aber keinesweges das zur Abschreckung der Bürger bestimmte Uebel.

4.

Der Bürger darf kein Unrecht verzeihen, und der Staat eben so wenig.

Ich glaube nicht nöthig zu haben, diesen Satz durch einen Beweis zu unterstützen. Er folgt unausbleiblich aus dem Zwecke aller bürgerlichen Gesellschaft. Der Bürger, als Mensch könnte ein Recht fahren lassen, aber als Bürger hat er kein Recht zu verschenken. Jedes ihm angethane Unrecht muß er ansehen als ein auch alle übrige betreffendes Unrecht,

und in sofern ist er verpflichtet, Genugthuung für sich und das Ganze zu fordern *).

5.

Ein Kriminalgesetz ist die Erklärung des allgemeinen Willens über die Art und Weise, wie der durch Verbrechen der Bürger den Einzelnen und dem Ganzen zugefügte Schade ersetzt, und durch Verknüpfung von Uebeln mit dem Verbrechen die übrigen Bürger von denselben abgeschreckt werden sollen.

6.

Die Kriminalgesetze sind: a) Gesetze für Ersatz, vindicative Gesetze; b) Strafgesetze, Pönalgesetze.

Die Verwirrung von *Ersatz* und *Strafe* ist eines der vorzüglichsten Hindernisse der Aufklärung der Theorie der Strafgesetzgebung. Beyde sind in der

*) Ich stimme daher Herrn Schmalz nicht bey, wenn er in f. Staatsr. § 192. sagt: „Die Civilrichterliche Gewalt kann das Strafrecht nie anders ausüben, als auf „Klage dessen, der sich verletzt hält. Denn so fern die „fer nicht klagt, sich also seines Rechtes begiebt, ist er „nicht verletzt, und die civilrichterliche Gewalt würde „also dem angeblichen Verletzer widerrechtliche Gewalt anthun.“ Unstreitig *muß* der Bürger klagen, die Unterlassung der Klage ist selbst Verbrechen, und zwar Verbrechen gegen das Ganze.

bürgerlichen Gesellschaft wesentlich verschieden. Im außergesellschaftlichen Zustande findet unter den einzelnen Menschen gar kein Strafrecht Statt, nur Recht auf Vertheidigung, Wiederherstellung, und Ersatz. In der Verbindung der bürgerlichen Gesellschaft, übernimmt der Staat das Recht, die Vertheidigung und Erzwingung des Ersatzes, bekommt aber noch über dieses das Recht, dem Unrechtanthuenden zur Abschreckung der Uebrigen, Uebel zuzufügen.

Die *vindikativen* Gesetze haben eigenthümliche und von denen der *Pönalgesetze* gewissermaassen verschiedene Prinzipien.

α.

Vindikative Gesetze.

I.

Im außergesellschaftlichen vertraglosen Zustande bestimmt der Verletzte den Ersatz. Bey einem Vertrage muß er ausgemacht seyn, und wird dann durch den gemeinschaftlichen Willen der Paciscenten bestimmt. Im Staate wird er festgesetzt theils nach dem unveränderlichen Werthe des verlohrenen Gutes für den Menschen, theils nach dem im Staate allgemein anerkannten Werthe des Gutes zu der Zeit der Entreißung, theils auch, jedoch mit Einschränkungen, nach der Angabe des Verletzten.

Beyspiele: 1) ein Bürger haut seinem Mitbürger die rechte Hand ab; 2) ein Bürger raubt seinem Mitbürger einen Scheffel Korn; 3) ein Bürger raubt einem Mitbürger sein Saatkorn, und verliert dadurch eine Aerndte; ein Bürger stiehlt einem Mitbürger einen Ring, der ihm aus Gründen der Liebhaberey oder Neigung besonders werth war, und schmelzt ihn.

2.

Der dem Staate zugefügte Schade wird bestimmt nach dem Werthe des entrissenen Gutes für das Ganze.

Beyspiele: Beraubung eines Kornmagazins, Ansteckung eines Pulvermagazins, Beschädigung der Strassen u. s. w.

3.

Ist der Verletzer unfähig Ersatz zu leisten, so bestimmt ihm der Staat an dessen Statt verhältnismäßige Dienste für den Einzelnen, wenn die Verletzung einen solchen betrifft, und für das Ganze, wenn diesem ein Gut durch ihn entrissen worden.

4.

Die Erzwingung des Ersatzes ist keine Strafe, selbst wenn sie im Falle hartnäckiger Weigerung mit noch so grosser Strenge durchgesetzt wird.

Pönał.

β.

Pönalgesetze.

1.

Ein Uebel, welches der Staat mit einem Verbrechen verknüpft, um die übrigen Bürger von der Begehung gleicher abzuschecken, ist Strafe.

2.

Der Zweck der Abschreckung ist durchaus der Hauptzweck aller Strafen in der bürgerlichen Gesellschaft.

3.

Wenn der Staat auch durch Strafen noch andre Zwecke erreichen kann, so sind doch diese jenem untergeordnet.

1. Der Staat bestimmt die Arten und Grade der Strafen für Verbrechen nicht unmittelbar nach der Art und dem Grade ihrer Immoralität. Er nimmt überhaupt auf den innern sittlichen Gehalt derselben nur insofern Rücksicht, als sich aus demselben ein Schluß auf die Folgen, und die mögliche Vervielfältigung derselben herleiten läßt.

Strafgesetze, in denen die Strafen nach der innern Bösheit der Gesinnung, aus welcher die Verbrechen hervorgehen, bestimmt würden, können nicht Gegenstände des allgemeinen Willens seyn. Denn

Heydenr. Staatsr.

I

kein Mensch kann vernünftiger Weise die Entscheidung über die absolute Güte oder Bösheit seiner Willensbestimmungen dem andern überlassen, da überhaupt kein endliches Wesen über dieselbe mit Gewissheit entscheiden kann.

2. Der Zweck der Strafen im Staate ist keinesweges Harmonie zwischen Unsittlichkeit und Uebel. Denn dieser Zweck kann überhaupt durch endliche Wesen gar nicht realisirt werden, ja sie können vernünftiger Weise nicht einmahl streben, ihn zu realisiren.

Diejenigen Weltweisen, welche das unter Menschen Statt findende Strafrecht herleiten, von der aus dem moralischen Gesetze folgenden nothwendigen Verknüpfung zwischen Unsittlichkeit und Uebel, müssen unausbleiblich, wenn sie konsequent sind, auf den Abweg gerathen, die bürgerlichen Strafen auf Harmonie zwischen Immoralität und Uebel zu beziehen, wodurch denn die ganze Strafgesetzgebung unter falsche Gesichtspunkte gesetzt und, um es gerade heraus zu sagen, zur Carricatur wird.

3. Der Zweck der Strafen im Staate ist nicht Besserung, weder des Verbrechers noch der übrigen Menschen. Wenn man mit dem Worte *Besserung* nicht spielt, so versteht man unstreitig darunter fortschreitende Stimmung des Willens für gute Maximen, wachsende Stärke, um die Antriebe der Sinnlichkeit zu überwinden, wiefern sie die Wirksamkeit

jener Maximen hindern können. *Besserung* in diesem Sinne erwartet man vergebens von den Strafen.

Unstreitig ist es der Staat seiner Sicherheit schuldig, Einrichtungen für die moralische Vervollkommnung der Bürger zu treffen; allein, die ächten Mittel dazu sind von allem Zwange unabhängig, und schlechterdings keine physischen Uebel, unter deren Einflusse sich die sittliche Freyheit eben so gut zum Laster als zur Tugend hinneigen kann. Einem Staate ist sehr übel gerathen, in welchem die Mittel für die Sicherung bey gegenwärtigen Angriffen und nahen Gefahren, mit den Mitteln für die moralische Vervollkommnung zusammen gemengt werden; während man zwey ganz heterogene Zwecke durch gleiche Mittel zu erreichen gedenkt, verfehlt man zuverlässig die Erreichung Beyder.

4. Das Strafrecht des Staates darf nicht von dem bloßen Rechte des Beleidigten hergeleitet werden; denn dieses führt blos auf Vertheidigung gegen den Verbrecher und Erzwingung des Ersatzes im einzelnen Falle, aber nicht auf eine Befugnis, dem verbrecherischen Bürger zur Abschreckung aller übrigen verhältnismäßige Uebel zuzufügen. Der Staat muß allerdings hier aus dem Gesichtspunkte des Beleidigten betrachtet werden, aber aus dem Gesichtspunkte eines Beleidigten, der mit dem Beleidiger in einem Vertrage steht, nach welchem der Staat sich nicht blos gegen ihn im einzelnen Falle vertheidigen,

nicht blos im einzelnen Falle Ersatz erzwingen, sondern ihn auch zur bloßen Abschreckung der übrigen noch obendrein strafen darf *).

5) Der Hauptzweck aller bürgerlichen Strafen ist also, wenn wir ihn rein auffassen, Abschreckung aller Bürger von demselben Verbrechen, welches der zu strafende begangen hat. Abschreckung des zu Strafenden ist nicht wesentlicher Zweck, denn die Strafe kann auch in seiner Vernichtung als Mensch, (durch Todesstrafe) oder als Bürger (durch Verbannung, lebenslängliches Gefängnis) bestehen. Wenn aber auch die Abschreckung sich zugleich auf ihn bezieht, so bezieht sie sich auf ihn, nicht als *Verbrecher*, sondern als *Bürger überhaupt* **).

*) Herr *Schmalz* gründet das Strafrecht des Staates auf das bloße natürliche Recht des Beleidigten. §. 143. „Gegen Menschen, welche gegen den Zweck des Staates handeln und dem Begehren der executiven Gewalt nicht Folge leisten, verfährt sie als Repräsentantin des beleidigten Staates, nach dem Recht des Beleidigten mit Strafe.“ Nach seinen Grundsätzen hat aber auch jeder Beleidigte an sich Strafrecht, ohne besonders durch Einwilligung des andern dazu befugt zu seyn. Ich habe in meinem Naturrechte diese Meynung mit Gründen bestritten, welche noch nicht widerlegt sind, s. d. I. Th. S. 189—193. und II. Th. Vorrede.

**) Halte man diese und ähnliche genauere Bestimmungen nicht für Spitzfindigkeiten, ohne sie wird ewig in der Theorie der Strafgesetzgebung jene Verwirrung herrschen, welche die Ausbildung derselben bisher so sehr

Nach diesem Zwecke aller Strafe lassen sich die Prinzipien sehr bestimmt angeben, nach welchen Straf-

zurückgesetzt hat. Beziehe ich z. B. den Zweck der Abschreckung auf den zu strafenden Verbrecher selbst, so muß die Strafe auf sein Subjekt berechnet und zugemessen werden; er kann aber einen so eigenthümlichen Charakter haben, daß ein für ihn zureichendes Abschreckungsübel von einem Verbrechen für die meisten übrigen Menschen nicht zureichend ist, oder daß ein Abschreckungsmittel, welches für ihn nicht zu hart ist, für die meisten übrigen Menschen viel zu hart seyn würde. Setzet, ein empfindsamer, aber dabey hitziger Mensch ermordet in der Leidenschaft seinen Mitmenschen, seine Reue und Verzweiflung ist unaussprechlich, der Richter kann sicher seyn, daß es nur einer äußerst gelinden Strafe bedarf, um ihn, der ohnehin seine That verabscheut, und sich seiner selbst schämt, abzuschrecken. Soll ihm deshalb der Richter diese gelinde Strafe zuerkennen? Nein; es kommt nicht auf die Abschreckung dieses Individuums, sondern auf die Abschreckung vielleicht von Millionen an. Diese Hinsicht dient zum Maasstabe, nach welchem die Strafe bestimmt werden muß. Setzet im entgegengesetzten Falle, ein Mensch, von eingewurzelter Neigung zum Stehlen im Kleinen, stiehlt wirklich, der Richter kann, so wie er ihn kennt, vorhersehn, daß eine äußerst harte Strafe erforderlich seyn wird, um ihn von gleichen Thaten abzuschrecken, eine Strafe, welche in Beziehung auf die meisten übrigen Menschen viel zu groß seyn würde. Soll ihm der Richter jene äußerst harte Strafe zuerkennen? Nein; auch hier und in allen gleichen Fällen bezieht sich die Strafe nicht auf Abschreckung des Individuums, sondern auf die Abschreckung aller übrigen Bürger.

gesetze verfaßt werden müssen, wenn sie Gegenstände des allgemeinen Willens seyn sollen.

1) Der Staat fragt zuvörderst, wie gefährlich ein gewisses Verbrechen im Einzelnen für den Staat sey;

2) ob die Vervielfältigung desselben wahrscheinlich sey, wenn es nicht mit verhältnismässig harten Strafen belegt werde;

3) wie sich die Vorstellungen der verschiedenen zu Strafen wählbaren Uebel zu dem Begehrungsvermögen der Menschen, im Durchschnitt genommen, verhalten?

Da keiner von diesen Gegenständen, selbst nicht der erste, *durchaus* mit vollkommener Gewissheit berechnet werden kann, nichts destoweniger aber der Zweck des Staates erfordert, daß in Hinsicht derselben bestimmte Voraussetzungen der Strafgesetzgebung zum Grunde gelegt werden; so folgt es schon aus dem Vereinigungsvertrage, daß solche Voraussetzungen Gegenstände des allgemeinen Willens seyn müssen, wenn sie auch der apodiktischen Evidenz nicht fähig seyn sollten *).

*) Es läßt sich, um ein Beyspiel anzuführen, kein *strenger Beweis* dafür geben, ob Todesstrafe, oder lebenslängliche Einsperrung, oder Verbannung das zweckmäßigere Mittel sey, das Verbrechen des Straafenraubs durch Abschreckung zu verhindern. Der allgemeine Wille muß aber dennoch darüber entscheiden, und eines von diesen mehreren Mitteln als das zweckmäßigste annehmen.

5.

Je gefährlicher ein Verbrechen seiner Art nach für das Ganze ist, und je wahrscheinlicher die häufige Begehung desselben ist, wenn nicht verhältnismäßige Abschreckungsmittel gebraucht werden, um so härtere Uebel müssen damit zur Abschreckung verknüpft werden.

Die gefährlichsten Verbrechen für den Staat sind diejenigen, wodurch der Bürger die Auflösung oder doch die Entkräftung des Staates unmittelbar beabsichtigt, nächst diesen jene, wodurch er, ohne alle Berechtigung, Widerstand gegen die Regierung wagt. Wir nennen diese Verbrechen im Allgemeinen *Staatsverbrechen*, die der ersten Art *Verbrechen der beleidigten Majestät des Staats* (crimen laesae maiestatis reipublicae), die der letztern *Verbrechen der beleidigten Majestät des Oberherrn* (crimen laesae maiestatis principis.) Der Staatsverbrecher ist direkter Feind des Ganzen, und seine rechtliche Schuld ist die größte mögliche für den in der bürgerlichen Gesellschaft lebenden Menschen. Er wagt es jederzeit auf den Untergang des Ganzen, und demnach auf Leben, Eigenthum, Freyheit Aller, welche nur durch den Staat gesichert werden. Die innere Gesinnung des Staatsverbrechers kommt hier nicht in Betrachtung. Er kann die edelsten Zwecke haben, kann, von einem, obwohl gemisleiteten, Enthusiasmus für die Menschheit, handeln; dieß mildert, nach dem rechtlichen Gesichtspunkte, seine Schuld nicht,

Unter *den bürgerlichen Verbrechen* sind diejenigen am gefährlichsten, welche Leben, Kräfte und Eigenthum der Bürger betreffen, sie sind es ihrer Art nach, und zugleich, wiefern sie höchstwahrscheinlich immer häufiger begangen würden, wenn sie ungestraft blieben, oder nicht gehörig bestraft würden. Mord eines Bürgers ist das höchste der einfachen bürgerlichen Verbrechen, nächst ihm Verletzung seines Körpers, und überhaupt Angriff auf seine Kraft, nächst diesem öffentlicher gewaltsamer Raub, dann heimlicher Diebstahl. Unter den zusammengesetzten bürgerlichen Verbrechen ist das höchste Mord mit Raub verknüpft, nächst diesem Verletzung des Körpers und Angriff auf Kräfte mit Raub verknüpft. Bey allen bürgerlichen Verbrechen kommt eben so wenig als bey Staatsverbrechen die innere Gefinnung des Verbrechers in Betrachtung, nur die That mit ihren möglichen Folgen für das Ganze.

Was in einem Staate für Verbrechen gehalten werden soll, muß vollständig und bestimmt erklärt seyn.

6.

Mit je größerem Abscheu die Vorstellung eines Uebels, der allgemeinen Natur des menschlichen Begebrungsvermögens zu Folge verknüpft ist, um so fähiger ist sie, die Menschen von einem Verbrechen durch Abschreckung zurückzubalten.

Dies ist das Prinzip, nach welchem der Strafgesetzgeber die Uebel mit den Verbrechen verknüpft. Er

sieht hierbey auf Besserung gar nicht, nur darauf, daß nicht durch den Gebrauch einer Strafe die Bürger verschlimmert werden. Eine Strafe, welche höchstwahrscheinlich die Gesinnung der Bürger verdirbt, kann kein Gegenstand des allgemeinen Willens seyn. Tod, z. B., mit unmenschlichen Quaalen verknüpft, kann als Abschreckungsmittel nicht allgemein gewollt werden, denn die Anwendung einer solchen Strafe zieht Verunedlung der Gesinnung und Verwilderung der Gemüther nach sich. Nicht zu gedenken, daß sie ihren Zweck auch deshalb nicht erreicht, weil Vorstellungen, welche das Gefühl abstumpfen, am Ende auch nicht mehr abschrecken.

Es folgt aus der ursprünglichen Einrichtung des menschlichen Begehrungs- und Gefühlvermögens, daß die Menschen einen gemeinschaftlichen Maasstab für das Uebel haben, welches sie treffen kann, und daß die Phantasievorstellungen der verschiedenen Arten und Grade desselben ziemlich gleiche Gefühle in Allen erregen. Dies ist der Gesichtspunkt des Strafgesetzgebers, welchen er nie für eine andre zweckwidrige Hinsicht aufgeben darf. Zweckwidrig würde es seyn, wenn er sich die Menschen dächte, wie sie streben und fühlen sollen, anstatt sich sie vorzustellen, wie sie gewöhnlich streben und fühlen; zweckwidrig, wenn er auf den *individuellen* Charakter der Verbrecher Rücksicht nähme.

Hier tritt die so schwere und so verschiedentlich beantwortete Frage ein: wie weit ein Staat in der Verknüpfung von Uebeln mit Verbrechen gehen dürfe?

Der Staat darf, um die Bürger von Verbrechen durch Vorstellungen der Furcht zurückzuhalten, alle zu diesem Zwecke taugliche Uebel mit selbigen verknüpfen, denen sich der Bürger auf den Fall, daß er sie begienge, unterwerfen kann, ohne eine unaufhebliche Pflicht zu verletzen.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß der Staat mit Verbrechen verknüpfen dürfe: a) äußere Schande; b) Verminderung oder gänzliche Entreißung des Eigenthums; c) Einschränkung oder gänzliche Aufhebung der äußern Freyheit; d) Auflegung von Arbeiten für den Staat; e) körperliche Leiden; f) Verbannung aus der Gesellschaft. Alle Strafen dieser Art können Gegenstände des allgemeinen Willens seyn, einige auch ohne Einschränkung, wie b. c. f. andre nur mit Einschränkung, wie a. und e. Eine unaustilgbare Schande, wodurch dem Bürger Zutrauen und Achtung für immer entrisen wird, kann als Strafe kein Gegenstand des allgemeinen Willens seyn *); eben so wenig

*) *Ewige Infamie ist als Strafe: 1) zweckwidrig*; wäre es möglich, daß ein Bürger sie verdiente, so müßte er ein so vollendeter Bösewicht seyn, daß man von seiner gänzlichen und immerwährenden Unfähigkeit zu irgend einer bürgerlich guten Handlung vollkommen überzeugt wäre; in diesem Falle aber müßte er wenigstens aller äußern Freyheit beraubt werden; 2) *ungerecht*; kein Verbrecher kann ewige Infamie verdienen, dieses Uebel steht in keinem Verhältnisse selbst gegen eine Menge un-

grausame und dauernde körperliche Qualen, wodurch die Organisation des Menschen verstümmelt wird *).

Der Tod ist unstreitig für den Menschen dasjenige Uebel, dessen Vorstellung *am allgemeinsten*, und im höchsten Grade Furcht erregt. Der aesthetische Eindruck dieser Vorstellung ist so *augenblicklich*, und so stark, daß selbst die festeste Ueberzeugung von einem Leben nach dem Tode nur die wenigsten Menschen verhindern kann, zu schauern, wenn sie sich den Uebergang zu diesem Leben denken. Der Tod ist diesemnach unter allen möglichen Strafen die schrecklichste **).

moralischer Handlungen, von der größten Schändlichkeit; 3) jedem Menschen endlich ist *es durch sein Gewissen verboten*, sich im Falle eines Verbrechens, einer Strafe zu unterwerfen, welche unausbleiblich seine Moralität in Gefahr setzt, und ihn gewiss verunedelt.

*) Strafen dieser Art können nicht Gegenstand des allgemeinen Willens seyn, weil die Anwendung derselben leicht das Gefühl der Bürger abstumpft, einen Hang zur Grausamkeit festsetzt, und die Bürger eben dadurch unfähig machen kann, durch den Einfluß der Furcht von Verbrechen abgehalten zu werden.

**) Es fragt sich hier gar nicht, was der Mensch *im Zeitpunkte des Sterbens* leidet; diess ist in der That wohl in vielen Fällen sehr unbedeutend. Es fragt sich, welchen Einfluß hat *die Einbildung* des Todes auf das Begehrungs- und Gefühlvermögen; ist sie unmittelbar, und in welchem Grade ist sie fürchterlich, ist das Fürchterliche derselben nothwendig und wesentlich mit ihr

Die Frage wegen der *Zweckmäßigkeit* der Todesstrafen ist von jener wegen der *Rechtmäßigkeit* derselben wesentlich verschieden; die letztere kann indessen nur nach Maassgabe der Entscheidung über die erste beantwortet werden. Ueber die *Zweckmäßigkeit* der Todesstrafen entscheidet die Politik, über die *Rechtmäßigkeit* derselben das natürliche Staatsrecht.

1. Die Frage der Politik wegen der Zweckmäßigkeit der Todesstrafen geht, wenn wir sie entwickeln, dahin: *ob die Furcht vor dem Tode, als einer durch den Staat bestimmten Folge gewisser Arten von Verbrechen, das einzige, durch kein andres zu ersetzende Mittel sey, die Bürger von der Begehung derselben abzuschrecken?*

Man sieht sogleich ein, daß diese Frage sich demonstrativ gar nicht beantworten läßt, weder bejahend, noch verneinend. Nur Wahrscheinlichkeit läßt sich gewinnen, indem man die menschliche Natur betrachtet, nach der unveränderlichen Einrichtung des ihr eigenthümlichen Vermögens des Vorstellens, Begehrens, und Fühlens, nach dem Verhältnisse, in welchem dieser Einrichtung zu Folge die Vorstellung des Todes, zu dem Begehrungs- und Gefühlvermögen steht, und nach dem Einflusse, welchen sie diesem Verhältnisse gemäß auf die Verhinderung von Verbrechen haben kann.

verknüpft, und kann es bey allen Menschen, im Durchschnitte genommen, vorausgesetzt werden?

Dass die Politik die ausschließliche Zweckmäßigkeit der Todesstrafen zur Verhinderung gewisser Arten von Verbrechen nicht streng erweisen kann, schadet der Rechtmäßigkeit jener Strafen nichts. Apodiktische Gewissheit ist der Natur der Sache nach, hier schlechterdings unmöglich. Der Staat muß also entweder seinen Zweck aufgeben, oder die Mittel seiner Sicherheit nach wahrscheinlichen Voraussetzungen wählen *). Weit entfernt, daß die Uebereinstimmung der Willen in Hinsicht dieser Mittel vernunftwidrig seyn sollte, weil sie nur auf Wahrscheinlichkeit beruhen, würde es vielmehr der Vernunft widersprechen, sie deshalb auszuschlagen, und überhaupt gar keine zu wählen.

Ich würde mich aus den Grenzen der Wissenschaft, die ich darstelle, verlieren, wenn ich dem Probleme der Politik eine ausführliche Erforschung widmete, und die Gründe für oder wider die Zweckmäßigkeit der Todesstrafen ganz umständlich gegen einander abwägte. Allein der schon im Vorigen angedeutete innige Zusammenhang jenes Problems mit dem Probleme des natürlichen Staatsrecht macht es noth-

*) Der Einwurf gegen die Rechtmäßigkeit der Todesstrafen: daß ihre Zweckmäßigkeit sich nicht *erweisen* lasse, ist dem oben Gesagten zu Folge, ganz nichtig. Wollte der Staat seine Anordnungen nur auf Demonstrationen gründen, so würde, da sie in tausend Beziehungen gar nicht möglich sind, nie eine vollständige Verfassung zu Stande kommen.

wendig, wenigstens den richtigen Gang zu verzeichnen, welchen die Urtheilskraft in der Entscheidung über die Zweckmäßigkeit der Todesstrafen nehmen muß.

Zuvörderst muß ich bemerken, daß alle Gründe der Politik, welche den hier möglichen Grad von Wahrscheinlichkeit gewähren können, aus der Psychologie geschöpft sind. Zwar hat man auch die Geschichte um Rath gefragt, und berechnen wollen, ob in denen Ländern, wo die Todesstrafe auf gewisse Verbrechen gesetzt ist, die Begehung derselben vermindert oder vermehrt worden, oder ob sie in selbigen der Anzahl nach sich so verhält, als in andern, wo diese Verbrechen nicht mit jener Strafe belegt sind. Allein wie sehr täuscht man sich durch Berechnungen dieser Art! Nur die verbrecherischen Handlungen kann man fühlen, welche unerachtet der Todesstrafe erfolgen, aber die Unterlassungshandlungen, die durch die Furcht vor der Todesstrafe bewirkt worden sind, bleiben verborgen. Von der Anzahl jener wirklich erfolgenden Handlungen kann man auch nicht mit einiger Wahrscheinlichkeit auf die Anzahl dieser Unterlassungshandlungen schliessen. Nicht zu gedenken, daß in einem Staate viele von jenen verbrecherischen Handlungen gar nicht entdeckt werden, so können immer viele solche Handlungen, unerachtet der Todesstrafe erfolgen, und zugleich unendlich viele

durch die Furcht vor derselben unterblieben seyn, so wie im Gegentheile, man ohne Grund schlösse, daß, wenn gewisse Verbrechen in einem Staate, wo die Todesstrafen darauf stehen, sollten begangen werden, dieß gerade eine Folge der Furcht vor jenen Strafen sey. Nur die aus der Natur des geistigen Menschen geschöpften Gründe können zu Folgerungen dieser Art berechtigen.

Das Haupterfordernis, um treffend über die Zweckmäßigkeit der Todesstrafen zu entscheiden, besteht, wie mir scheint, darinn: daß man für die Menschen, auf welche Todesstrafen wirken sollen, den richtigen Maasstab wähle. Die Politik muß sich diese Menschen denken, weder als Wesen mit ganz unwirksamer oder matter Phantasie, noch als Wesen mit der lebendigsten, feurigsten Phantasie begabt; sie muß dieselben annehmen weder als moralisch ganz verwildert, noch als in einem hohen Grade sittlich ausgebildet, weder als äußerst hartnäckig in ihren Vorsätzen, noch als äußerst geschmeidig, und auf das leichteste umstimmbar. Sie muß überhaupt die Extreme vermeiden, um den richtigen Gesichtspunkt für ihre Menschen zu treffen. Sie trifft diesen, wenn sie für Phantasie Moralität, und Willensstärke des Menschen den mittlern Maasstab wählt, nach welchem sich die grössere Menge der im civilisirten Zustande lebenden Menschen von allen Ständen, mit der höchsten Wahrscheinlichkeit bestimmen läßt.

Bleibt sie diesem Maasstabe treu, so geräth sie unfehlbar auf das Resultat, daß der Tod für die Menschen, im Durchschnitte genommen, das furchtbarste Uebel ist, und bleibt, und daß für die größten Verbrechen kein zweckmäßigeres Mittel der Abschreckung gewählt werden kann, als die Todesstrafe.

Strafen werden berechnet auf jenes entscheidende Moment, wo der Wille noch zwischen Thun und Lassen schwebt, die Einbildung des mit einer Handlung verknüpften Uebels, soll eine veranlassende Ursache seyn, von deren Wirksamkeit man erwarten könne, daß der Wille sich die Richtung zum Unterlassen gebe. Je größer das Verbrechen ist, um so mehr muß zur Abschreckung von selbigem, ein Uebel gewählt werden, dessen Bild den Menschen schnell, lebhaft und stark überrascht. Ein solches ist für die grössere Anzahl von Menschen das Bild des Todes. Nicht sowohl der Gedanke der Vernichtung macht das Schreckliche des Todes aus, sondern die aesthetische Vorstellung seiner äußern Form in der Natur. Und was ihn vor allen andern Uebeln zu dem passendsten Strafmittel macht, ist die Plötzlichkeit, mit der die Vorstellung desselben mit ihrer vollen aesthetischen Kraft den Menschen überrascht. Langsam zergliedert, verliert sie an Furchtbarkeit, aber ihr schnelles Erwachen ist nie ohne Entsetzen. Gehe man die ganze Stufenfolge von Leiden der Menschheit durch,
kein

kein Uebel hat eine solche Wirkung. Grausame dauernde Qualen sind in der Wirklichkeit ein unendlich größeres Uebel, als der bloße Tod; aber die Vorstellung derselben hat schlechterdings nicht die aesthetische Wirksamkeit, welche dem Tode eigen ist. Das Bild des Todes schreckt mit der Schnelle eines Blitzes, während man einer langsamen Anstrengung bedarf, um sich Qualen jener Art lebhaft vorzustellen. Derselbe Fall ist es mit andern Uebeln, z. B. der ewigen Gefangenschaft, in welche unser Dichtungsvermögen wohl gar noch angenehme Empfindungen hineinträgt.

2) Die Frage des Staatsrechtes wegen der Rechtmäßigkeit der Todesstrafen kommt darauf zurück: *ob der Mensch beym Eintritt in den Staat versprechen dürfe, sich ermorden zu lassen, wenn er ein gewisses Verbrechen begienge, und ob der Staat durch ein solches Versprechen vollkommnes Recht auf sein Leben erhalte.*

a) Die Frage, ob der Mensch *dürfe*, kann in einer gedoppelten Beziehung genommen werden: α) in der Beziehung auf das *äussre* Gericht, und β) in der Beziehung auf das *innre* Gericht. Nach den Prinzipien des *äussern* Gerichtes darf der Mensch ganz unstreitig jenes sein Leben betreffende Versprechen thun; denn er schränkt dadurch die Freyheit keines seiner Mitwesen ein. (S. mein *Naturre.* meine Abh. über die Grenzen des Naturrechts und der Heydenr. Staatsr.

Pflichtenlehre, meine Propädeutik der Moralphilosophie und die metapolitischen Prolegomena.) Niemand hat das Recht ihn zu hindern, ein solches Versprechen zu leisten. Nach den Prinzipien des *innern* Gerichtes, kommt es darauf an, ob es dem Menschen nicht ohne alle Ausnahme durch sein Gewissen verbothen sey, eine Verfügung dieser Art über sein Leben zu treffen. Die Pflicht sein Leben zu erhalten ist keinesweges eine Pflicht, die durch keine Collision aufgehoben werden könnte; vielmehr giebt es unleugbare Fälle, wo die Aufopferung desselben Pflicht ist. Wäre dieß nicht, so handelte Jeder unmoralisch, der sich für den Soldatenstand bestimmte. Daß nun aber ein Mensch in ein die Todesstrafen auf gewisse Verbrechen setzendes Pönalgesetz, ohne sein Gewissen zu verletzen, einwilligen dürfe, erhellet folgendermaassen.

a) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er den Staat als ein für die Menschheit nothwendiges Institut ansieht, und nach diesem Gesichtspunkte seine Entschlüsse in Beziehung auf denselben bestimmt.

b) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er praktisch der Ueberzeugung folgt, der Staat könne nicht auf seine Sicherheit rechnen, wenn er nicht die Bürger durch verhältnismäßige Bestrafung der Verbrecher von der Begehung der Verbrechen abschreckt.

- c) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er der Wahrscheinlichkeit praktisch folgt, daß die Bürger von gewissen Verbrechen durch die Strafe des Todes am sichersten abgeschreckt werden.
- d) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er der Ueberzeugung praktisch folgt, daß alle andre Menschen derselben Wahrscheinlichkeit (c) praktisch folgen dürfen.
- e) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er der Ueberzeugung praktisch folgt, daß der Staat gewisse Verbrecher als Feinde ansehen dürfe, von denen er seine Vernichtung fürchten müsse.
- f) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er der Ueberzeugung praktisch folgt, daß alle andre Menschen derselben Ueberzeugung (e) praktisch folgen dürfen.
- g) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er der Ueberzeugung praktisch folgt, der Staat dürfe annehmen, daß er die übrigen Menschen von solchen Verbrechen nur durch Tödtung des Verbrechers abschrecken und so seine Sicherheit vertheidigen könne.
- h) Der Mensch handelt nicht pflichtwidrig, wenn er beym Eintritte in den Staat zugestehet, daß der Staat dieser Annahme (g) in Beziehung auf ihn gemäß handeln dürfe. Damit erklärt er blos, daß er ein Recht anerkennt, welches der Staat nach seinem Zwecke besitzt. Man kann dieses

ein Recht der Nothwehr nennen, allein nicht der Nothwehr gegen den Verbrecher, sondern gegen den freyen Willen aller übrigen Bürger, von deren gröfsern Menge zu befürchten steht, daß sie dem Beyspiele des Verbrechers folgen, wenn sie nicht durch die Todesstrafe abgeschreckt werden. Eine solche Nothwehr aber kann nur bey einer für die ganze Menschheit so wichtigen Verbindung Statt finden, als der Staat ist, eine Verbindung von einer solchen Heiligkeit, daß die bloße *Wahrscheinlichkeit* einer das Ganze betreffenden Gefahr zu den entscheidendesten, obwohl harten, Sicherungsmitteln berechtigt.

11) Der Mensch handelt nicht zweckwidrig, wenn er die Anerkennung eines solchen dem Staate zukommenden Rechtes der Nothwehr zum Mittel seiner Sicherheit und Selbsterhaltung macht, wiefern er, ohne der Vernunft zu widersprechen, praktisch der Ueberzeugung folgen darf, daß außer der Bürgerlichen Gesellschaft gar keine Sicherheit für ihn möglich wäre, und der Staat selbst sie ihm nur gewähren kann, wenn Alle über die Verknüpfung der Todesstrafe mit gewissen Verbrechen übereinstimmen.

12) Wenn der Mensch den Entschluß in die Todesstrafen, als Folgen gewisser Verbrechen, einzuwilligen, mit Hintansetzung seines individuellen Bedürfnisses sich physisch zu erhalten, aus rei-

nem Interesse für die sittliche Cultur der Menschheit faßt, als welche eine feste Anstalt zur Sicherung der Rechte voraussetzt; so gehört sein Entschluß unter die edelsten und achtungswürdigsten, deren der Mensch fähig ist.

b) Wenn die eben aufgestellte Deduktion der Befugnis des Menschen, in die Todesstrafen einzuwilligen, auf haltbaren Gründen beruht; so ist dadurch auch die Frage beantwortet, ob der Staat das Recht haben könne, die Einwilligung anzunehmen, und ihr gemäß zu handeln. Den Menschen außer ihm geschieht dadurch kein Unrecht, und denen in ihm eben so wenig. Der Wille eines Jeden ist ja im allgemeinen Willen enthalten.

8.

Zu den Criminal- Grundgesetzen gehören auch noch diejenigen Gesetze, welche die Prinzipien des richterlichen Verfahrens in Rücksicht auf Verbrechen und Strafen bestimmen.

9.

Der Staat darf sich aller durch Pflicht nicht verbotenen, und die Rechte keines Bürgers einschränkenden Mittel bedienen, um die Verbrechen zu erfahren.

Das Gesetze, welche körperliche Quälung verdächtiger Personen bestimmen, selbst bey der höch-

sten Wahrscheinlichkeit ungerecht sind, und keine Gegenstände des allgemeinen Willens seyn können, bedarf keines Beweises.

10.

Für Handlungen, welche nicht durch die Gesetze für Verbrechen erklärt worden sind, ist kein Bürger verantwortlich und schuldig.

11.

Nur eine solche Auslegung der Gesetze kann Gegenstand des allgemeinen Willens seyn, welche dem Geiste derselben angemessen ist.

12.

Die Geltung der Criminalgesetze ist streng und ohne Ausnahme.

13.

Die Verfügung, daß der Richter wegen der individuellen Ursachen, die einen Verbrecher zu einem Verbrechen bestimmt haben, von der Strenge der Criminalgesetze nachlassen dürfe, kann nicht Gegenstand des allgemeinen Willens seyn.

Der allgemeine Wille würde sich offenbar selbst widersprechen, wenn er eine solche Verfügung zuliese.

B.

Militärgrundgesetze.

1.

Der Staat hat nach dem Vereinigungsvertrage das Recht, von den Bürgern zu fordern, daß sie, wenn derselbe durch offenbare Feinde gefährdet und angegriffen wird, ihn mit bewaffneter Hand, und ohne ihres Lebens zu schonen, vertheidigen.

2.

Der Staat kann entweder seine Vertheidigung allen Bürgern, die dazu fähig sind, übertragen; oder eine stehende Armee errichten. Auf jeden Fall müssen die Anordnungen zur kriegerischen Vertheidigung des Staates so beschaffen seyn, daß nicht durch die Anwendung ihrer selbst der Staat in Gefahr gesetzt werde.

III.

Der Unterwerfungsvertrag.

Die bisher dargestellten Verträge führen den Unterwerfungsvertrag mit sich, dessen Inhalt folgende Formel ausdrückt:

1.

Wir ordnen in Gemäßheit der in den Grundgesetzen unsrer Gesellschaft bestimmten Form den allgemeinen Willen zu realisiren, unsern Willen der höchsten Gewalt unter.

2.

Durch diesen Vertrag machen sich die Bürger gegen den Oberherrn zum Gehorsam verbindlich, und erklären sich für Unterthanen.

3.

Der Oberherr steht in jeder Form der Regierung unter den Grundgesetzen des Staates. Und inwiefern diese Grundgesetze durchaus Beschlüsse des allgemeinen Willens ausdrücken, bleibt der allgemeine Wille, unerachtet der Unterwerfung, dennoch der absolute Souverain.

4.

Allein der Oberherr ist unbeschränkt in Rücksicht der Art, wie er zufolge der Grundgesetze

durch seine Urtheilskraft und seinen Willen die Angelegenheiten des Staates ordnet, und seine Kräfte leitet. Er besitzt executive Souverainetät.

Rousseau leugnet mit sehr unzureichenden Gründen, daß Oberherr und Unterthanen gegen einander im Verhältnisse der Vertragsschließenden stehen. Ich habe jene Gründe beleuchtet: Ueber die H. d. St. 131 — 133.

Der Vertrag, welcher zwischen Oberherrn und Unterthanen Statt findet, ist freylich einzig in seiner Art, so wie es auch der Zweck ist, auf den er sich bezieht, aber doch nichts weniger, als widersinnig. Daß eine Gemeinheit von Menschen, die durch gemeinschaftliche Anwendung ihrer Kräfte nach bestimmten Grundgesetzen den Zweck der Sicherung ihrer äußern Rechte erreichen will, einem oder mehreren das unbedingte Recht überträgt, sie nach jenen Gesetzen zu regieren, weil dieß die einzige Bedingung möglicher Realisirung ihres Zweckes ist, daß denn diese Gemeinheit, obwohl das Recht des Oberherrn aus ihrem Willen entspringt, doch durch den Vertrag uneingeschränkt verpflichtet ist, ihm, wenn er als Oberherr gebiethet, zu gehoramen, daß also die souveräne Gemeinheit durch ihren souveränen Willen unterthan wird, ohne doch ihre Souveränität aufzugeben; dieß alles hängt sehr wohl zusammen, wenn man es nur nach bestimmten Begriffen von der Natur der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet.

Der Vertrag des Oberherrn mit den Unterthanen ist ein Bevollmächtigungsvertrag, dessen verbindende und berechtigende Kraft aus der Natur des Geschäftes erkannt wird, zu welchem die Gemeinheit den Oberherrn bevollmächtigt.

Die Natur dieses Geschäftes ist so beschaffen, daß es unmöglich und zwecklos wäre, wenn nicht die Gemeinheit sich *unbedingt* unterwürfe, *nach den Grundgesetzen der Gesellschaft* Gehorsam zu leisten, und nicht dessen ungeachtet ihre Souveränität behielte. Der Bevollmächtigende kann bey diesem Vertrage seine Vollmacht nur im Allgemeinen, nach dem Zwecke und den Grundgesetzen der Gesellschaft bestimmen, muß aber die auf mannigfaltige Weise mögliche Ausführung derselben dem Bevollmächtigten schlechterdings überlassen, und dies fließt so unmittelbar aus der Natur der Sache, daß es sich von selbst versteht. Der Bevollmächtigungsvertrag also, welcher zwischen Oberherrn und Unterthanen Statt findet, ist ein Bevollmächtigungsvertrag von ganz eigner Art, ein solcher nämlich, der entweder ganz widersinnig ist, oder durch welchen der Bevollmächtigte uneingeschränkte Willkühr im Handeln nach bestimmten im Allgemeinen für ihn unverletzlichen Grundgesetzen bekommt.

5.

Der Gehorsam der Unterthanen gegen den Oberherrn in Hinsicht seiner den Grundgesetzen der Gesellschaft angemessenen Befehle, ist nach

dem Unterwerfungsvertrage so unbeschränkt, dass selbst ihre geprüfte bessere Ueberzeugung sie zum Widerstande nicht berechtigen kann *).

Ohne diese Unbedingtheit der executiven Souveränität ist es nicht möglich, dass der Zweck des Staates erreicht werde, so wie auf der andern Seite derselbe Zweck verfehlt würde, wenn der Oberherr gegen die Grundgesetze des Staates handeln dürfte **).

*) *Kant* hat in seiner Abh. über den Gemeinspruch: *das mag in der Theorie richtig seyn, taugt aber nicht für die Praxis*, den Unterthanen alles Recht zum Widerstande gegen den Oberherrn selbst auf den Fall abgesprochen, dass der Oberherr den ursprünglichen Vertrag verletze, und den Grundgesetzen des Staats entgegen handle. Allein selbst die eifrigsten Verehrer dieses Weltweisen müssen gestehen, dass die Gründe, womit er jene Behauptung unterstützt, sich selbst aufheben, und seinen praktischen Prinzipien ganz widersprechen. Ich habe dieß zu zeigen gesucht in m. B. über die Heiligkeit des Staats, S. 149 — 157.

**) Cum iure absoluto summi imperantis, tanta connectitur civium obedientia, quanta ad civitatis regimen necessario requiritur, id est tanta, ut ius illud frustra non sit concussum. — Nascitur autem ad eam praestandam obligatio non immediate ex eo pacto, in quo ius nostrum omne ad civitatem transtulimus, sed mediate, nempe ex eo quod sine obedientia ius Imperii frustra esset, et in consequens omnino constituta civitas non fuisset. *Hobbes*.

Diese Unbedingtheit der exekutiven Souveränität findet in gleichem Grade Statt in der Demokratie, in der Aristokratie, und in der Monarchie. Wenn das Volk diese Unbedingtheit nicht anerkennt, und sich dem Oberherrn in Hinsicht seiner rechtmäßigen Verfügungen und Befehle widersetzt, so entsteht *Anarchie*. (Significat illa vox, nullum omnino regimen esse. Hobbes.)

Das Criterium *der Rechtmäßigkeit* einer Verfügung der höchsten Gewalt besteht darin: ob es *möglich sey*, daß eine gewisse Verfügung der höchsten Gewalt aus dem vereinigten Willen der ganzen Gemeinheit entspringen *könne*. Die bloße *Möglichkeit* dieses Falles entscheidet die *Rechtmäßigkeit* der Verfügung, wenn es auch noch so *wahrscheinlich* seyn sollte, daß der vereinigte Wille der ganzen Gemeinheit dieselbe Verfügung unter gewissen Umständen nicht würde getroffen haben.

Der Oberherr muß, um seiner Bevollmächtigung Genüge zu leisten, ein bestimmtes untrügliches Richtmaas für seine Verfügungen haben. Er kann nie wissen, welche Verfügung alle Willen der ganzen Gemeinheit *in der Wirklichkeit* wahrscheinlich treffen *würden*, allein das kann er *wissen*, welche Verfügung von demselben beliebt werden *könne* oder nicht; denn er weiß ihren Zweck, und die Grundgesetze der Gesellschaft.

Die Willkühr des Oberherrn ist also nur durch die Grenzen der *Möglichkeit* der Einstimmung aller Willen in eine getroffene Verfügung eingeschränkt, und diese *Möglichkeit* ist das einzige wahre Criterium der *Rechtmäßigkeit* einer Regierung.

Die Unterthanen verletzen, wenn sie sich dem executiven Souverain so uneingeschränkt unterwerfen, keine Pflicht. Keine der moralischen Vernunft widersprechende Verfügung ist nach den Grundgesetzen des Staats möglich. Und dieselbe Vernunft kann nicht verbiethen, den Anordnungen des Oberherrn zu folgen, wenn auch der Unterthan gleich die Einsicht zu haben glaubt, dass statt ihrer eine zweckmäßigere getroffen werden könnte; vielmehr gebiethet sie es ihm, weil ohne eine solche Unterwerfung der Staat seinen Zweck verfehlte, welchen sie doch für nothwendig für die Menschheit erklärt. Sie kann diess um so unbezweifelter gebiethen, da kein Individuum apodiktische Gewissheit von der grössern Zweckmäßigkeit seiner Urtheile und Entwürfe haben kann, vielmehr allezeit der Fall möglich ist, dass es sich betrüge.

6.

Der Oberherr ist den Unterthanen für die von ihm beliebte Art der Ausübung der höchsten Gewalt in Gemässheit der Grundgesetze der bürgerlichen Gesellschaft nicht responsabel.

Dieß folgt aus der Unbedingtheit der exekutiven Souverainetät. Wäre der Oberherr nicht über jene

Responsabilität erhaben, so würde damit die ganze Natur der Oberherrschaft aufgehoben, und kein vernünftiges Wesen würde mit Einstimmung seiner Vernunft Oberherr seyn können. Da es nur zu oft der Fall seyn kann, daß wenigstens die größere Menge mit den Verfügungen des Oberherrn unzufrieden ist, so würde der Oberherr unaufhörlich in dem Zustande der Verantwortung und die exekutive Gewalt suspendirt seyn.

Die Freyheit von aller Responsabilität wegen *rechtmäßiger* Verfügungen, findet in gleichem Grade Statt in der *Demokratie* *), in der *Aristokratie*, und in der *Monarchie*.

7.

Der Oberherr kann nicht von den Unterthanen gestraft werden.

Strafe eines Oberherrn würde ein Uebel seyn, welches die Unterthanen ihm wegen einer rechtswidrigen oder doch zwecklosen Handlung zufügten, zur Abschreckung aller andern Oberherrn.

1) Rechtswidrige Handlungen des Oberherrn sind solche, womit er ein Attentat auf die Grundgesetze des Staats unternimmt. Sobald er dieß thut, verliert er den Charakter eines Oberherrn, und es ist

*) Die einzelnen Repräsentanten können immer ihren Committenten responsabel seyn, allein alle Bürger müssen sich dennoch den Entscheidungen der Pluralität unbedingt unterwerfen, wenn sie nur nicht rechtswidrig sind.

nicht die Rede von Bestrafung desselben, sondern von Vertheidigung des Staats gegen ihn, wiefern er sein Feind ist.

2) Wenn der Oberherr wegen solcher Handlungen, die den Unterthanen überhaupt nicht zweckmäßig, oder doch nicht genug zweckmäßig schienen, von ihnen gestraft werden könnte, so wäre der Unterwerfungsvertrag in der That ein sehr widersinniger Vertrag. Er wäre von der Beschaffenheit, daß die beygefügte Bedingung die Leistung unmöglich macht. Wenn die Gemeinheit gegen den künftigen Oberherrn erklärte, sie übertrage ihm das Geschäft, die Gesellschaft nach den Grundgesetzen derselben zu regieren, verspreche ihm zu diesem Zwecke uneingeschränkten Gehorsam, behalte sich aber das Recht vor ihn zu strafen, wenn sie überzeugt sey, daß er fehlerhaft regieret habe; so müßte jenes Subjekt alles Bewußtseyns seiner Vernunft ermangeln, wenn es unter einer solchen Bedingung die Pflicht zu regieren übernehme, in deren Ausübung es jedesmahl unterbrochen würde, wenn es Allen oder den Mehrern so schiene, als seyen seine Verfügungen fehlerhaft, so daß auch die Ausübung der höchsten Gewalt schlechterdings keinen sichern Gang nehmen könnte *).

*) Hobbes sagt vom Oberherrn: *quicquid is fecerit, impune esse*. Allein er unterstützt seine unbestimmte Behauptung durch einen sehr leichten Grund: *nam ut punire naturaliter cum nemo potest, qui satis virium non habet, ita neque jure punire, qui satis virium non habet.*

3) Uebrigens leuchtet es auch ein, daß Abschreckung des Oberherrn ein Gedanke ist, der sich selbst aufhebt.

8.

Die Unterwerfung der Unterthanen geschieht in unbedingter Zuversicht auf die Gerechtigkeit. Der Oberherr ist nur durch sein Gewissen gebunden.

9.

Die Gesetze gelten für den Oberherrn und als Erklärungen des allgemeinen Willens oder als Erklärungen seines eignen Willens über die zweckmäßigste Art den allgemeinen Willen in einzelnen Fällen anzuwenden. Allein die zwingende Kraft derselben hat auf ihn keine Beziehung.

Alle Gesetze, die dem Staat zum Grunde liegen, und jene, welche diesem gemäß im Staate gegeben werden, haben eine zweyfache Kraft: 1) *erklärende*; sie kündigen an, was zu thun, und zu lassen sey; 2) *zwingende*; mit jedem ist Bestimmung von Strafe verknüpft, um die Mitglieder der Gesellschaft zur Befolgung derselben zu bestimmen. Diese *zwingende* Kraft gehört *wesentlich* und *unabtrennbar* zu jedem Gesetze. Der Oberherr steht unter den Grundgesetzen der Gesellschaft; aber nun, wiefern sie die Form der Verfassung erklären; der ihnen beygefügte Charakter von Er-

Erzwingung der durch sie bestimmten Pflichten, kann auf den Oberherrn *vernünftiger* Weise nicht berechnet seyn. Denn er würde in diesem Falle zugleich als Oberherr und zugleich auch nicht als Oberherr betrachtet. Ganz so ist es mit denjenigen *abgeleiteten* Gesetzen, die er selbst vermöge der in seiner absoluten Souverainetät enthaltenen gesetzgebenden Gewalt giebt. Er hat *das Bewußtseyn* derselben, aber er steht nicht *unter ihnen*, nach ihrer unter Androhung von Zwang gebiethenden Kraft. Wenn er selbst ihnen gemäß handelt, so ist dies Folge seiner *freyen Gewissenhaftigkeit*, nicht der bestimmenden Gewalt der Gesetze.

Der Oberherr als solcher braucht nicht alle bürgerliche Gesetze zu befolgen; mehrere derselben würden in Beziehung auf ihn sogar zwecklos seyn. Er kann *vernünftiger Weise* sich keinesweges in einem besondern Vertrage diesen Gesetzen als *Gesetzen* unterwerfen, weil eine solche Unterwerfung mit seinem Charakter als Oberherr unvereinbar ist *).

*) Hobbes hat jene Sätze folgendermaassen unterstützt: de cive VI. XIII. neque sibi dare aliquid quisquam potest, quia jam habere supponitur quod dare sibi potest, neque sibi obligari. Nam cum idem esset *obligatus* et *obligans*, obligans autem obligatum possit liberare, frustra esset sibi obligari, quia liberare se ipsum potest, arbitrato suo; et qui hoc potest, jam actu liber est. Ex quo constat, legibus civilibus non teneri ipsam civitatem. Nam leges civiles sunt leges civitatis; quibus si obligaretur, ipsa obligaretur sibi. Neque obligari potest civi-

tas civi. Quoniam enim hic illam, si voluerit, potest obligatione liberare, et vult quoties ipsa vult, (quia civis cuiusque voluntas in omnibus rebus comprehenditur in voluntate civitatis) libera est civitas quando vult, hoc est actu jura libera est. *Concili* autem, sive *hominis*, cui *summum Imperium* commissum est, voluntas, est voluntas civitatis. Complectitur ergo voluntates singulorum civium. Neque igitur tenetur is, cui *summum imperium* commissum est, *legibus civilibus*; hoc enim est, obligari sibi, neque cuiquam civium. S. auch c. XII. IV.

Ende des ersten Theils.

Uebersicht

der Gegenstände des ersten Theils,

<i>Einleitung</i> über das Interessante des allgemeinen Staatsrechts	S. 1—22
<i>Metapolitische Prolegomenen</i> für das natürliche Staatsrecht *)	25—72
1) Der Mensch des Naturrechts, oder über Recht, äußeres Gericht, und den Begriff der Wissenschaft des Naturrechts	25—36
2) Zusammenhang des Naturrechts mit dem allgemeinen Staatsrechte	43. 44
3) Begriff der Metapolitik	44. 47
4) Kritik der Metapolitik des Herrn Schmalz in f. natürl. Staatsrecht	47—55
5) Nächster Zweck der bürgerlichen Gesellschaft	56
6) Begriff des Staates	56. 57
7) Abweichende Meynungen über den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft	58—60
8) Der Naturmensch des allgemeinen Staatsrechts	61—73
a) <i>Rousseaus</i> Meynung	61—63
b) <i>Puffendorfs</i> Meynung	63. 64
c) <i>Hobbesens</i> Meynung	64—68
d) Eigene Ideen darüber	68—73
9) Pflicht des Menschen bürgerliche Gesellschaft und Staat zu errichten	73. 74
Grundsätze des allgemeinen Staatsrechts	77

I. Begriff des allgemeinen Staatsrechts	77—79
II. Bedingung der allein rechtmäßigen Entstehung des Staates	80—84
— Grundverträge	81. 82
III. Theorie der Grundverträge	84
A. Vereinigungsvertrag	84—104
Dadurch entstehende Zwangspflichten	80
Erfordernisse zu einer Theilnahme an denselben	87
Umfang der Hingabe an den Staat durch den Vertrag	89
Dass auch das Leben darin mit begriffen ist	89—91
Ausdehnung des Vertrags auf die im Staate gebornen Kinder	91—96
Bemerkungen über Herrn Jakobs Gründe gegen jene Ausdehnung	97—102
Begriff des allgemeinen Willens und seiner Souveränität	133
B. Der Staatsvertrag	104—119
Grundgesetze	105
Prinzip ihrer Rechtmäßigkeit	108
Grundgesetze für die rechtmäßige Form der Verfassung	109
Grundgesetze für die Form der Regierung	112
Begriff einer Regierungsform	112. 113
Formen der Regierung	113
Demokratische	113. 114
Aristokratische	114

Monarchische	S. 114
Wahlreich	115—117
Erbreich, Rechtmäßigkeit	115. 116
Grundgesetze über die Form des rechtmäßigen Widerstandes der Bürger gegen jede der Ver- fassung zuwiderlaufende Behandlung	117
Grundgesetze für die Form der Reformen	118
Genauere Entwicklung der Prinzipien der Grund- gesetze für die Form der Verfassung	120
Prinzipien der Grundgesetze für die Verschie- denheit der Stände	120. 121
Prinzipien der Grundgesetze für die Anordnung der Aemter	121
Prinzipien der Grundgesetze für Unterhaltung und Anwendung des Staatsvermögens	122— 123
Prinzipien der Grundgesetze für die Sicherung des Staats gegen mögliche oder wirkliche An- griffe	124
A. Prinzipien der Criminalgrundgesetze	124
Begrif des Verbrechens, des bürgerlichen und Staats - Verbrechens	124. 125
Unterschied von Ersatz und Strafe, Nothwen- digkeit beyder	125—127
Begrif eines Criminalgesetzes	126
Vindicative Criminalgesetze	127. 128
Pönalgesetze	129
Begrif der Strafe	129
Critik falscher Begriffe	129—133

Prinzipien aller Strafgesetzgebung	S. 134
Arten der Strafe	138
Ueber die Todesstrafen	139
Ueber die Zweckmäßigkeit derselben	140
Ueber die Rechtmäßigkeit derselben	145
Prinzipien der Grundgesetze für das richterliche Verfahren	149
B. Prinzipien der Militairgrundgesetze	151
C. Der Unterwerfungsvertrag	152
Bedingtheit und Unbedingtheit der Unterwerfung	152—155
Prinzip der Rechtmäßigkeit aller Regierung	156
Inwiefern der Oberherr nicht verantwortlich	155
Der Oberherr kann nicht gestraft werden	158
Die Unterthanen unterwerfen sich in unbedingter Zuversicht auf die Gerechtigkeit des Oberherrn	160
Inwiefern der Oberherr durch seine Gesetze nicht gebunden ist	160

A n h a n g

einiger sich auf den ersten Theil beziehenden

Abhandlungen.

I.

Kritische Revision der berühmtesten Meynungen über die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe in der bürgerlichen Gesellschaft.

Ich sehe es im voraus, daß vielen Freunden des Staatsrechts die Umständlichkeit meiner Entwicklung der Grundverträge des Staats nicht ganz zweckmäßig scheinen wird. Manche dürften wohl gar geneigt seyn zu glauben, ich habe dadurch die systematische Ordnung der Wissenschaft verletzt. Allerdings ist auch der Schein insofern gegen mich, als viele Untersuchungen bey mir gleich am Eingange Platz bekommen, welche in den gewöhnlichen Lehrbüchern in der Mitte oder am Ende der Wissenschaft aufgestellt werden. Allein ich müßte mich sehr betrügen, wenn nicht der von mir befolgte Plan diejenigen Vorthelle mit sich führte, welche nur feste Prinzipien einer Anordnung wissenschaftlicher Gegenstände geben können, ich meyne besonders Einfachheit und Evidenz.

Am ausführlichsten habe ich mich über den Verfassungsvertrag verbreitet, und die Prinzipien aller rechtmäßigen Einrichtungen eines Staates in Beziehung auf seinen Zweck festgestellt. Ich glaube mir schmeicheln zu dürfen, daß durch meine Theorie der Grundgesetze eines Staates, das wahre Verhältniß des Oberherrn zum Staate und dem Bürger, und des Bürgers zu denselben, in einem Lichte erscheint, welches über viele Seiten der Wissenschaft Aufklärung verbreitet.

Die Untersuchung über die Rechtmäßigkeit der Todesstrafen gehörte wesentlich in diesen Theil meines Buchs, und ich würde denjenigen, der mich von dieser Seite eines *υπερον προτερον* beschuldigte, in Verdacht nehmen, als sey er mehr gewohnt an die kompendiarische Routine, diese Wissenschaft zu behandeln, als vertraut mit dem wahrhaft systematischen Geiste derselben.

Nach denen Prinzipien, welchen ich in der Entscheidung über diesen Gegenstand gefolgt bin, ist es nicht schwer die verschiedenen Meynungen der vorzüglichsten Denker über denselben, jede aus ihrem Gesichtspunkte zu betrachten, und mit Richtigkeit zu beurtheilen.

Die Frage wegen der Rechtmäßigkeit der Todesstrafen kann, welcher Gründe man sich auch bediene, doch jederzeit nur unter der Bedingung bejahend beantwortet werden, daß man vernünftiger Weise annehmen könne, die Furcht vor dem Tode sey das vollkommenste Mittel, um die Bürger von der Begehung gewisser Verbrechen abzuschrecken. Da dieß aber nie *erwiesen* werden kann, so muß gezeigt werden, a) daß der Staat hier der Wahrscheinlichkeit folgen müsse, b) und daß wirklich Wahrscheinlichkeit in Beziehung auf jene Wirkung der Todesstrafen Statt finde. Ich glaube nicht, daß sich gegen die Art, wie ich den ersten Punkt dargethan habe, triftige Einwürfe machen lassen, und in Hinsicht des Zweyten glaube

ich eben so wenig, daß die gewöhnlichen Gegengründe der Leugner der Nothwendigkeit der Todesstrafen die meinigen überwiegen *).

*) Die vorzüglichsten neuern Schriftsteller über die Nothwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Todesstrafen sind:

- 1) *Rousseau* in *Contrat Social* L. II. Ch. V.
- 2) *Hommels* philosophische Gedanken über das Criminalrecht mit Anmerk. von Rössig, Breslau 1784.
- 3) *Beccaria* von Verbrechen und Strafen I. Th. der Uebers. nach der 2. Ausg.
- 4) *Sonnenfels* Grundsätze der Policey, Handlung, und Finanz. I. Th. §. 375—388. S. 375. u. f.
- 5) *V. Barkhausen* über die Abschaffung der Todesstrafen: Im deutschen Museum v. 1776. August, n. I. *Ebendas.* in seinen vermischten Anmerkungen und Erläuterungen über die Todesstrafen und verwandte Materien. Im Museum vom Aug. 1777. n. 8. S. 154. u. f. *Ebendas.* Oktob. 1777. n. 5. S. 328. u. f.
- 6) (*H. L. W. Barkhausen*) abgekürzte Reflexionen über Nutzen und Schaden der Todesstrafen im deutschen Museum Oktobr. 1776. S. 947. u. f. auch in *Plitts Repertorium* S. 27.
- 6) *Runde* Vertheidigung der Rechtmäßigkeit der Todesstrafen, Cassel 1776. verbessert im deutschen Museum, April 1777. auch in *Plitts Repertorium*, S. 268. u. f. w.
- 7) *Feder* über die Todesstrafen im Museum 1777. II St.
- 8) *Jakobi* Versuch einer Apologie der Todesstrafen, Lemgo 1776.
- 9) *J. E. F. Schall* von Verbrechen und Strafen, Leipzig 1779. 8.

Ich lasse bey der Auseinandersetzung dieses Punktes nur psychologische Gründe zu, während ich alle historische verbitte. S. 142. 143.

Pastoret fügt seinen schätzungswerthen Betrachtungen über die Todesstrafen auch die Berufung auf die Geschichte bey. Das erste Beyspiel, welches er aufführt, ist das Beyspiel Toskanas. „Was erfolgte hier, sagt er; auf die Abschaffung der Todesstrafe? der Schuldigen wurden weit weniger, diess beweisen genaue Register. *Die blosse Milderung der Gesetze hatte schon diese Wirkung hervorgebracht.* Als man im Jahr 1779. das letzte Jahrzehend mit dem vorhergehenden

10) *Franz Siardi* vom Recht der Todesstrafen, Pappenheim 1781.

11) *Mably* principes des Loix, l. III. ch. 4.

12) *Filangieri* System der Gesetzgebung, 4. B. 29. K. S. 26. der Link. Uebers.

13) Abhandlung von der Gesetzgebung von H. | E. von Globig und J. G. Huster, Zürich 1783. 8. 2 Absch. S. 64.

14) *Gmelin* Grundsätze der Gesetzgebung über Verbrechen und Strafen, Tübingen 1785. S. 36—45.

15) *von Soden* im Geist der deutschen Criminalgesetze, 2 B. S. 44.

16) *Valazé* über die Strafgesetze, aus dem Franz. mit Zusätzen von K. A. Cäsar, Leipzig 1786.

17) K. A. Cäsar über den Zweck der Strafen in f. Denkwürd. vom J. 1787. 4. B.

18) *Pastoret* Betrachtungen über die Strafgesetze aus dem Franz. mit Anm. von Ch. D. Erhard, 1. B. 1792.

verglichen, fand man die Anzahl der Verbrecher sehr vermindert.“ Wenn es auch hier nicht der Fall wäre, daß das Factum durch ein entgegenstehendes Factum aufgehoben wird, so dürfte man doch wohl fragen, ob die Verminderung der Anzahl der Schuldigen wirklich eine Folge der Milderung der Strafgesetze war. Wie wenig wahrscheinlich dieß war, zeigte die sehr bald eintretende Vermehrung der Verbrecher in diesem Lande, welche auch die Wiedereinführung der Todesstrafe nothwendig machte.

Andre *) berufen sich auf Länder, wo bey dem häufigsten Gebrauche der Todesstrafen die Verbrechen, von welchen dadurch abgeschreckt werden soll, am öftersten begangen werden. Wer kennt nicht das Beispiel Englands, wo, der unausbleiblichen Folge der Todesstrafe auf gewisse Verbrechen unerachtet, diese dennoch sich immer vervielfältigen. Allein erstlich liegen die Gründe davon nicht in der Anordnung der Todesstrafe, sondern theils in gewissen Fehlern der Polizey und Regierung, theils in der Sittenlosigkeit der Bürger. **) Dann folgt daraus, daß eine Menge von Menschen nicht abgeschreckt wird, keinesweges, daß nicht eine ungleich größere Menge abgeschreckt worden ist.

*) Z. B. *Sonnenfels* Grundsätze der Polizey-Handlung und Finanz. §. 375—388.

**) S. H. L. W. *Barkhausen* im deutschen Museum, Okt. 1776. S. 947.

Ich habe es als ein Hauptfordernis zu einer treffenden Entscheidung über die Zweckmäßigkeit der Todesstrafen, nach philosophischen Gründen, angegeben, dass man für die Menschen, auf welche sie wirken sollen, den richtigen Maasstab wähle, und habe diesen Maasstab bestimmt. Die meisten Leugner der Zweckmäßigkeit der Todesstrafe haben hier gefehlt.

Bald berechnen sie die Wirkung der Todesstrafe bloß auf den determinirten Bösewicht, und können es denn wahrscheinlich genug machen, dass ihn jene Strafe schwerlich abschreckt. „*Der Tod ist,*“ sagt Sonnenfels, „*nach der Gemüthsart und den Gesinnungen des Bösewichts, auf welche die Gesetzgebung wirken will, kein zureichend abhaltendes Uebel. Welcher Dieb z. B. wusste nicht, daß auf den Diebstahl der Strang steht, dennoch stahl er, und dennoch setzte er sich der Gefahr gehangen zu werden aus. Der Tod macht auf den Bösewicht einen so geringen Eindruck, daß täglich im Angesicht der Richtstätte, und bey Vollstreckung des Urtheils Uebelthaten begangen werden.*“ Allein sollen denn Strafen nur auf die *Bösewichte* wirken, und zwar nur auf die verstocktesten, welche S. offenbar hier meynt? Werden denn die Verbrechen, welche gewöhnlich mit der Todesstrafe belegt sind, nur von solchen *Bösewichtern* begangen? Ist jeder, welcher mordet, welcher stiehlt, ein solcher *Bösewicht*? Nein; der Criminalgesetzgeber handelt zweckwidrig, wenn er den Einfluss der Strafen, die er bestimmt, bloß auf solche

berechnet; sie werden, dieß gesteht man zu, schwerlich abgeschreckt. Wenn übrigens, *im Angesicht der Richtstätte und bey Vollstreckung des Urtheils*, Uebelthaten begangen werden, so werden gewiß auch unendlich mehrere, die außerdem möglich wären, dadurch verhindert.

Bald bezieht man die Wirkung der Todesstrafe bloß auf die Zuschauer der Execution, und nimmt in ihnen ein allgemeines Gefühl des Mitleids für den Verbrecher an. *Bekkaria* neigt sich auf die Seite dieser Meynung, und *Pastoret* sagt ausdrücklich: „*statt Schauer zu erregen, erregt die Todesstrafe vielmehr Mitleid für den Leidenden, und Abscheu gegen seine Henker; die Zuschauer von unwillkührlichen Entsetzen hingerissen, interessiren sich wider Willen für den, der der Gegenstand des allgemeinen Abscheues seyn soll; und der Eindruck ist so schrecklich, daß der Bürger, welcher von einem Verbrechen Zeuge war, es nun nicht anzeigen wird, ob er gleich einsieht, daß es heilsam wäre, sich des Verbrechers zu versichern.*“ Allein, hängt denn die Wirkung der Todesstrafe bloß von dem Anblicke der Execution ab, bewirkt nicht die bloße Erklärung des Gesetzes schon Abschreckung, und muß nicht der Gesetzgeber darauf vorzüglich rechnen, da ja doch verhältnißmäßig nur Wenige Augenzeugen seyn können? Es ist aber auch nicht einmahl wahr, daß Mitleid die Empfindung der meisten Zuschauer einer Execution sey; wenn sie anders nicht mit Qua-

len verknüpft ist, so bedauern nur wenige weichherzige Menschen den Verbrecher. Und diese Wenigen empfinden mit ihrem Mitleiden natürlich zugleich auch Schreck, denn das lebhafteste Mitgefühl des Schicksals des Deliquenten verursacht ihr Mitleid, und ist also mit Schreck nothwendig verbunden. Sonderbar, daß *Pastoret* gleich darauf hinzu fügt: *es werden den Zuschauern einer Hinrichtung barbarische Gefinnungen eingeßößt*; ein Widerspruch, welcher allein schon das Schwankende seiner Behauptungen anzeigt. Wenn Bürger von dem Verhältnisse der Strafen zur bürgerlichen Gesellschaft richtige Ideen besitzen, so werden sie eben so wenig dadurch unmenschlich gemacht, als zu einem Mitleiden gestimmt, welches die Wirkung der Strafe hindert. Auch *Beccaria* macht denselben Einwurf gegen die Zulässigkeit der Todesstrafen. „*Die Todesstrafe*, sagt er: *ist schädlich, weil sie den Menschen ein Beyspiel der Grausamkeit giebt.*“

Mit gleicher Einseitigkeit fassen Andre nur jene Unglücklichen ins Auge, für welche der Tod eine Wohlthat ist. „*Der Tod ist überhaupt kein Uebel*, sagt *Sonnensfeld*: *dieses beweist der Unglückliche, der ihn als eine Befreyung von allen übrigen Leiden wünscht.*“ Sind denn diese Unglücklichen die Pluralität der Bürger, und muß der Gesetzgeber die Wirkung seiner Strafen auf *sie* berechnen? Wahrhaftig; für solche sind Todesstrafen ohne Wirkung, das Leben muß ihnen statt derselben aufgedrungen werden. Treffend wird

wird dieß von Seneka, in einer auch von Pastoret angeführten Stelle, ausgedrückt:

Qui morte cunctos luere supplicium iubet,
Nescit tyrannus esse. Diuersa irroga.
Miserum *veta* perire; felicem *iube*.

Seneca in Herc. Fur. A. II. v. 511.

Das Beyspiel der Selbstmörder, auf welches sich mehrere berufen, beweist aus demselben Grunde nichts, eben so wenig das Beyspiel von Schwärmern, welche sich nach dem Tode sehnen, das Beyspiel von Menschen, welche durch religiöse Ueberzeugung alle Schrecknisse des Todes überwinden, das Beyspiel jener Verrückten, welche den wohl vorbereiteten Delinquenten um seinen seligen Hintritt beneiden, u. s. w. Die Hinsicht auf solche Ausnahmen von der allgemeinen Regel darf den Gesetzgeber auf keinen Fall in der Bestimmung der Strafe leiten.

Wenn *Sonnenfels* sich sogar darauf stützt, daß die Gesetze den letzten Streich, der den Gequälten Missethäter tödtet, den Gnadenstreich nennen, so hat er nicht bedacht, daß dieß nur das beweist, was niemand leugnet, daß ein Mensch statt der entsetzlichsten Qualen lieber den Tod wählt. Aber folgt wohl daraus etwas für die Behauptung, der Tod sey kein abschreckendes Uebel?

Nach dem Maasstabe, welchen ich bestimmt habe, ist der Tod für die Menschen, so wie sie gemeiniglich im civilisirten Zustande gestimmt sind, das furchtbarste

Uebel, und gegen die Verbrechen, welche für den Staat die gefährlichsten sind, das zweckmäßigste Mittel zur Abschreckung.

Das Gesetz, welches ein für den Staat gefährliches Verbrechen als solches erklärt, bestimmt zugleich auch, wenn der Gesetzgeber es für nothwendig hält, die Todesstrafe, als Folge desselben, und durch das bloße *Wissen*, dass diese Strafe darauf stehe, soll die Abschreckung folgen. *Der Anblick der Ausführung* ist Nebensache; denn sonst müsste man Veranstaltung treffen, dass *jeder* Bürger einen Delinquenten köpfen, hängen u. s. w. sähe. Das *Wissen* einer solchen Strafe soll auf gedoppelte Weise abschrecken: 1) *allmählig*, indem es sich mit dem Gedanken der Möglichkeit, ein gewisses Verbrechen zu begehen, vergesellschaftet, und eben dadurch einen Abscheu gegen dasselbe begründet, welcher habituell wird; 2) *plötzlich*, im Augenblicke, wo der Mensch im Begriffe ist, ein gewisses Verbrechen zu begehen. Diefs ist unstreitig der wichtigere Gesichtspunkt für die grössere Menge von Menschen, welche zu Verbrechen von der Art, auf welche der Tod steht, nicht durch eine eingewurzelte Geneigtheit bestimmt werden, sondern durch Ursachen, welche unter zufälligen Zeitumständen eintreten.

Aus welchem Gesichtspunkte man die Vorstellung der Todesstrafe betrachte, sie ist für die Menschen, im Durchschnitte genommen, die abschreckendeste.

„Die meisten Menschen, sagt man: sehen den Tod in einer dunklen Entfernung, und ermangeln einer lebhaften Vorstellung desselben.“

Dies ist unleugbar, so lange kein näherer Grund das Herannahen desselben als möglich oder als nothwendig ankündigt. Ein Ausschweifender giebt alle seine Kräfte Preis, ohne durch das für ihn entfernte und matte Bild des Todes abgeschreckt zu werden. Sagt ihm aber der Arzt bestimmt, daß, wenn er bis auf einen gewissen Grad fortgehe, sein Untergang unausbleiblich sey, so schaudert er. Wir alle werden im Genuße unsers Lebens durch den Gedanken des Todes nicht gestört, außer, wenn irgend eine Thatfache uns seine Unausbleiblichkeit lebhaft vor die Augen führt. Wer entsetzt sich nicht, wenn er hört, daß er in einer Todesgefahr gewesen ist, ohne es zu wissen?— Der Gedanke eines mit Todesstrafe belegten Verbrechens führt das Bild des Todes mit sich, und verbreitet Schrecken in der Seele des Menschen *).

*) Warum entfernen wir das Bild des Todes, warum suchen wir es in einer dunkeln Nacht zu verhüllen, und ihm die Wirklichkeit zu benehmen? Gewiss darum, weil es uns als das größte Uebel vorkommt, und weil wir die betäubten Vorfälle um so mehr zu vergessen suchen, je größer je schrecklicher sie sind. Diese Bemühung ist aber nur schwach, weil die unangenehmen Ideen sich wider unsern Willen hervordrängen, und ein einziges Beyspiel giebt solcher die vorige Lebhaftigkeit wieder.

Globig und Huster.

Die Vorstellung selbst einer lebenslänglichen Gefangenschaft, mit den härtesten Arbeiten verknüpft, hat die Wirkung nicht, welche der Vorstellung des Todes eigen ist. Jene Vorstellung erfordert zu viel Ausbildung und Entwicklung, um eine entscheidende Wirkung auf unser Begehrungsvermögen hervorzu-
bringen.

„Wollte man sagen, lesen wir bey *Beccaria*, daß
 „ewige Knechtschaft eben so schmerzhaft als der Tod,
 „und folglich eben so grausam sey, so antworte ich,
 „daß, wenn man alle unglückliche Augenblicke der
 „Knechtschaft zusammenrechnet, sie vielleicht noch
 „schlimmer ist. Denn sie erstreckt sich über die gan-
 „ze Lebenszeit. — Welch eine schreckliche Aussicht,
 „eine lange Reihe von Jahren, oder wohl gar seine
 „ganze Lebenszeit in der Sklaverey zuzubringen, und
 „zwar im Angesicht seiner Mitbürger, von eben den
 „Gesetzen, deren Schutz er genossen hat, zur Knecht-
 „schaft verdammt, ein Schimpf und ein Abscheu aller
 „derer, mit denen er sonst gleiche Rechte genoß! Wie
 „nützlich ist die Vergleichung aller dieser Uebel mit
 „dem ungewissen Ausgange seiner Verbrechen, und
 „mit der kurzen Dauer des Genusses der Früchte dessel-
 „ben. Das immerwährende Beyspiel derer, die Opfer
 „ihres Leichtsinns geworden sind, macht auf ihn einen
 „viel stärkern Eindruck, als der Anblick einer feltner
 „vorfallenden Todesstrafe, deren Anblick, die Seele
 mehr verhärtet, als zur Besserung dienet.“

Dagegen sagt Mably sehr treffend: „Man spricht
 „viel von den schweren Arbeiten, die man an die Stel-
 „le der Todesstrafen setzen will. Allein, würde man
 „nicht in Verlegenheit kommen, wenn ich auf eine
 „nähere Erörterung dieses Vorschlags dränge? Sind
 „diese Arbeiten, so hart sie auch immer seyn mögen,
 „nicht überall auf Erden das beschiedne Loos der Ar-
 „muth? warum wollt ihr denn, daß die Verbrecher
 „und der Arme gleiches Schicksal haben sollen? —
 „Endlich kenne ich auch die Stärke der Gewohnheit.
 „Der Mensch gewöhnt sich an alles. Vielleicht, daß
 „gar diese Verbrecher, deren elendes Leben eurer Ab-
 „sicht nach, den übrigen ein fürchterliches Beyspiel
 „geben soll, mitten in ihrem Elende munter und glück-
 „lich scheinen dürften. — Der Tod ist nur ein Augen-
 „blick, aber ein über alles entscheidender Augen-
 „blick. Er endigt die Zeit, und eröffnet die Pforten
 „der Ewigkeit. Die menschliche Natur schaudert vor
 „ihm zurück. Es wird dem Verbrecher nicht so leicht,
 „als ihr euch einbildet, sich an den Gedanken des To-
 „des zu gewöhnen, den er vor Augen hat. Denn je-
 „der Unglückliche, der zum Hochgericht geführt
 „wird, zittert und bebt, nur wenige gehen demselben
 „mit Standhaftigkeit entgegen, und dann ist ihr Muth
 „selbst doch nichts als Verzweiflung. Doch dem sey,
 „wie ihm wolle; es kommt weniger darauf an, den
 „Schuldigen zu *strafen*, als die andern von einem
 „gleichen Verbrechen *abzuschrecken*.“

Ganz aus dem richtigen Gesichtspunkte hat *Soden*
 den Tod betrachtet. „Liebe zum Leben, sagt er: ist

„die allgemeinste die heftigste Leidenschaft des Menschen. An ihm hängt der Sklav in Ketten, wie der Sultan auf dem Thron. Tod oder Gefängnis! Man lasse jeden wählen, und nach der größern Anzahl richte man. — Der grössere Theil der Menschen hat nicht Kenntnisse, nicht Grundsätze, nicht Empfindlichkeit, kurz nicht Kultur des Geistes und des Herzens genug, um die Idee des Verlustes seiner Existenz zu ertragen. Was sollte sie ihm tragen helfen? Sein Geist ist des Begriffs, des Glücks einer andern als irdischen Existenz unfähig; unfähig Freuden zu fassen, die er nicht kennt, ganz an der Sinnlichkeit hangend, besteht das ganze System seines Glücks in der Befriedigung seiner sinnlichen Bedürfnisse. Diese kennt er, er liebt sie. Und *dies* soll er verlassen, gegen *welchen* Zustand vertauschen? den er *nicht* kennt, von dem sein Geist ihm entweder ein dunkles Bild, oder ein Bild entwirft, das gegen sein jetziges Glückssystem verliert u. s. w. *).

*) Mit Verlangen sehe ich den Ideen entgegen, welche der scharfsinnige Erhard zur Aufklärung dieses wichtigen Gegenstandes in seinem Commentar zum Pastoret versprochen hat. — Nach ihm giebt es nur einen festen Grund für die Todesstrafen: „Die Furcht vor der Todesstrafe benimmt dem Menschen alle die Hoffnungen, mit denen er sich schmeichelt, wenn er eine andre Strafe vor sich sieht. Den Schmerz, denkt er: wirst du überstehen; der Infamie kannst du durch Veränderung des Wohnorts entgehen, aus dem Gefängnisse wirst du vielleicht entkommen. Alle diese Hoffnun-

Den Beweis für die Rechtmäßigkeit der Todesstrafen habe ich nur hypothetisch geführt S. 146 — 149. Und er läßt sich auch im natürlichen Staatsrechte nur unter der Voraussetzung geben, daß der Mensch vernünftige Gründe habe, die Todesstrafe für das vollkommenste Abschreckungsmittel gegen gewisse Verbrechen zu halten.

Pastoret verwirft die Herleitung der Rechtmäßigkeit der Todesstrafen vom gesellschaftlichen Vertrage ganz, und zwar aus dem Grunde, den man der Realität eines solchen Vortrags gewöhnlich entgegensetzt, und den ich nach derjenigen Darstellung desselben, die ich gegeben habe, nicht zu widerlegen brauche. Wie wenig er den wahren Sinn eines solchen Vortrags gefaßt hat, sieht man aus der sonderbaren Frage: „Will man etwa sagen, daß der Schuldige bey Schließung dieses Vertrags selbst gegenwärtig gewesen sey?“ Er setzt noch hinzu: „ich weiß wohl, daß sie blos damit sagen wollen: wer in einer Gesellschaft lebt, deren Gesetze er kennt, kann sich nicht beschweren von ihr gerichtet zu werden. Aber mit solchen Gründen kann man auch die martervollsten Hinrichtungen rechtfertigen, und die willkührlichen Launen des Despoten in Schutz nehmen, denn auch der Sklav, der sich ihm unterwarf, kannte sie.“ Ich be- rufe mich auf meine Beantwortung der Frage: *welche*

„gen, welche heftige Leidenschaft und Begier verstärkt, „fallen bey der Todesstrafe weg.“

„die allgemeinste die heftigste Leidenschaft des Menschen. An ihm hängt der Sklav in Ketten, wie der Sultan auf dem Thron. Tod oder Gefängnis! Man lasse jeden wählen, und nach der größern Anzahl richte man. — Der grössere Theil der Menschen hat nicht Kenntnisse, nicht Grundsätze, nicht Empfindlichkeit, kurz nicht Kultur des Geistes und des Herzens genug, um die Idee des Verlustes seiner Existenz zu ertragen. Was sollte sie ihm tragen helfen? Sein Geist ist des Begriffs, des Glücks einer andern als irdischen Existenz unfähig; unfähig Freuden zu fassen, die er nicht kennt, ganz an der Sinnlichkeit hangend, besteht das ganze System seines Glücks in der Befriedigung seiner sinnlichen Bedürfnisse. Diese kennt er, er liebt sie. Und *dies* soll er verlassen, gegen *welchen* Zustand vertauschen? den er *nicht* kennt, von dem sein Geist ihm entweder ein dunkles Bild, oder ein Bild entwirft, das gegen sein jetziges Glückssystem verliert u. s. w. *).

*) Mit Verlangen sehe ich den Ideen entgegen, welche der scharfsinnige Erhard zur Aufklärung dieses wichtigen Gegenstandes in seinem Commentar zum Pastoret versprochen hat. — Nach ihm giebt es nur einen festen Grund für die Todesstrafen: „Die Furcht vor der Todesstrafe benimmt dem Menschen alle die Hoffnungen, mit denen er sich schmeichelt, wenn er eine andre Strafe vor sich sieht. Den Schmerz, denkt er: wirst du überstehen; der Infamie kannst du durch Veränderung des Wohnorts entgehen, aus dem Gefängnisse wirst du vielleicht entkommen. Alle diese Hoffnungen

Den Beweis für die Rechtmäßigkeit der Todesstrafen habe ich nur hypothetisch geführt S. 146 — 149. Und er läßt sich auch im natürlichen Staatsrechte nur unter der Voraussetzung geben, daß der Mensch vernünftige Gründe habe, die Todesstrafe für das vollkommenste Abschreckungsmittel gegen gewisse Verbrechen zu halten.

Pastoret verwirft die Herleitung der Rechtmäßigkeit der Todesstrafen vom gesellschaftlichen Vertrage ganz, und zwar aus dem Grunde, den man der Realität eines solchen Vortrags gewöhnlich entgegensetzt, und den ich nach derjenigen Darstellung desselben, die ich gegeben habe, nicht zu widerlegen brauche. Wie wenig er den wahren Sinn eines solchen Vortrags gefaßt hat, sieht man aus der sonderbaren Frage: „Will man etwa sagen, daß der Schuldige bey Schließung dieses Vertrags selbst gegenwärtig gewesen sey?“ Er setzt noch hinzu: „ich weiß wohl, daß sie blos damit sagen wollen: wer in einer Gesellschaft lebt, deren Gesetze er kennt, kann sich nicht beschweren von ihr gerichtet zu werden. Aber mit solchen Gründen kann man auch die martervollsten Hinrichtungen rechtfertigen, und die willkührlichen Launen des Despoten in Schutz nehmen, denn auch der Sklav, der sich ihm unterwarf, kannte sie.“ Ich be- rufe mich auf meine Beantwortung der Frage: *welche*

„gen, welche heftige Leidenschaft und Begier verstärkt, fallen bey der Todesstrafe weg.“

Strafen Gegenstände des allgemeinen Willens seyn können, welche nicht; besonders S. 138—etc.

Bekkaria fragt: „Worauf gründet sich denn das „Recht, welches sich die Menschen anmaassen ihres „Gleichen zu würgen? Gewiss nicht auf das Recht, „woraus die oberste Gewalt und die Gesetze entspringen. „Sie stellen den allgemeinen Willen vor, und sind das „Resultat des vereinigten Willens aller einzelnen Mitglieder. Ist aber wohl ein einzelner Mensch zu denken, der andern Menschen das Recht einräumen „würde, ihm das Leben zu nehmen? Kann man wohl „voraussehen, daß unter dem möglichst geringen Theile der Freyheit, den jeder aufopfern *wollte*, die Aufopferung des größten Gutes, des Lebens begriffen „sey? Gesetzt aber, es wäre dem also, wie verträgt „sich denn dieser Grundsatz mit dem andern, daß der „Mensch kein Recht habe, sich selbst zu tödten, welches er doch haben müßte, wenn er es andern, oder „der ganzen Gesellschaft sollte abtreten.“

Man muß von der Wichtigkeit des Zweckes aller bürgerlichen Gesellschaft einen sehr unbestimmten Begriff haben, wenn man behauptet, jeder Theilnehmer derselben wolle nur den möglichst geringen Theil seiner Freyheit aufopfern. Der Vereinigungsvertrag hat, wie ich gezeigt zu haben glaube, gar keinen Sinn, wenn sich nicht mit ihm die Menschen, die ihn schließen, in physischer Hinsicht unbedingt hingeben. Rousseau hat diess so evident gefunden, daß er sich

nicht einmahl die Mühe nimmt, den Beweis dafür aufzustellen. Dafs aber eine solche unbedingte Hingabe hier zulässig, ja Pflicht ist, macht die Unmöglichkeit, auferdem den Zweck des Staats zu erreichen, und die Heiligkeit dieses Zwecks selbst. Rousseau hat auf die letztere nicht sowohl Rücksicht genommen, als auf die Nothwendigkeit des Staates in physischer Hinsicht.

Wenn der Mensch, ohne sein Gewissen zu verletzen; in die Todesstrafen willigen darf, so folgt, dafs der Staat sie anwenden dürfe. Sein Recht beruht auf dem allgemeinen Willen, und in diesem sind die Willen aller Einzelnen enthalten. Ist es aber nicht widersinnig, dafs der in die bürgerliche Gesellschaft eintretende Mensch seinen Willen gegen sich selbst kehrt, dafs er, um zu leben, angelobt sich ermorden zu lassen? hebt nicht das Mittel den Zweck auf?

Der Mensch in der bürgerlichen Gesellschaft mufs aus einem dreyfachen Gesichtspunkte betrachtet werden: 1) als freyes Wesen unter der Herrschaft der Gesetze der moralischen Vernunft; 2) als Mitglied der Staatsverbindung; 3) als ein physisches Wesen, begabt mit Naturtrieben, Naturbedürfnissen u. s. w. Er behält seinen Charakter als moralisches Wesen unverändert; allein der Charakter des Bürgers ordnet sich den eines physischen Wesens unter.

Der Bürger hat als solcher keinen individuellen Zweck, der allgemeine Zweck verschlingt seinen indi-

viduellen Zweck, er wirkt hin auf die Sicherheit des Ganzen, die die Bedingung seiner eigenen ist, und die Sicherheit des Ganzen steht bey ihm nicht seiner eigenen nach, so dass er etwa nur insofern für jene handelte und litte, als er nicht dadurch in grosse Gefahr gerieth; er sieht vielmehr die Sicherheit des Ganzen für seine eigne an; der Charakter des Bürgers unter den Gesetzen der Moralität und des Staats vertilgt die isolirte Individualität des Menschen.

Der Bürger verspricht, gewisse Verbrechen nicht zu begehen, giebt und nimmt gegenseitig das Versprechen an, sich ermorden zu lassen, im Falle der Begehung jener Verbrechen. Die moralische Vernunft muss diese Handlung billigen. Der Bürger gewährt durch dieses Versprechen seinen Mitbürgern das höchste mögliche Zutrauen auf die Festigkeit seiner Treue gegen die Gefahr, und bekommt selbst auch durch das gegenseitige gleiche Versprechen das grösste mögliche Zutrauen auf seine Mitbürger. Gegen sich selbst bekommt er durch seine Einwilligung das grösste mögliche Zutrauen, denn er hat nun den Einfluss seiner Sinnlichkeit auf seinen Willen weniger zu fürchten, da er seinen Mitbürgern das Recht übertragen hat, sein Leben zu vernichten, wenn er gewisse Verbrechen beginge.

Das Mittel hebt also den Zweck nicht auf. Selbsterhaltung *mit* Erhaltung des Ganzen ist der Zweck des Bürgers; diesem Zwecke würde es widersprechen,

wenn der Bürger sich selbst erhielte mit Preisgebung des Ganzen. Er muß vielmehr nach der Natur der Verbindung, in welcher er steht, auf seine individuelle Erhaltung Verzicht thun, wenn dieß die Bedingung der Erhaltung des Ganzen ist. Gewinnt er also vernünftiger Weise die Ueberzeugung, daß die Einwilligung in die Todesstrafe das vollkommenste Zwangsmittel gegen Verbrechen ist, welche dem Staate Gefahr drohen; so ist es Pflicht für ihn, jene Einwilligung zu geben; vernunftwidrig wäre es, wenn er sie nicht gäbe.

Niemand hat den richtigen Gesichtspunkt, aus welchem der Bürger betrachtet werden muß, in Hinsicht dessen, was er für den Staat zu leisten hat, bestimmter angegeben, als Rousseau. Deshalb entscheidet er auch so ganz kategorisch für die Todesstrafen. „Le traité social a pour fin la conservation des contractans. Qui veut la fin veut aussi les moyens, & ces moyens sont inseparables de quelques risques, meme de quelques pertes. Qui veut conserver sa vie aux depens des autres, doit la donner aussi pour eux quand il faut. Or, le citoyen n'est plus juge du peril auquel la loi veut qu'il s'expose, & quand le prince lui a dit, il est expedient a l'etat, que tu meures, il doit mourir, parce que ce n'est qu'a cette condition, qu'il a vecu en sureté jusqu' alors, & que sa vie n'est plus seulement un bienfait de la nature, mais un don conditionnel de l'etat. La peine de mort infligée aux criminels peut etre envisagée à-peu-près sous le meme point de vue: c'est

pour n'être pas la victime d'un assassin que l'on consent à mourir, si on le devient. Dans ce traité loin de disposer de sa propre vie, on ne songe qu'à la garantir & il n'est pas à presumer qu'aucun des contractans prémédite alors de se faire pendre. D'ailleurs tout malfaiteur attaquant le droit social devient par ses forfaits rebelle & traître à la patrie; il cesse d'en être membre en violant ses loix, & même il lui fait la guerre. Alors la conservation de l'Etat est incompatible avec la sienne; il faut qu'un des deux périsse & quand on fait mourir le coupable, c'est moins comme citoyen que comme ennemi.

Die meisten Vertheidiger der Todesstrafen leiten das Recht des Staats zu denselben von dem dem Staate durch die Einzelnen übertragenen Rechte sie zu vertheidigen, her, einem Rechte, von welchem man annimmt, daß es auf Leben und Tod geht.

„Im Stande der Natur,“ sagt *Mably*: „habe ich das Recht, den zu tödten, der mein Leben in Gefahr setzt, und dieses Recht habe ich beym Eintritt in die Gesellschaft der Obrigkeit übertragen, und warum sollte sie sich dessen nicht bedienen? Die Bürger haben den Gesetzgebern kein Recht übertragen, mit ihrem Leben nach Belieben zu spielen; das wäre wider sinnig und ungültig gewesen; aber sie verlangten, daß der Gesetzgeber über ihre Sicherheit wachen, und mit dem Schwerdte in der Hand die ihnen drohenden Gefahren abwenden, oder sie gegen verderbliche Feinde von innen vertheidigen solle.“

Filangieri sagt: „der Mensch hat im Naturstande
 „ein Recht auf das Leben; er kann zwar nicht auf die-
 „ses Recht Verzicht thun, aber wohl kann er sich des-
 „sen durch sein Verbrechen verlustig machen. Alle
 „Menschen haben in diesem Zustande das Recht, die
 „Verletzung der Naturgesetze zu bestrafen, und wenn
 „diese Verletzung den Uebertreter des Todes schuldig
 „gemacht hat, so kommt einem Jeden das Recht zu,
 „ihm sein Leben zu nehmen. Nun ist aber dieses Recht,
 „das im Stande der natürlichen Freyheit Einer über
 „alle, und Alle über einen hatten, das nähmliche,
 „was durch den gesellschaftlichen Vertrag dem Staate
 „übertragen, und dann in die Hände des Regenten
 „übergeben worden ist. Folglich fließt dieß Recht
 „des Regenten, die Todesstrafe zu erkennen, so wie
 „auch jedes andre, nicht aus der Uebertragung derje-
 „nigen Rechte, die ein Jeder über sich allein hatte,
 „sondern aus der Abtretung derjenigen, die jedem über
 „die Andern zustanden. Indem ich aber das Recht,
 „das ich über das Leben eines andern hatte, in die
 „Hände des Regenten niedergelegt habe, ist ihm auch
 „zu gleicher Zeit von den Andern dasjenige übertragen
 „worden, was ihnen über mein Leben zukam, und
 „so müssen nun, ohne daß ich dasjenige Recht aufge-
 „geben hätte, das mir selbst über mein Leben zustehen
 „kann, sowohl sie als ich uns auf gleiche Weise den
 „Verlust unsers Lebens gefallen lassen, wenn wir uns
 „solche Vergehungen zu Schulden kommen lassen,
 „worauf die Gesetzgebende Gewalt die Todesstrafe ge-

„setzt hat.“ „An dem Rechte des Gesetzgebers,“
 sagt Gmelin: „läßt sich mit Grund niemals zweifeln.
 „Ihm ist die Pflicht aufgetragen, für Wohl und Sicher-
 „heit des Staats zu wachen; ihm ist von der ganzen
 „Gesellschaft die Gewalt zugetheilt, Alles, was der
 „Wohlfahrt und Sicherheit des Staats zuwider ist, zu
 „entfernen; ihm sind von der ganzen Gesellschaft die
 „Mittel und Wege zugestanden, auf welchen er jenen
 „Endzweck erreichen kann. Findet also der Gesetz-
 „geber, daß er Verbrechen, welche dem Staate äußerst
 „nachtheilig sind, nicht anders, als durch Bedrohung
 „der größten Uebel, nämlich Todesstrafen, abwen-
 „den kann, so müssen ihm auch diese erlaubt, und er
 „zu Anordnung und Vollziehung derselben berechtigt
 „und verbunden seyn. Darf er den Feinden des Staats
 „gewafnete Heere von Tausenden entgegen stellen,
 „und nicht nur des Feindes, sondern auch seiner Un-
 „terthanen Leben auf das Spiel setzen, um seine Rechte
 „zu vertheidigen, wie viel mehr wird er gegen einen
 „groben Verbrecher, der immer als der schlimmste
 „Feind des Landes, wo er sich vergangen hat, anzu-
 „sehen ist, um vor ihm und andern seiner Art sicher
 „zu seyn, die Schärfe des Schwerdes gebrauchen dür-
 „fen! Daß der Staat, einen Feind zu tödten, berech-
 „tigt sey, bey dessen Leben die Bürger in Gefahr sind,
 „das Ihrige zu verlieren, ist noch von Niemanden be-
 „stritten worden. Wenn ich mir also einen Verbre-
 „cher vorstelle, dessen Handlung beweist, daß bey
 „seinem Leben der Staat und einzelne rechtschaffne

„Bürger den größten Gefahren ausgesetzt wären; dessen
 „Handlung, wenn sie nicht auf das Ernstlichste, mit
 „dem Tode bestraft würde, auch Andre zur Nachah-
 „mung reizen, und also den Staat und einzelne Bür-
 „ger den größten Gefahren aussetzen würde, so glaube
 „ich, daß der Staat kein Bedenken tragen darf, die
 „Todesstrafe zu vollziehen. Hat jeder einzelne
 „Mensch von Natur das Recht, sein Leben und seine
 „Güter durch den Tod des Angreifers zu vertheidigen,
 „und sich damit in Sicherheit zu stellen, wie viel
 „mehr muß dem Oberhaupte des Staates, welchem alle
 „einzelne Mitglieder ihre Vertheidigung und die Be-
 „sorgung ihrer Sicherheit aufgetragen haben, das Recht
 „zustehen, die Verletzung des Staats und einzelner
 „Mitglieder desselben, wo kein andres Mittel hinläng-
 „lich ist, durch Todesstrafen zu sichern.“

Diese, und alle ähnliche Beweise enthalten, ihrem
 Wesentlichen nach, Wahrheit; nur nicht auf das be-
 stimmteste ausgedrückt. Das Problem der bürgerlichen
 Gesellschaft ist: daß Menschen sich den sichern Genuß
 ihrer Rechte dadurch erwerben, daß sie eine Verbin-
 dung errichten, wo jeder für das Ganze alle seine phy-
 sischen Güter aufzuopfern verspricht. In diesem Ver-
 sprechen ist auch die Einwilligung enthalten, sich sein
 Leben nehmen zu lassen, im Fall man gewisse Verbre-
 chen begienge, welche dem Ganzen gefährlich sind,
 und von welchen Alle annehmen, daß nur durch die
 Todesstrafe von ihnen abgeschreckt werden könne.

Durch dieses Versprechen hat der Staat das Recht, für seine Selbsterhaltung das Leben einzelner Verbrecher aufzuopfern.

Viele leiten das Recht des Staates, Todesstrafe anzuordnen, von dem Rechte der Nothwehr her, welches nach dem Vereinigungsvertrage dem Staate zukomme. *Gmelin* erinnert dagegen, daß nach schon begangnem Verbrechen die Nothwehr nicht mehr Statt habe. *Erhard* erwiedert in einer Anmerkung zu dieser Stelle (Anh. des 1. Th. von Pastoret. S. 309.) „Etwas ähnliches mit der Nothwehr im Naturstande „haben unsre Todesstrafen allerdings. Die Absicht „derselben ist nämlich nicht, den Beleidigten mit der „Todesstrafe zu vertheidigen. Nach verübtem Verbrechen und schon zugefügtem Schaden läßt sich „Nothwehr, welche eine Art der Vertheidigung zu „Abwendung einer noch nicht geschehenen Beleidigung „ist, nicht gedenken. Allein man betrachte einmahl die „Sache aus diesem Gesichtspunkte. Der Gesetzgeber „hält dafür, eine gewisse, dem Staate äußerst schädliche Handlung könne nicht anders verhütet werden, „als wenn wider dieselbe die Todesstrafe verordnet, „und an dem Thäter vollzogen werde; also die künftige Sicherheit des Staats und einzelner Bürger könne „nicht anders, als durch die Todesstrafe erreicht, das „Wohl des Staats, das Leben einzelner Bürger könne „nicht anders, als durch den Tod des Verbrechers „vertheidiget werden, also ist Todesstrafe eine noth-

„wendige Vertheidigung, eine wahre Nothwehr.“ Ich glaube, daß ich ganz dieselbe Ansicht der Sache gegeben habe, wenn ich S. 147 148. sage: „das Recht „der Todesstrafe sey ein Recht der Nothwehr, nicht „der Nothwehr gegen den Verbrecher, sondern gegen „den freyen Willen aller übrigen Bürger, von deren „größern Menge zu befürchten steht, daß sie dem „Beyspiele des Verbrechers folgen, wenn sie nicht „durch die Todesstrafe abgeschreckt werden.“ Für den einzelnen Menschen wäre natürlich eine solche Nothwehr widersinnig, aber sie ist es nicht für den Staat. Der einzelne Mensch kommt nicht in die äußerste Gefahr, wenn z. B. ein Anderer einen Andern ermordet. Allein wenn im Staate durch seine Bürger denen so heiligen Verträgen zuwider, wodurch sie sich verbunden haben, Verbrechen dieser Art erfolgen, so kann man sagen, daß der Staat dadurch in den Zustand der Noth versetzt wird, wiefern nämlich durch die verführende Kraft des Beyspiels jene Verbrechen vervielfältigt werden können. Daß die in den Staat eintretenden Menschen diesen Gesichtspunkt anerkennen, und erklären, daß in jedem solchen Falle der Staat, als im Zustand der Nothwehr anzusehen sey, ist weit entfernt, eine vernunftwidrige Vorstellungsart zu seyn.

Für den Ausdruck *Nothwehr* will ich übrigens nicht streiten. Er kann durch passendere ersetzt werden. *Nothwehr* tritt im aufergesellschaftlichen Stande dann ein, wenn ein Mensch gegen einen Menschen sein Un-

recht ins Unendliche fortsetzt, und dadurch den andern bestimmt, seine Vertheidigung auf das Aeufserste zu treiben. Ist der Angriff auf das Leben gewagt, so entsteht die äußerste Noth, und der Angegriffene ist durch dieselbe berechtigt zur äußersten Nothwehr, dieß heist, er darf sich gegen jenen Angreifer vertheidigen ohne alle Rücksicht, ob er dabey umkomme oder nicht.

Eine Nothwehr in diesem Sinne kann in Beziehung auf den Staat nicht gemeynt seyn, dessen Leben, und die nothwendigen Bedingungen desselben aus einem ganz andern Gesichtspunkte betrachtet werden müssen, als das Leben des Einzelnen und die Vertheidigungsmittel desselben.

Der neueste, und gewiss einer der scharfsinnigsten Bearbeiter dieses Gegenstandes ist Herr Cäsar, in der angef. Abh. über den Zweck der Strafen. Es kann nicht anders als interessant seyn, auch auf seine Ideen noch einige Blicke zu werfen. „Einem Menschen das „Leben zu nehmen,“ sagt er: „kann selbst in dem „Falle einer erlittenen Beleidigung überhaupt, nur in „dem Rechte der Nothwehr gegründet seyn, in einem „solchen, wo man nicht mehr auf die Mittel bedacht „seyn kann, *sicher* zu leben, und das seinige ungestört „zu genießen, sondern blos darauf, *zu leben*. Das „Gesetz, niemanden zu tödten, so lange man nicht „selbst in Gefahr ist, umzukommen, ist das ursprüng- „lichste Gesetz der Natur, welches durch alle hypothe- „tische Zustände nicht abgeändert werden kann, und

„ohne welches alle Ordnung und Sicherheit unter den
 „Menschen aufgehoben wären. — Ganz anders, wenn
 „der Beleidiger dem Beleidigten Genugthuung anbiethet,
 „oder, wenn dieser jenen bereits entwafnet, und in einen
 „Zustand versetzt hat, in welchen ihm der Beleidiger
 „nicht mehr schaden kann. So wie die Furcht von
 „dem andern getödtet zu werden, oder überhaupt selbst
 „umzukommen, verschwindet, so verschwindet auch
 „das Recht ihn zu tödten, und einen schon in Fesseln
 „geschlagenen Feind umbringen, ohnerachtet man ihn,
 „ohne selbst in Gefahr zu kommen, beym Leben er-
 „halten kann, ist nicht weniger ungerecht, als, wenn
 „man einen ganz unschuldigen beraubt oder umbringt.
 „Das Gesetz der Natur verlangt von dem Beleidiger
 „nicht mehr, als daß er den zugefügten Schaden auf
 „alle Arten, die nur in seiner Gewalt sind, ersetze,
 „aber es verlangt nicht von ihm, daß er zur Schadlos-
 „haltung auch sein Leben mit anbiethet. Wir wollen
 „dies auf das gesellschaftliche Verhältniß anwenden.
 „Man denke sich zuerst einen Oberherrn mit einem
 „*einzelnen* Unterthanen. Dieser hat jenem das Recht,
 „ihm Gesetze vorzuschreiben, und auf die Uebertre-
 „tung derselben Strafen anzudrohen, vertragsmäßig
 „zugestanden. Wie weit wird hier nun wohl das Recht
 „der Oberherrschaft von der einen Seite, und die Ver-
 „bindlichkeit der Unterwerfung von der andern gehen?
 „Wird sich die Oberherrschaft und die Unterwerfung
 „auch auf den außerordentlichen Zustand erstrecken?
 „Kann es in diesem auch wohl noch Oberherrn und

„Unterthanen geben? oder setzen Oberherrschaft und
 „Unterwerfung nur immer einen ordentlichen Zustand
 „voraus? da der außerordentliche Zustand alsdann ein-
 „tritt, wenn die Erhaltung unsers Lebens mit der Be-
 „folgung des Gesetzes der Gerechtigkeit, oder der
 „äußern Sicherheit unverträglich ist, kein Mensch
 „aber einem andern das Recht geben kann, ihn im
 „Fall einer an dem andern verübten Beleidigung zu
 „ermorden, so folgt, daß in einem solchen außeror-
 „dentlichen Zustande, ein Oberherr, *als solcher*, und
 „ein Unterworfener, *als solcher*, undenkbar sind. Ober-
 „herrschaft also, so wie Unterwerfung, finden blos
 „im ordentlichen, aber nie im Zustande der äußersten
 „Noth statt. Freylich ist die Uebertretung der Gesetze
 „eine dem Gesetzgeber zugefügte Beleidigung; und
 „nach dem äußerlichen Rechte ist jeder Beleidigte den
 „Beleidiger, so lange dieser entweder durch Gegen-
 „wehr die Schadloshaltung verweigert, oder durch
 „die genommene Flucht sie unmöglich zu machen
 „sucht, zu tödten befugt. Aber so wie das Recht zu
 „tödten, gegen den Beleidiger aufhört, sobald dieser
 „zu einer ihm möglichen Genugthuung bereit ist; so
 „würde es auch äußerst ungerecht von dem Oberherrn
 „gehandelt seyn, wenn er seinen Unterworfenen, ob
 „dieser gleich zur möglichen Genugthuung und Er-
 „duldung einer gerechten Strafe bereit ist, dennoch
 „obendrein tödten wollte. Freylich geht die Verbind-
 „lichkeit eines Unterworfenen gegen seinen beleidig-
 „ten Oberherrn, und die Rechte dieses gegen jenen

„in Rückficht auf die Genugthuung weiter, als dieses
 „im Stande der natürlichen Unabhängigkeit der Fall
 „seyn kann. Wenn in diesem der Beleidigte mit dem
 „Ersatz seines erlittenen Schadens, und der nöthigen
 „Sicherheit für die Zukunft zufrieden seyn muß, so
 „ist hingegen der Unterworfene auch noch die durch
 „das übertretene Gesetz ihm angedrohte Strafe auszu-
 „stehen schuldig; denn indem er dem Oberherrn mit
 „der Oberherrschaft zugleich das Strafrecht zugestand,
 „nahm er zugleich die Verbindlichkeit auf sich, im
 „vorkommenden Falle sich der Strafe zu unterwerfen.
 „Aber weiter als seine mögliche Verbindlichkeit zur
 „Strafe reicht, weiter kann auch das ordentliche Recht
 „des Oberherrn in Androhung und Zufügung der Stra-
 „fe nicht reichen. Iener kann nie äußerlich verbunden
 „seyn, sich sein Leben nehmen zu lassen, dieser kann
 „also auch nie, ohne selbst in äußerster Noth zu seyn,
 „das Recht haben, seinen Unterworfenen den Tod
 „anzudrohen. Thut ers, so gesteht er dadurch zugleich
 „selbst, daß er zwar in diesem Falle ein außerordentli-
 „ches Recht gegen den Uebertreter zu haben glaube,
 „der Unterworfene hingegen keine äufre Verbindlich-
 „keit, die Strafe zu erdulden auf sich habe. Wenn
 „dieses wahr ist, so ist leicht einzusehen, daß der Aus-
 „druck *Todesstrafe*, genau genommen, einen wider-
 „sprechenden Angriff enthält. *Strafe* setzt einen or-
 „dentlichen, *Tödtung* einen *außerordentlichen* Zustand
 „voraus. Beydes ist in einem und demselben Zustan-
 „de unverträglich, eines schließt das andre wechselsei-

„seitig aus. Dennoch behalte man, wenn man will,
 „das hergebrachte Wort, *Todesstrafe*, bey, nur gebe
 „man zu, daß diese nie im ordentlichen, sondern nur
 „immer im außerordentlichen Zustande Statt finde, gebe
 „zu, daß das Recht zu tödten, eine entweder schon
 „gegenwärtige, oder doch mit Gewissheit bevorstehen-
 „de äußerste Noth voraussetze. Ueberhaupt kann selbst
 „allgemeine Abschreckung, mit Ausschluss des Uebel-
 „thäters, keinesweges ein gerechter Zweck der Strafen
 „in *dem* Falle seyn, wo der Verbrecher ohne Nachtheil
 „der Gesellschaft und jedes Einzelnen, in dieselbe mit-
 „eingeschlossen werden kann. Diefs kann eben so
 „wenig dann der Fall seyn, wenn der Nachtheil nur
 „so beschaffen ist, daß dabey weder für Alle, noch
 „für Einzelne ein Zustand der äußersten Noth eintritt.
 „Allgemeine Abschreckung durch die Tödtung des
 „Uebelthäters kann zwar nur dann Zweck des Oberherrn
 „seyn, wenn *ohne jene Abschreckung* für die Gesell-
 „schaft, oder für die einzelnen Bürger, ein Zustand der
 „äußersten Noth zu befürchten stünde, und wenn dieselbe
 „durch nichts, als durch die Hinrichtung des Uebel-
 „thäters zu erreichen wäre. Allein die erste Bedin-
 „gung ist gemeiniglich schwer zu erweisen; zum
 „wenigsten fällt der eigentliche Begriff der Strafe, wel-
 „cher nur immer den ordentlichen Zustand voraussetzt,
 „und mit ihm die Verbindlichkeit des Uebelthäters zur
 „Erduldung der Strafe weg.“

Daß es im aufergesellschaftlichen Zustande kein
 Recht geben kann, seinen Mitmenschen die Todes-

strafe zuzufügen, gebe ich um so bereitwilliger zu, da nach meinen Grundsätzen, alles unter Menschen gültige Strafrecht Vertrag voraussetzt *). Allein die Grün-

*) Herr C. scheint ein Recht des Menschen den Menschen zu strafen, auch in aufergesellschaftlichen Zustände anzunehmen, und überhaupt die Befugniss des Beleidigten weiter auszudehnen, als es die Grundsätze des Naturrechts zulassen. „Man denke sich,“ sagt er: „zwey Menschen im aufergesellschaftlichen Zustande, der eine beleidigt den andern. Welche Rechte stehen nun dem Beleidigten gegen den Beleidiger zu? Wenn die Beleidigung einmahl außer Zweifel gesetzt, und also der Wille zu beleidigen hinlänglich absichtlich ist, so ist der Beleidigte nach dem äußerlichen Rechte füglich befugt, den Beleidiger sogar zu tödten. Denn nichts ist natürlicher, als zu erwarten, daß derjenige, der mich mit Wissen und Willen in dem ruhigen Besitze des Meinigen stöhr, sich auch gegen meine gerechte Gewalt zur Wehre stellen, und mich dadurch in den Zustand der äußersten Noth bringen werde. Nun ist aber von Seiten des Beleidigten keine äußere Verbindlichkeit vorhanden, diese Gefahr erst abzuwarten; folglich kann ich alle Mittel gebrauchen, jene Gefahr von mir abzuwenden, kann den sich wehrenden, oder auch entfliehenden Feind tödten, um nicht selbst in Gefahr zu kommen, getödtet zu werden.“ Hier scheint es mit den Gesetzen der Gerechtigkeit unvereinbar, das Recht, sich gegen einen, wenn auch noch so wahrscheinlichen Angriff in Sicherheit zu setzen, so weit zu treiben. Das Recht, mich gegen den andern auf Tod und Leben zu vertheidigen, kann ich nur dann haben, wenn er mich auf Tod und Leben angreift. Am aller-

de, durch welche Herr C. über die Rechtmäßigkeit der Todesstrafen in der bürgerlichen Gesellschaft entscheidet, können mich nicht überzeugen. Herr C. giebt dem Menschen auf einer Seite mehr Recht, als er hat, auf der andern weniger. Tödten kann ich nach ihm in jedem Falle, wo die Tödtung des andern das einzige Mittel meiner Selbsterhaltung ist, aber ich habe nach ihm kein Recht, dem andern zu versprechen, mich im Fall einer verübten Beleidigung ermorden zu lassen. Allein wie will er beweisen, daß die Entreißung des Lebens eines Unschuldigen ein rechtmäßiges Mittel meiner Selbsterhaltung seyn könne, wie beweisen, daß ich dem andern in keiner für Menschen möglichen Verbindung das Recht übertragen könne, mich zu ermorden? Ich gestehe zu, daß diese Uebertragung nicht in jeder Verbindung gültig seyn könne; glaube aber bewiesen zu haben, daß sie im Staate, wegen der Wichtigkeit seines Zweckes für die Menschheit Statt finde. Auf diesen Zweck, und seine Wichtigkeit

wenigsten würde ich je in folgende Behauptung Herrn C. einstimmen. „Auch dann schon kann ein Mensch den „andern, auch den unschuldigsten, in dem ruhigen Besitze des Seinigen, ohne Ungerechtigkeit stören, kann „ihn sogar tödten, sobald jene Störung, oder dieser „Mord das einzige mögliche Mittel ist, sein eignes Daseyn zu retten, kann in einem solchen außerordentlichen Zustande alles, ohne Verletzung des Gesetzes der „äußern Sicherheit thun, was in dem gewöhnlichen Zustande äußerst ungerecht seyn würde.“

scheint mir Herr C. viel zu wenig Rücksicht genommen zu haben.

Nicht in jeder äußersten Noth darf ich *den* tödten, durch dessen Ermordung ich mein Leben rette, ich darf nur denjenigen Menschen tödten, der mich durch seinen Angriff in die äußerste Noth versetzt. Der Staat ist dann in der äußersten Noth, wenn er seinen Tod, d. h. die Auflösung der Verbindung, und Vernichtung der Form der Gesellschaft fürchten muß. In dieser Situation darf er denjenigen, oder diejenigen, die ihn in solche Gefahr setzen, unfehlbar ermorden, und dieß schon nach der allgemeinen Berechtigung, die jedem bis auf diesen Grad Angegriffenen zukommt. Allein der Staat hat durch die Einwilligung der Bürger mehr Vertheidigungsrecht, als der einzelne außer der Gesellschaft lebende Mensch, er darf sich für befindlich im Zustande der äußersten Noth erklären, auf die bloße Wahrscheinlichkeit, daß sie, wenn er nicht Vorbauungsmittel brauche, herannahe. Die in bürgerliche Gesellschaft tretenden Menschen haben die volle Befugnis, unter sich enig zu werden, in welchen Fällen dieß geschehen solle, und kommen sie unter sich überein, daß es geschehe, wenn gewisse Verbrechen begangen werden, so verletzen sie keine Pflicht, wenn sie versprechen sich tödten zu lassen, im Falle sie die Verbrecher wären.

Wenn der Staat sich durch das Verbrechen eines Bürgers, der Erklärung des allgemeinen Willens zu

Folge, im Zustande der Nothwehr befindet, so sind dann keinesweges die Begriffe *des Oberherrn* und *des Unterworfenen* ungedenkbar. Vielmehr tritt dann die Wirkung der *Oberherrschaft* in ihrer vollen Kraft ein, mit ihr alle gesetzmäßige Folgen der Unterwerfung. Ist in der Unterwerfung die Einwilligung in die Todesstrafen begriffen, so ist der Oberherr verpflichtet, dieselbe anzuwenden, die verbrecherischen Unterthanen verpflichtet, es ohne Widersetzung zuzulassen. Der Trieb zu leben kann den Unterthanen nicht berechtigen, seine Pflicht gegen den Staat, welche ihrem Grunde nach von jenem Triebe unabhängig ist, entgegen zu handeln.

Herr C. behauptet: „allgemeine Abschreckung mit Auschluss des Uebelthäters, könne keinesweges ein gerechter Zweck der Strafe in *dem* Falle seyn, wo der Verbrecher ohne Nachtheil der Gesellschaft, und jedes Einzelnen in dieselbe mit eingeschlossen werden kann.“ Ich glaube S. 132. 133 einleuchtend gezeigt zu haben, ob und wiefern sich die Abschreckung, welche bey einer Strafe beabsichtigt wird, auf den Verbrecher selbst bezieht, oder nicht. Wenn Herr C. sagt, „dass eine solche Abschreckung dann nicht Statt finden könne, wenn der Nachtheil nur so beschaffen ist, dass dabey weder für Alle noch für Einzelne ein Zustand der äußersten Noth eintritt, allerdings aber, wenn dies der Fall ist, und dann die Abschreckung nur durch die Hinrichtung des Uebelthäters erreicht werden kann,“

so glaube ich, der Staat würde sehr zweckwidrig handeln, wenn er die hier gemeinte äußerste Noth herannahen liesse, und nicht vielmehr im voraus die gemessensten Maasregeln nähme, um sie unmöglich zu machen, und eben deshalb auch zweckwidrig, wenn er nicht der überwiegenden Wahrscheinlichkeit folgte, dass die Todesstrafe für die grössere Menge der Menschen immer das wirksamste Abschreckungsmittel ist.

II.

Ueber das Verhältniß des Oberherrn zu den Gesetzen des Staates.

Die Entwicklung der Grundverträge aller bürgerlichen Gesellschaft hat mich zu der Behauptung geführt, mit welcher ich den ersten Theil geschlossen habe: *daß nämlich die Unterwerfung der Unterthanen in unbedingter Zuversicht auf die Gerechtigkeit des Oberherrn geschieht, daß er nur durch sein Gewissen gebunden ist, daß die Gesetze für ihn nur als Erklärungen des allgemeinen Willens, oder als Erklärungen seines eignen, dem allgemeinen Willen gemäß wollenden Willens gelten, daß die zwingende Kraft derselben auf ihn keine Beziehung hat.* (S. 160. c. 8. §. 9.) Ich habe den Beweisgrund für diese Behauptung aus dem vollständigen Begriffe eines Gesetzes geführt, und es bedarf wohl auch nur der Analyse davon, um sich von der Wahrheit jener Behauptung zu überzeugen.

Als ich mit mir selbst bereits über diesen Theil meines Systems einig war, kam mir die Schrift des Herrn Schnaubert zu Gesicht: *Dissertatio iuris publici de principe legibus suis obligato*, deutsch übersetzt von Herrn Hagemeister, unter dem Titel: Auch der Regent ist an die von ihm gegebenen Gesetze gebunden. Rostock 1795. Der Verf. stellt zuvörderst den einzig rechtmäßigen Grund aller Oberherrschaft dar, und leitet daraus folgende Sätze her:

1. Die

1. Die Wohlfahrt *aller im Volk* ist das höchste Gesetz für den Regenten, und alles, was nicht *Mittel* zur Erreichung oder Beförderung dieses Zweckes seyn kann, liegt außerhalb der Grenzen der Staatsgewalt, und was über diese Grenzen hinaus vom Regenten vorgenommen wird, ist nichtig. Es versteht sich jedoch, daß ein Regent, der sich bestrebt, jenen ihm vorgesetzten Zweck zu erreichen, die Vermuthung für sich habe, wenn es gleich auch Fälle geben kann, wo diese Vermuthung der Wahrheit weicht, oder von einer dringenderen Vermuthung überwogen wird.
2. Alle vom Regenten, vermöge der Staatsregierung, vollzogene Handlungen, sind als Handlungen der ganzen Nation anzusehen, und sie müssen von eben der Kraft seyn, als wenn sie wirklich von einer allgemeinen Volksversammlung herrührten, ein Grundsatz, der reich an Folgen ist, die sich durch das ganze Gebiet des Staatsrechts erstrecken.
3. Bey dem Regenten ist eine doppelte Person zu unterscheiden, erstens die des *Herrschers*, insofern er die Staatsregierungsrechte ausübt, und dann die eines *Privatmannes*, eines Mitbürgers und Menschen nämlich, und zwar nach verschiedenen Verhältnissen, als Pacifcenten, als Ehegatten, als Familiengliedes. Die erste Eigenschaft kommt ihm in Hinsicht auf den Staat und

das Volk zu, und ist eine öffentliche, die indem er das Staatsruder führt, zu seiner Eigenschaft als Privatmann hinzukommt, in dem Staatsgrundvertrage ihre Quelle hat, und eben daher diese letztere Eigenschaft, die des Privatmannes nämlich, nicht aufhebt, sondern vielmehr mit ihr in einem und demselben Subiekt existirt.

4. ergiebt sich hieraus der ächte und wahre Grund der *Unabhängigkeit* und *Freyheit* des Regenten. Diese Unabhängigkeit entspringt nämlich aus der Unabhängigkeit des freyen Volks, welches der Regent repräsentirt, und aus der Staatsgewalt, welche ihm von jenem übertragen ist.

Hiernach können auch die *Gränzen* dieser Unabhängigkeit und Freyheit leicht bestimmt werden. Das Verhältniß gegen *nicht Staatsgenossen* erhellet hieraus von selbst, und in seinem Staat kann der Regent hiernach weder gezwungen noch gestraft werden. Die *allgemeine Kraft der gesetzgebenden Gewalt* aber, die nicht erst irgend ein specielles Faktum von Seiten der Regierung *in Rücksicht der Einzelnen* erfordert, sondern ganz *ohne dergleichen von selbst* eintritt, erstreckt sich allerdings auch auf den Regenten, als Genossen des Staats. Es fehlt auch nicht an sonstigen Beyspielen, daß zwar eine Verbindlichkeit vorhanden ist, der Verbundene aber dennoch *zufälliger Weise* weder gezwungen noch gestraft wer-

den kann. Dafs endlich auch der Regent, nachdem er aus gerechten Ursachen der Regierung von der Nation entsetzt ist, wegen der *vorhergegangenen Regierungshandlungen* in Ansprüche genommen, und nach erfolgter Verurtheilung dem Zwange und nun sogar der Strafe unterworfen werden könne, davon bin ich vollkommen überzeugt.“

Mit diesen Sätzen hängt die Hauptfolgerung zusammen, dafs der Regent nicht blos durch die Grundgesetze gebunden ist, welches sich von selbst versteht, sondern durch diejenigen Gesetze, welche von allen Arten der Staatsgenossen wegen des gemeinen Wohls aller zu beobachten, und deren verbindende Kraft durch die besondern, einer gewissen Klasse von Staatsbürgern eigenen Rechte nicht eingeschränkt ist.

In Hinsicht der ersten beyden Punkte bin ich mit dem scharfsinnigen Verfasser dieser Abhandlung ganz einverstanden, nur dafs ich glaube, sie können und müssen bestimmter ausgedrückt werden. Der Oberherr, welcher nur durch den allgemeinen Willen ist, was er ist, hat als Oberherr keinen andern Zweck, als den, welchen jener allgemeine Wille selbst hat, dieser ist: die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer durch den allgemeinen Willen bestimmten Form. Bedient man sich hier des Ausdrucks *Wohl*, so bezeichnet es nichts anders als jene Erhaltung. Die Grundgesetze der Gesellschaft, welche die durch den

allgemeinen Willen bestimmte Form der Gesellschaft ausdrücken, sind, was die Naturgesetze für die wirkliche Welt sind, sind nothwendig und unabänderlich. So wie ein Widerspruch gegen diese Gesetze im Gebiete der Erscheinungen physisch unmöglich ist; so ist eine Verletzung jener Grundgesetze der bürgerlichen Gesellschaft moralisch unmöglich, d. h. durch die Principien des Rechtes schlechterdings verbothen. So gebunden als der Wille des Oberherrn durch diese Grundgesetze ist, so frey ist seine Urtheilskraft in der Entscheidung über einzelne Fälle nach jenen Grundgesetzen. Man kann im Staate, Stände, Kollegien, einzelne Personen anordnen, welche mit der Wirklichkeit seiner Urtheilskraft die der ihrigen verknüpfen. Diese können seine Einsicht unterstützen, ihr zu Hülfe kommen, ihren Verirrungen entgegenwirken; allein die Entscheidung bleibt immer bey ihm, ausserdem wäre er nicht wahrer Oberherr. Ich möchte die Form der Wirkungen des Willens und der Urtheilskraft des Oberherrn mit einem Kreise vergleichen; sein Mittelpunkt ist der in den Grundgesetzen ausgedrückte allgemeine Wille; er selbst beseelt gleichsam diesen Mittelpunkt; alle Radien, die er seiner Vollmacht zu Folge zieht, müssen wirklich vom Mittelpunkte ausgehn, allein es hängt lediglich von ihm ab, welche von allen möglichen er gerade ziehen will. Was er den Grundgesetzen der Gesellschaft gemäß verfügt, muß als Handlung der ganzen Gemeinheit angesehen werden.

Was den dritten Punkt anbelangt, so unterscheide ich *den Herrscher* und *den Menschen*. *Der Herrscher* ist ein durch Verstand und Urtheilskraft geleiteter Wille, welcher nach den Grundgesetzen der Gesellschaft über die Angelegenheiten des Staats entscheidet. *Der Herrscher*, als solcher, kann nicht die ganze Rolle *eines Menschen* spielen, so wie er nach dem natürlichen freyen Spiele seiner Kräfte wirken würde. Er muß manche selbst edle Neigung, ja manche Pflicht des bloßen Menschen vergessen, um zu seyn, was er seyn soll. *Der Mensch* darf von seinen Rechten nachlassen, *der Herrscher* darf es nicht; uneibittlich, wie das Schicksal, muß er jedes Recht durchsetzen, welches er hat, wenn es auch mit Verläugnung der Gefühle geschähe, welche dem Herzen des Menschen die theuersten sind.

Das einzige, was er aus der Natur des durch keinen solchen Vertrag gebundenen Menschen in die Sphäre seiner Wirksamkeit vollständig und rein hinübernimmt, sind die Principien einer strengen Gerechtigkeit. Alles übrige muß sich nach seiner Herrscherpflicht modificiren, er muß seinen Sohn morden lassen, wenn diese es fordert.

So ist *der Herrscher* in *der Demokratie*, *Aristokratie* und *Monarchie* vom bloßen Menschen verschieden.

Der Oberherr, als Oberherr, ist nicht zugleich auch *Bürger*. Der Charakter des Oberherrn verschlingt den des *Bürgers*.

Dieſs gilt gewiſſermaaſen von allen Formen der Regierung. Der Inbegrif, oder die Pluralität der Ariſtokraten, oder der demokratiſchen Repräſentanten, kann in dem Momente, wo ihre Urtheilskraft und ihr Wille entſcheidet, nicht ohne Widerſinn als Bürger angeſehen werden. Allein da es vom Zufalle abhängt, ob in einem vorkommenden Falle der ganze Inbegrif, oder die Pluralität, und, wenn das letztere, welche Pluralität entſcheide, ſo behalten die einzelnen Ariſtokraten und Repräſentanten den Charakter der Bürger bey.

Bey der ganzen Unterſuchung kann alſo eigentlich nur von dem Oberherrn in der Monarchie die Rede ſeyn.

Unter *Bürger* wird im Gegenſatze des Oberherrn der *Unterthan* verſtanden. *Unterthan* aber iſt der Bürger, wiefern er zu denen von ihm verſprochenen Leiſtungen für den Staat, ſeiner Unterwerfung zu Folge gezwungen werden kann, und gezwungen werden muß.

Der Unterthan ſteht unter den Grundgeſetzen der Geſellſchaft, als welche die Form des Staats und das Verhältniß des Bürgers zu demſelben im Allgemeinen beſtimmen; und im beſondern ſteht er unter den bürgerlichen Geſetzen, die aus den Grundgeſetzen abgeleitet ſind. Er ſteht unter beyden, nicht bloß als *Erklärungen* des allgemeinen Willens, ſondern auch als *Ankündigungen* der mit ihnen verknüpften Nothwendigkeit, ſie nöthigen Falls gewaltsam durchzuſetzen.

Die Grundgesetze der Gesellschaft beziehen sich auf den Oberherrn; sie sind die Norm aller Verfügungen, welche er treffen kann. Er steht also insofern unter ihnen, als alle seine Handlungen ihnen conform seyn müssen; seine Handlungen (als Oberherrn) aber sind alle regierend und vollziehend. Die Principien der bürgerlichen Gesetze sind in ihnen enthalten, sie beziehen sich auf den Oberherrn, wiefern er sie wissen muß, um seine oberherrlichen Handlungen nach ihnen einzurichten.

Der Unterthan muß alle seine äußern Handlungen und Verhältnisse den bürgerlichen Gesetzen gemäß einrichten. Allein für die Bestimmung des Oberherrn im Staate ist es im allgemeinen gar nicht nothwendig, daß seine Handlungen und Verhältnisse mit denen des Bürgers conform seyen. Nur dann müssen sie dieß, wenn außerdem der Zweck zu herrschen nicht erreicht werden könnte; da folgt aber diese Conformität nicht aus den Gesetzen für den Bürger, sondern aus der Natur der Oberherrschaft, und seiner eingegangenen Verbindlichkeit.

Der Staat muß das Erwerbsrecht des Bürgers in vielen Stücken einschränken, gewisse Arten des Gewerbs darf er dem Bürger ganz verbiethen. Es ist nicht nöthig, daß eine solche Einschränkung sich auch auf den Oberherrn beziehe. Der Staat bestimmt die rechtmäßige Form der Ehen des Bürgers, das Verhältniß der Eltern zu den Kindern, die Ordnung der natür-

lichen Erbfolge. Warum sollen alle diese Verfügungen auch auf den Oberherrn ausgedehnt seyn?

Der Oberherr muß die bürgerlichen Gesetze alle wissen, aber sie sind nicht für ihn gegeben. Wenn er bey der Uebnahme der Regierung verspricht, sich in gewissen Stücken selbst nach ihnen zu richten, so thut er dieß nicht, als ob er Bürger wäre, und unter ihnen, als Gesetzen für den Bürger stünde, sondern weil die Gesellschaft, die sich ihm unterwirft, es zur Bedingung der Unterwerfung macht. Verletzt er von dieser Seite sein gegebenes Wort, so trifft ihn nicht etwa der mit den bürgerlichen Gesetzen verknüpfte Zwang, sondern derjenige Widerstand, welchen sich die Unterthanen bey der Unterwerfung gegen seine rechtswidrigen Verfügungen vorbehalten haben. Dieser Widerstand aber ist nicht Strafe.

Dem eben Gesagten zu Folge kann ich nicht anders, als der Meynung derjenigen beytreten, welche das sogenannte Privatfürstenrecht aus dem Staatsrechte ableiten. Dieses Privatfürstenrecht findet indessen nur in der Monarchie Statt. Denn in der Aristokratie sowohl als in der Demokratie ist kein Individuum fortdauernd entscheidender Oberherr, sondern hat nur an der Oberherrschaft in jedem Augenblicke Antheil, wo seine Meynung durchgeht, und realisirt wird. Die Aristokraten und Repräsentanten in der Demokratie also behalten ihren bürgerlichen Charakter unerachtet der Regierung, die ihr Ganzes, oder ihre Pluralität aus-

übt, bey. Von einem Privatfürstenrechte kann also hier gar nicht die Rede seyn. Dieses tritt nur ein, wo ein Individuum ununterbrochen die entscheidende und vollziehende Gewalt hat, d. i. in der Monarchie. Die Privat-Rechte des Monarchen aber sind nicht durch bürgerliche Gesetze bestimmt, sondern zugleich mit in dem Vertrage festgesetzt, durch welchen ihm die Regierung übergeben worden.

„Der Regent ist, als Privatmann und Mitbürger, „durch denselben Staatsvertrag und Verband, wodurch „die übrigen Mitbürger verpflichtet sind, auch verpflichtet, das gemeine Wohl, dessen Ziel das Gesetz ist, „durch Beobachtung desselben nach Möglichkeit zu

*) Herr Schnaubert sagt: „es sey nicht abzusehen, warum das Privatfürstenrecht den Monarchen gerade eigen seyn sollte, da es bey einer aristokratischen Verfassung ebenfalls gedacht werden könne.“ Mit Recht erwiedert Hr. Hagemeister: „da jeder einzelne Aristokrat *blos* Unterthan ist, so dürfte nicht abzusehen seyn, wie in einer aristokratischen Verfassung sich ein Privatfürstenrecht denken liefse.“ Wenn er aber hinzusetzt: „und wollte man etwa die Fälle, wo der ganze Inbegrif derselben, also der Regent mit andern Privatpersonen contrahirt hätte, dahin rechnen, so würde etwas ähnliches, ja selbst auch in einer demokratischen Verfassung statt finden können,“ so scheint er nicht zu bedenken, daß die Individien, deren Inbegrif contrahirt, deshalb doch ihren Charakter als Bürger beybehalten, der Inbegrif aber mit den Verhältnissen von Privatpersonen nichts zu thun hat.

„erhalten und zu befördern. Beleidigend und ehre-
 „kränkend wäre es in der That, zu behaupten, alle
 „übrige Staatsgenossen wären verbunden, durch keine
 „Uebertretung des Gesetzes das Staatswohl zu verletzen,
 „und ihren Mitbürgern Schaden zuzufügen, der Re-
 „gent selbst aber sey von dieser Pflicht des treuen und
 „genauen Gehorsams gegen das Gesetz frey; er könne
 „nach seinem Belieben durch die Nicht-Beobachtung
 „des Gesetzes dem gemeinen Wohl zu nahe treten,
 „oder genieße wenigstens des Vorzugsrechtes, das
 „Gesetz außer Augen zu setzen.“

Die Schlussfolge, auf welche dieses Raisonnement führt, würde in der That bündig genug seyn, wenn die Behauptung gegründet wäre, auf welcher sie ruht. Der Regent kann ohne Widerspruch nicht zugleich auch als Bürger angesehen werden, und die Art, wie er, als Regent, für den Zweck des Staates arbeitet, ist ganz verschieden von der, wie der Privatmann das Wohl desselben befördert. Der Bürger verletzt das Staatswohl, wenn er den bürgerlichen Gesetzen entgegen handelt; allein es folgt nicht, daß der Oberherr es verletze, wenn seine Handlungen in Privatverhältnissen den bürgerlichen Gesetzen nicht conform sind. Ich finde also nichts beleidigendes und ehrenrühriges darin, daß der Zwang der bürgerlichen Gesetze den Bürger, aber nicht den Oberherrn bindet.

Herr *Schnaubert* prüft noch folgende Einwürfe:

1. „Es könne Niemand eine Staatsherrschaft über sich haben, und sich selbst positive Gesetze vorschreiben.“ Allein bey allem Bestreben, den Begriff des Herrschenden und Beherrschten in einem Subjekte zu vereinigen, kann er doch das Widersprechende nicht verbergen, welches darinn liegt.
2. „Das Absehen des Regenten bey einem gegebenen Gesetze ist blos auf seine Unterthanen, nicht aber auf seine eigene Person gerichtet, und über die Absicht des Gesetzgebers hinatus, kann kein Gesetz gelten.“ Was Herr S. erwiedert: „da das Absehen des Regenten auf alle Staatsgenossen gerichtet seyn soll, und wirklich gerichtet ist, so muss auch er allerdings unter die Erklärung seines Willens mit begriffen seyn, damit das Gesetz alle Staatsgenossen zum gemeinsamen Wohl verpflichte.“ fällt weg, wenn der Oberherr ohne Widerspruch unter den Staatsgenossen nicht begriffen werden kann.
3. Den Einwurf, der von der Unabhängigkeit des Regenten hergenommen ist, denn die Unabhängigkeit des Regenten, sagt er: wird durch die Unabhängigkeit der Nation, die er vorstellt, bewirkt, und es lässt auch die Unabhängigkeit, deren der Regent, als Repräsentant einer freyen Nation genießt, nicht auf eine Loszählung der

Person desselben als Privatmannes, von solchen Gesetzen schliessen, an welche jeder Staatsbürger gebunden ist. Wenn man den Begriff der Unabhängigkeit des Oberherrn mit Bestimmtheit aus einander setzt, so zeigt sich, scheint mir, mit vollkommener Evidenz, dass der Regent als den bürgerlichen Gesetzen unterworfen nicht betrachtet werden könne, ohne den Begriff des Oberherrn, oder den des Bürgers zu zerstören.

Ich übergehe die von Herrn S. versuchte Widerlegung einiger anderer Einwürfe. Inwiefern sie mir, nach meinen Principien, treffend scheinen können, oder nicht, erhellt von selbst.

Litteraturverzeichnis.

Verzeichniss

der

wichtigsten Schriften über das natürliche Staatsrecht.

I. Die uns durch ihre Schriften bekannt gewordenen Alten haben zwar zum Theil über die mögliche Vollkommenheit der Einrichtung eines Staates treffliche moralisch-rechtlich - politische Untersuchungen angestellt; allein keiner derselben hat die Gegenstände des allgemeinen Staatsrechts gesondert und systematisch behandelt. Die Gründe davon liegen theils in dem Zustande der praktischen Philosophie, theils in der Form der Verfassung der Staaten, in welchen sie lebten. Indessen finden sich in mehrern Schriften derselben einzelne Materien auf eine treffliche Art entwickelt. Hieher gehören:

1. *Plato de republica, in operib. eius. Vol. VI, VII. ed. Bipont *).* *Idem de legibus.*

*) Zur genauern Einsicht des politischen Systemes des Plato ist vorzüglich zu empfehlen: C. Morgenstern de Platonis republica commentationes tres. I. de proposito atque argumento operis disquisitio. II. doctrinae moralis Platonis ex eodem potissimum opere noua adumbratio. III. civitatis ex mente Platonis perfectae descriptio atque examen. 8. maj. Hal. Sax. in libraria Hemmerdeana.

2. *Aristoteles* mehrere ethische und politische Schriften.
3. *Cicero* de officiis. Idem de legibus. Von seinen Büchern de republica sind nur einige grösstentheils unbrauchbare Fragmente übrig.

II. In dem Zeitraume vom Anfange des sechszehnten Jahrhunderts bis auf Hobbes erschienen, meistens veranlaßt durch Zeitumstände, mehrere zum Theil für das allgemeine Staatsrecht interessante Schriften, als:

1. *Nic. Machiavelli* Principe. In Venezia 1515. c. *Conringii*, Helmst. 1660. 4. deutsch: *Machiavel* Regierungskunst eines Fürsten, Hannover 1756 *)
2. (*Hub. Languet*) *Vindiciae contra tyrannos, siue de principis in populum populi in principem legitima potestate*; *Stephano Iunio Bruto, Celta, auctore*. Soloduri 1777. französisch: *de la puissance legitime du Prince sur le peuple* 1781. 8.
3. *Ioh. Bodinus* de republica Libri IV. Fol. Paris 1584. 4.
4. *Boucher* de iusta Henrici III. abdicatione e Francorum regno Libri IV. Paris. 8. 1589.
5. *Ioh. Mariana* de rege et regis institutione L. III. Toledo 1599.

III. *Thomas Hobbes* hat die Untersuchungen des Staatsrechts zuerst bestimmt behandelt, und eröffnet die Epoche der wissenschaftlichen Behandlung desselben.

1. *Thom. Hobbes* *Elementa philosophica de ciue*, Paris 1642. französisch von *Sorbier*.

*) *Examen du Prince de Machiavell* (par *Frederic II. Roi de Prusse*) trois, ed. *Haye*, 1741. 8.

2. *Eiusd.*

2. *Eiusd.* de Corpore Politico, siue Elementa iuris, 12. Lond. 1680.
3. *Eiusd.* Leviathan siue de republica, Lond. 1651. Appendix ad Leviathanem, 4. ibid. 1668.
4. *Eiusd.* Considerationes de fama, de fidelitate in Regem, moribus et religione, Lond. 1662.
5. *Eiusd.* de bello ciuili Anglicano ab a. 1640 — 1660. Dialogus 1679 *).

Gegen Hobbes sind schon zu seiner Zeit viele Schriften erschienen, als z. B.

1. *Alex. Rossari* Abredonensis animadversiones in Hobbi Leviathanem, 8. 1658. Angl.
2. *Guil. Pike* (Guil. Lucy) Observationes in duo priora capita Leviathanis Th. Hobbes, 8. Lond. 1655.
Eiusd. Observationes, Censurae, confutationes variorum errorum in Leviathane, Lond. 1662. P. II. Lond. 1673.
3. *Georg Lawson* Examen Partis; Politicae Leviathanis Hobbiani, 8. Lond. 1657.
4. *Rob. Sharrock* de officiis secundum naturae Ius, vnde casus omnes conscientiae, quatenus notiones a natura suppetunt, iudicari possint, Ethnicorum simul et iure, praesertim ciuili, Consultorum consensus ostenditur, principia item et rationes Hobbi Malmesburiensis ad Ethicam et Politicam spectantes, quatenus huic hypo-

*) Hobbefens Werk, de legibus Anglicanis, welches noch als Handschrift aufbewahrt wird, ist wahrscheinlich für das Staatsrecht von nicht geringer Wichtigkeit.

thesi contradicere videantur, in examen veniunt, Oxon. 1660.

5. *Gisb. Cocquii Vindiciae pro lege et imperio, siue dissertationes, quarum vna est de lege in communi, altera de exemptione principis a lege, institutae potissimum contra tractatum Hobbii de ciue, Ultraj. 1661.*

Eiusd. Hobbes *ελεγχόμενος* siue vindiciae pro lege, imperio et religione, contra tractatus Th. Hobbii, quibus tit. de ciue et Leviathan, 12. Ultraj. 1668.

Eiusd. Vindiciae pro Religione in regno Dei Naturali contra Hobbes de ciue, c. 15. Leviathan c. 31. 1668.

6. *Richardi Cumberland de legibus naturae disquisitio philosophica, contra Hobbium instituta, Lond. 1672.*

Für Hobbes ist nur eine gleichzeitige Schrift bekannt:

Dissertatio de principiis iusti et decori, continens Apologiam pro tractatu Clarissimi Hobbii de ciue, 12. Amstel. 1651.

IV. Nach Hobbes sind die vorzüglichsten :

1. *Ulr. Huber de iure ciuitatis, l. III. Francof. 1672. 4. ed. recent. c. Comm. Chr. Thomasi et Nic. Lynker cura Ioh. Chr. Fischer, Francof. et Lips. 1752. 4.*
2. *John Locke two treatises of Government, London 1690. 8. deutsch, Jena 1716. franz. Amst. 1752. 12.*
3. *Algernon Sidney discourses concerning government, London 1704. franz. übers. von Samson, Haye 1702. III. T. 12. Deutsch, mit Anmerk. und Abhandlungen von Ch. Dan. Erhard, 2 Bände, Leipzig 1794 8. im Auszuge von L. H. Jakob, Erfurth 1795. 8.*

4. *Iustus Henning Boehmer* introductio in Ius publicum vniuersale, Halae 1709.
5. *Gothofr. Ernesti Fritschii* Ius publicum vniuersale, Jenae 1734. 8.
6. *Chr. L. B. de Wolf* de imperio publico, seu iure ciuitatis, in quo omne ius publicum vniuersale demonstratur, et verioris politicae inconcussa fundamenta ponuntur, tanquam iuris naturalis, P. VIII. Hal. 1748. 4.
7. Die bürgerliche Regierung nach ihrem Ursprunge und Wesen betrachtet von (Joh. Montin) aus dem Schwed. Stockholm (Leipzig) 1750. 8.
8. Die Natur und das Wesen der Staaten von I. H. G. von *Justi*, Berlin 1760, mit Anmerk. von Scheidemann.
9. Du Contrat Social, ou principes du droit politique par *J. J. Rousseau*, Amsterd. 1761. 12.
10. L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques par *Mercier de la Riviere*, II Tomes, a Londres 1767. 4. und 12.
11. *Mably* doutes contre l'ordre naturel, a la Haye 1768. 12.
12. *Car. Ant. de Martini* positiones de iure ciuitatis, Vindob. 1768. 1773. 8.
13. Heinrich Gottfried Scheidemann Staatsrecht nach der Vernunft und Sitten der vornehmsten Völker betrachtet, 3 Th. Jena 1770. 1773. 8.
14. Ebendess. allgemeines Staatsrecht überhaupt und nach der Regierungsform, Jena 1775. 8.

15. I. F. L. Schrodte Systema iuris publici vniuersalis,
Bamb. 1780.
 16. Notions claires sur les gouvernemens par Mercier,
Paris 1787. II Vol. 8.
 17. A. L. Schlözers allgemeines Staatsrecht und Staatsver-
fassungslehre, Göttingen 1793. 8.
 18. Das natürliche Staatsrecht von Theodor Schmalz, Kö-
nigsberg 1794.
 19. Philosophische Rechtslehre von L. H. Jakob, Halle
1794.
 20. Lehrsätze des Naturrechts von G. Hufeland, Jena
1795.
-

Verbesserungen.

- S. 160. §. 8. Z. 2. v. o. *Gerechtigkeit* l. *Gerechtigkeit*
des Oberherrn.
- ebendaf. §. 9. Z. 1. v. o. *und* l. *nur*.
- ebendaf. Z. 2. v. u. *nun* l. *nur*.
-

Heydenreich, Karl Heinrich, 1764-1801

Karl Heinrich Heydenreichs Prof. der Philosophie zu Leipzig Grundsätze des natürlichen Staatsrechts und seiner Anwendung nebst einem Anhang staatsrechtlicher Abhandlungen
Bd.: 1.

Leipzig (1795)

Ph.pr. 638 h-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10137038-2

VD18 90394011-001